

M *MENSCHEN* *MACHEN* **MEDIEN**

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 11 / 07 Jahrgang 56

ver di

**Film und
Wirklichkeit**

**Ange'DOK't
mit
Qualität**



inhalt

titelthema film und wirklichkeit

- 8 **Ange'DOK't mit Qualität**
Von Gundula Lasch
- 9 **Leipziger Turbulenzen**
Branchentreff und Filmzauber seit 50 Jahren ungebrochen
- 10 **Respektvoll ohne Voyeurismus**
ver.di-Preis ging an Paul Watson aus Großbritannien
- 11 **Digitale Chancen**
Ambitionierte Filmemacher nehmen die Verwertung selbst in die eigene Hand

porträt

- 6 **Die Welt etwas besser machen**
Thomas Winzberg ist gerne ein engagierter Gewerkschafter

kolumne

- 7 **Für die Freiheit der Fiktion**
„Esra“-Verbot – gefährliche Bauchlandung auf dem Kunstparkett

journalismus

- 13 **Presseausweise – ein wichtiges professionelles Arbeitsinstrument**
- 13 **ver.di-Fernsehpreis**
- 14 **Eine Brücke zu neuen Märkten**
Zweiter dju-Fotografentag über Chancen durch Multimedia-Projekte
- 16 **Ein Stück Big Brother**
Schleichwerbung vom Deutschen Presserat zunehmend gerügt
- 19 **Suche nach den Antifotografen**
Intensive LKA-Ermittlungen und Datenerfassung nicht nachvollziehbar
- 20 **Stand up for Journalism**
Erfolgreicher Aktionstag gegen Gewalt und Zensur in ganz Europa
- 20 **Buchrezension: Die Wochenzeitung Junge Freiheit**
- 21 **Warnstreik gegen Tarifflicht**
Beschäftigte vom Nordkurier fordern Verhandlungen

medienpolitik

- 17 **Streng und kompliziert**
Deutschland evaluiert seinen reformierten Jugendmedienschutz
- 18 **„Ex Gratia“ für Anschlag**
Rumänien soll für Bombenattacke auf „Radio Free Europe“ zahlen

rundfunk

- 22 **Über Gebühr wichtig**
„ver.di im Gespräch“ mit Politikern zum Rundfunkurteil
- 22 **Sozialplan nur ein schwacher Trost**
- 22 **Mehr Gehalt im Lokalfunk NRW**
- 23 **„Radio Vatikan“ an der Weser?**
Neues Radio-Bremen-Funkhaus vor der Eröffnung

jugend

- 24 **Allein machen sie dich klein**
Fachbereichsjugend startet mit Vernetzungstrategien neu durch



Plakatausschnitt: DOK Leipzig

print

- 24 **Wieder ganz in Ostfriesen-Hand**
Anteile der Nordwest-Zeitung neu geordnet
- 25 **Eigenes lokales online-Magazin**
Geschasste Münsteraner machen sich selbstständig
- 25 **Schon entdeckt?**
Forum Wissenschaft

film

- 26 **Synchronpreise im Keller**
Ergänzung zum Beitrag in M 10/2007:
Ins Gerede gekommen
- 27 **Gänsehaut fürs Zwerchfell**
Satirisches Programm von Dietrich Kittner für das Heimkino
- 27 **connex-av Filmstudie**
- 27 **Filmrezension: Hannah**
Raffinierte Mischung aus psychologischer Studie und Thriller

Mal halblang!

Von Günter Herkel | Erst durfte sie nicht, dann ließ man sie doch. Wegen eines missliebigen Berichts über den scheidenden IG-Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters wurde die „tageszeitung“ (taz) vom Gewerkschaftstag ausgeschlossen. Um nach öffentlichen Protesten Tage später doch zugelassen zu werden. Stein des Anstoßes: der Artikel „Stalins' Erbfolge“, erschienen in der taz vom 3. September dieses Jahres. Darin berichtete der Gewerkschaftsexperte des linksalternativen Blattes kenntnisreich über die Stellungskriege und Personalrochaden vor dem Leipziger Gewerkschaftstag. Gegen Ende des umfangreichen Artikels fällt, bezogen auf Ex-IG-Metall-Chef Peters, der Satz: „Seine internen Gegner nennen ihn manchmal 'Stalin'“. Das schmeckte dem Betroffenen offenbar nicht. Die IG-Metall-Pressestelle forderte eine Entschuldigung von der Zeitung. Eine Beschwerde, auf die das Blatt nicht reagierte. Doch auch nach der Rücknahme des Bannstrahls für den taz-Reporter sind die Wellen nicht geglättet. „Der Vergleich eines IG-Metall-Vorsitzenden mit Stalin ist eine Beleidigung und journalistische Grenzverletzung“, schrieb Peters-Nachfolger Berthold Huber der taz-Chefredaktion. Nun mal halblang, euer Ehren! Auch wenn man über Geschmacksfragen bei historischen Vergleichen trefflich streiten kann: Sowohl in der inkriminierten Headline wie auch im Text steht der Name des russischen Diktators in Anfüh-

kommentiert &

rungszeichen. Der Schreiber macht sich diese Charakterisierung also nicht zu Eigen, sondern greift zum Stilmittel des Zitats. Dass innerhalb von Gewerkschaften Flügelkämpfe auch mit harten verbalen Bandagen ausgetragen werden, dürfte hinlänglich bekannt sein. Den taz-Reporter als Überbringer der ungeliebten Botschaft abzustrafen, erscheint daher nicht überzeugend. Zumal der Artikel insgesamt der IG Metall wegen der „Abkehr von ihrem strengen Zentralismus“ einen positiven Imagewandel attestiert. Auch unter Gewerkschaftern sollte sich herumgesprochen haben, dass Majestätsbeleidigung hierzulande nicht mehr strafrechtlich geahndet wird. „Sie kämpft für die Rechte der Arbeiter, doch mit dem Grundrecht auf Pressefreiheit scheint die IG Metall Probleme zu haben“ (Welt Online) – über solche hämischen Kommentare darf man sich sonst nicht wundern. Aber auch die gelegentlich infantile Lust mancher Medien an billiger Provokation verdient Kritik. Dass die taz mit einer Headline wie „Stalins' Erbfolge“ versucht, die Aufmerksamkeit der Leser zu fesseln – geschenkt! Es gibt Schlimmeres. Welche Folgen das publizistische Aufblasen etwa eines Diktators vom Schlage Saddams zum neuen Hitler gehabt hat, belegt die jüngere Geschichte. Aber das ist ja das Schöne an der Demokratie: Im Irak hätte den taz-Kollegen womöglich Schlimmeres ereilt als der kurzfristige Entzug seiner Akkreditierung.

editorial

internationales

- 28 **Die ganze Welt ist unsere Bühne**
UNI-MEI-Weltkonferenz beschließt ehrgeiziges Programm
- 29 **Unter Spionageverdacht**
Deutsche Filmemacher vom nigerianischen Geheimdienst festgenommen
- 30 **Agentur Kurdistan**
Deutsche Journalisten helfen beim Aufbau unabhängiger Medien
- 31 **Medien am Gängelband**
Sloweniens Journalisten warnen mit Petition vor staatlicher Zensur
- 32 **Achteinhalb Jahre Gefängnis**
- 32 **Tod auf der Straße**
- 32 **Prominentes Kuratorium für ROG**
- 32 **Aktion für Felipe Ramos Cruz und Carlos Dominguez Monroy, Mexiko**

rubriken

- 33 **Service / Seminare**
- 35 **Leute / Preise**
- 36 **Impressum**

Noch gibt es sie

Das führe „in den absoluten Überwachungsstaat“, alle Bürger gerieten „unter Generalverdacht“, es sei „einer der größten Eingriffe in Pressefreiheit“, so argumentierten Abgeordnete des Deutschen Bundestages am 9. November gegen das neue Gesetz zur Telekommunikationsüberwachung, die vermeintliche Umsetzung einer EU-Richtlinie. Leider waren es nur 156, die ihre Hausaufgaben gemacht hatten und gegen das unter dem Deckmäntelchen der Terrorismusbekämpfung daher kommende Gesetz votierten. Sie hatten offenbar neben eigener Demokratie- und Fachkompetenz auf die Stimmen aus dem Volk gehört, die sich gegen diesen ungeheuren Eingriff in die Privatsphäre, den Informantenschutz in Redaktionen und den Vertrauensschutz bei Ärzten wehrten. Die website: briefe.gegen.daten.speicherung.eu hatte am Abstimmungstag 233 Seiten mit zirka 2.500 Bürgerschriften. Seit Monaten laufen Datenschützer, Medien-, Berufs- und andere Verbände Sturm gegen diese

Ignoranz gegenüber dem Telekommunikationsgeheimnis. Es gab Demonstrationen, Offene Briefe und Expertenanhörungen im Bundestag. Aber nein, die Mehrheit, 366 Abgeordnete, wusste es besser, sie stimmten für das „Sicherheitspaket“. Das Bundesverfassungsgericht soll es nun richten! Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, mit dem auch ver.di zusammen arbeitet, wird mit tausenden Mandaten Verfassungsklage erheben (S. 4). Die Tragik dieser Novemberentscheidung ist – einmal abgesehen vom geschichtsträchtigen Datum – dass gerade jüngste Ereignisse schwere Schatten auf den Umgang mit unseren freiheitlichen Grundwerten geworfen haben. Nehmen wir die intensiven – natürlich heimlichen – Ermittlungen vor Ort und im Internet gegen 12 Pressefotografen mit sehr fragwürdigen Vorwürfen: Ursächlich habe man Fotos von Naziaufmärschen der linken Szene zur Verfügung gestellt? (S. 19) Oder die Durchsuchung der Postzusendungen von vier großen

Berliner Tageszeitungen, angeblich allein um „militante“ Bekennerschriften zu finden. Übrigens zwar heimlich, aber genehmigt vom Bundesgerichtshof (S. 5). Mehrere Personen gelangten in das Raster der Fahnder des Bundeskriminalamtes (BKA), weil sie in ihren Internettexten Wörter verwendeten, die auch in Texten von Bekennerschriften Terrorismusverdächtiger vorgekommen sein sollen. Zum Beispiel das Wort Prekarisierung! Ups, wird auch viel von Ver.dianern benutzt? Es reicht aber offenbar auch, sich über die aktuellen Fahndungen des BKA online zu informieren. Im März 2007 schaltete das BKA eine Homepage zur „militanten Gruppe“. Vom 28. März bis 18. April wurde nach Informationen der dju in ver.di Berlin-Brandenburg jeder registriert, der die Seite besuchte. Ausgewertet wurden 417 Computer(IP)-Adressen. Ans Licht kommt derartiges nur durch engagierte Informanten. Noch gibt es sie!? Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

aufgespießt

Von Günter Frech | Da bahnt sich womöglich die größtmögliche Koalition an, die der Deutsche Bundestag zu bieten hat. Bundestagspräsident Norbert Lammert beriet mit dem parlamentarischen Geschäftsführungspersonal das Projekt „Bundestagsfernsehen“. Soll heißen, das Parlamentsfernsehen, das heute bereits weltweit als Web-TV und in Berlin im Kabelnetz zu empfangen ist, soll in digitalen und anderen Kanälen flächendeckend empfangbar sein. Die Fraktionen sind dabei, das Für und Wider abzuwägen – doch „im Prinzip“ wollen alle mitwirken, sich ins rechte Bild zu rücken. So hört man aus der grünen Fraktion leises medienrechtliches Gebrummel, hofft aber, mit Hilfe der Medienaufsicht eine saubere Lösung zu finden. Auch die Linksfraktion zeigt sich aufgeschlossen. Die anderen sowie so. Ist ja auch eine schöne Sache, ohne störende journalistische Aufbereitung völlig ungefiltert in die Stuben zu flimmern. Warum eigentlich nicht? Im Zeitalter von Angler-, Bestattungs- und Chaos-TV richtet das Versenden aus dem Hohen Hause so viel Schaden auch nicht an. Doch hört man sich die Beweggründe der Abgeordneten genauer an, schrillen alle Alarmglocken. „Im Prinzip“ ist der öffentlich-rechtliche Ereignis- und Dokumentationskanal Phoenix für die Berichterstattung aus dem Bundestag zuständig. Damit ist Frau und Mann unter der Reichstagskuppel unzufrieden. Zu oft geht Phoenix aus der Be-

Versendet sich da was?

richterstattung raus. Beispielsweise wenn das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine wichtige Entscheidung zu verkünden hat. Was ja so gut wie jeden Freitagvormittag vorkommt. Und die Ausschusssitzungen – der eigentliche Brotjob unserer Abgeordneten – werden von Phoenix sträflich vernachlässigt, wird gejammert. Na dann viel Vergnügen beim Aufrufen des siebten Spiegelstriches im neunten Änderungsantrag zur Drucksache 16/0815 zum vierten Nachtragshaushalt! Kommt das Bundestagsfernsehen, wird man sich bei Phoenix unweigerlich fragen, ob man dann noch parallel senden soll. Und bei der nächsten Gebührendebebatte kommt garantiert ein Schlaumeier daher und fragt, ob denn so ein teurer Sender, den angeblich eh nur ein paar Erwerbslose, Kranke und Rentner gucken, überhaupt nötig ist. Nichts ist so gut, dass es nicht verbesserungswürdig wäre. Das trifft auch auf die Parlamentsberichterstattung von Phoenix zu. Doch nur weil es technisch möglich ist, das kleine Parlamentsfernsehen aus Gründen der Eitelkeit zum großen Bundestagskanal auszubauen, muss das noch lange nicht in die Tat umgesetzt werden. Im Übrigen gibt es da noch das erste Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. Februar 1962 – Bundestags-TV wäre Adenauer-Fernsehen unter anderen Vorzeichen. Gebt das schöne Geld lieber Phoenix, damit er journalistisch noch besser werden kann.

Klage gegen Datenspeicherung

Trotz massiver Proteste schärfere Überwachung aller Bürger beschlossen



Berlin

Demonstrationen bundesweit
am 6. November 2007
www.vorratsdatenspeicherung.de
Einige Beispiele:



Breisgau

Fotos: Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

Die Mehrheit der großen Koalition im Bundestag hat – entgegen massenhafter Proteste – ein Paket von Sicherheitsmaßnahmen beschlossen, zu dem auch die so genannte Vorratsdatenspeicherung gehört. Als „verpasste Chance für die Pressefreiheit“ wertete Ulrike Maercks-Franzen, Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di, diese Entscheidung.

Dank der neuen Telekommunikationsüberwachung sollen ab nächstem Jahr alle Verbindungsdaten in Deutschland bei Festnetz- und Mobiltelefon, E-Mail und Internet sechs Monate lang gespeichert werden. Bei Handynutzung ist sogar eine Ortung vorgesehen. Ausgenommen sind nur so genannte Berufsgeheimnisträger, wobei diese aber in erste und zweite Klasse unterteilt werden. Zur ersten zählen natürlich Abgeordnete, in letztere fallen u.a. Journalisten und Ärzte. In letzter Minute wurden geringfügige Verbesserungen am Regierungsentwurf vorgenommen: So dürfen „Zufallsfunde“ bei der Überwachung von Journalisten von den Behörden nicht mehr verwendet werden. Das ändert aber nichts an der generellen Kritik der Opposition im Bundestag an der flächendeckenden Überwachung. Der Ar-

beitskreis Vorratsdatenspeicherung, in dem 45 Verbände und Vereine kooperieren, kritisierte scharf den „verfassungswidrigen Generalangriff auf Bürgerrechte und Datenschutz in Deutschland“. Am 6. November gab es erneut einen bundesweiten Aktionstag, bei dem zahlreiche Berufsverbände, Bürgerrechtler und Internetnutzer gegen die von der Bundesregierung geplanten Verschärfungen in über 40 Städten demonstrierten.

Die Medienverbände und Journalistengewerkschaften appellierten in ihrem Brief an die Bundestagsabgeordneten, bei aller Sorge um innere Sicherheit und Schutz vor Terrorismus nicht „unsere verfassungsrechtlichen Freiheiten“ aus dem Blick zu verlieren. Besonders gravierend, so Vertreter von Verlegerverbänden, Journalistengewerkschaften und Sendern wie ARD und ZDF in ihrem Brief, sei die



Hamburg

Schwächung des gesetzlichen Zeugnisverweigerungsrechts. Wulf Beleites vom dju-Bundesvorstand in ver.di verwies bei einer Pressekonferenz des Arbeitskreises darauf, dass es seit der Novellierung des Zeugnisverweigerungsrechts 2002 etwa 30 Fälle staatlicher Verstöße gegen den Schutz von Informanten und Quellen gab. Auch wenn in den meisten Fällen wie zuletzt beim Bundesverfassungsgerichtsurteil zu Cicero das staatliche Handeln gerügt wurde, bedrohen solche Eingriffe investigativen Journalismus. Christoph Fiedler vom Zeitschriftenverlegerverband VDZ fand es bedenklich, dass die Bundesregierung die Vorratsdatenspeicherung wie in der EU-Richtlinie nicht auf die Terrorismusbekämpfung begrenze. Dass die deutschen Vorratsdaten zur Aufklärung schwerer und



Leipzig

„aller mittels Telekommunikation begangener Straftaten“ verwandt werden sollen, schieße klar übers Ziel hinaus.

Die Begründung der Bundesregierung für ihren Gesetzesentwurf, dass damit die innere Sicherheit erhöht werde und im übrigen nur eine entsprechende EU-Richtlinie von 2006 zur Terrorbekämpfung umgesetzt werde, lassen die Kritiker nicht gelten. So verwies Stefan König vom Deutschen Anwaltsverein bei der Pressekonferenz auf laufende Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die EU-Richtlinie. Unter Hinweis darauf hätte die Bundesrepublik durchaus Aufschub bei der nationalen Umsetzung der Richtlinie erwirken können, stattdessen geraten Bundesregierung und Bundestag nun in die Gefahr, sich zu blamieren. Laut Arbeitskreis-Koordinator Ricardo Cristof Remmert-Fontes von der Humanistischen Union werde ein breites Aktionsbündnis jetzt eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Vorratsdatenspeicherung in der von Bundesregierung und Bundestag verabschiedeten Form einreichen. Dies geschehe mit dem Mandat von über 7000 Bürgern, weitere 20.000 hätten als Unterstützer entsprechende Listen unterschrieben. *how* ■



Dresden



Frankfurt

Nie mehr weiße C6-Briefumschläge

BKA durchsucht heimlich Redaktionspost

„Die Aktion (...) zeigt, was heute rechtlich möglich ist in einem Land, das sich der Freiheit, insbesondere der Pressefreiheit, angeblich so verpflichtet fühlt“, giftet Carsten Erdmann, Chefredakteur der Berliner Morgenpost, am 9. November auf der ersten Seite. Die Empörung war in den Redaktionsstuben der Hauptstadt laut vernehmbar.

Das war geschehen: Briefe an vier Berliner Tageszeitungen, die in der Zeit zwischen dem 18. und 22. Mai des Jahres in „weißen Umschlägen im Format C6“ steckten und mit „selbstklebenden Briefmarken“ frankiert waren und zudem noch mit „selbstgedrucktem, ausgeschnittenen Adressenaufkleber“ versehen waren und keinen Absender enthielten, wurden vom Bundeskriminalamt (BKA) gefilzt. Die Merkmale sind in einem Beschluss des Bundesgerichtshofes vom 18. Mai 2007 zur Durchsuchung der Redaktionspost an den Tagesspiegel, die Berliner Zeitung, die Berliner Morgenpost und die BZ aufgelistet. Und in einem Vermerk des BKA über den Verlauf der Aktion heißt es, der Be-

schluss erlaube die Durchsicht sowie Beschlagnahme aller Briefe, „deren äußeres Erscheinungsbild aufgrund der bisherigen Ermittlung darauf schließen lässt, dass es sich bei den Inhalten dieser Briefe um Schreiben, speziell Selbstbeziehungsschreiben (SBS) der ‚militante(n) gruppe (mg)‘ handelt“.

Bei der Filzaktion im Briefverteilzentrum Berlin-Mitte wurden zwei verdächtige Briefe beschlagnahmt. Am Vorabend der Entscheidung des Bundestages über die Vorratsdatenspeicherung sagte Andreas Köhn, ver.di-Vizechef von Berlin-Brandenburg, das Vorgehen der Ermittler führe drastisch vor Augen, „wie der Informantenschutz komplett ausgehebelt wird“ und fragt, wie Journalisten ihre Informanten noch schützen sollen, „wenn Redaktionen nicht einmal von solchen heimlichen Durchsuchungen informiert werden.“ Und die dju-Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen möchte wissen, „was mit den anderen Informationen, die dem BKA in die Hände gefallen sind, passiert ist“. *fre* ■

► Künstlersozialkasse: „Risiko-Rechner“ schafft Sicherheit

Schon immer hat die Künstlersozialkasse stichprobenartig Einkommensmeldungen und Einkommensrealitäten von Versicherten überprüft. Mit der Novelle des Künstlersozialversicherungsgesetzes in diesem Jahr wurde angekündigt, dass die Zahl der Kontrollen steigen wird – und mit dieser Ankündigung steigt bei vielen Versicherten die Unsicherheit: Habe ich alles korrekt gemacht?

Mit einem so genannten Risiko-Rechner kann jetzt jeder und jede prüfen, wie eine Kontrolle voraussichtlich ausgehen wird.

Der „Risiko-Rechner“, der von dem Juristen und ver.di-Sekretär Wolfgang Schimmel entwickelt wurde, ist leicht zu bedienen: Eingabe der gemeldeten und der tatsächlichen Einkommen. Per Mausklick werden die Eingaben analysiert – und das zu vermutende Ergebnis einer Überprüfung durch die KSK übersichtlich „ausgespuckt“.

Der Link zum Rechner: <http://www.ra-schimmel.de/KSVG/BUEVO.html>

Die Welt etwas besser machen

Thomas Winzberg ist gerne ein engagierter Gewerkschafter

Von Ulla Lessmann | Nein, eine Erklärung hat er nicht dafür, warum ausgerechnet Filmvorführer, manchmal als Sonderlinge betrachtet, so besonders häufig sozial und gewerkschaftlich engagiert sind. Filmvorführer Thomas Winzberg, alles andere als ein Sonderling, sondern auf besondere Art freundlich zugewandt und angemessen selbstbewußt, erzählt von diesem Phänomen, weil er sich darüber freut und ohnehin findet, dass Gewerkschaftsarbeit Freude macht. Wo Jammern über zu viele und zu lange Sitzungen, beschwerliche Reisen und anstrengende Kollegen zum guten Ton gehören, ist der gebürtige Duisburger eine gelassene Ausnahme. Dabei hätte der 40jährige allen Grund, etwas weniger Ruhe ausstrahlen: Er arbeitet als Filmvorführer in einem Duisburger Kino, wo er nicht freigestellter Betriebsratsvorsitzender für 65 Kolleginnen und Kollegen ist, zudem vertritt er als Gesamtbetriebsratsvorsitzender auf deutscher und europäischer Ebene bei United Cinema International (UCI), dem größten europäischen

Kinokonzern, in Deutschland etwa 1000, in Europa rund 10000 Angestellte, „über die große Zahl darf ich nicht nachdenken“. Außerdem sitzt er „für die Kinosäule“ im Landes- und Bundesvorstand der neuen Fachgruppe Medien und ist Vorsitzender des Tarifausschusses Kino auf Bundesebene. All dies tut er richtig gerne. „Ich bilde mir ein, die Welt ein bisschen besser zu machen, wenn ich für gerechte Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen arbeite.“ „Kämpfe“ sagt er nicht, obwohl er es natürlich tut, aber bei Thomas Winzberg fehlen die martialischen Vokabeln. „Ich will Transparenz schaffen und Informationen vermitteln.“ In der Kinobranche gibt es viele Baustellen: Bis Ende der 90er Jahre gab es einen Tarifvertrag mit dem „Hauptverband Deutscher Filmtheater (HDF)“, dann sind Cinemaxx und Ufa aus dem Verband ausgetreten und zahlen derzeit 6,50€ Stundenlohn, wogegen die Cinemaxx-Kollegen in Bremen, aber auch andere, beispielsweise immer wieder streiken. Die UCI ist im Arbeitgeberverband geblieben, „wir haben uns gerade auf eine moderate Lohnsteigerung geeinigt“, sagt Winzberg. Die Arbeitsbedingungen in der Branche werden schlechter, die Arbeitsverdichtung nimmt zu. Auch die Zukunft bei UCI ist offen: „Wir gehören seit vier Jahren einer sogenannten ‚Heuschrecke‘, bislang waren die Veränderungen minimal, aber eine Restrukturierung ist nach fünf Jahren zu erwarten.“

■ Studium der Sozialwirtschaft

Winzberg lernte nach der Realschule Industriekaufmann, arbeitete in einer Werbeagentur, die er später übernahm und „bis zum Konkurs“ weiterführte. Er machte das Abitur nach, arbeitete als freier Journalist für Hörfunk und Fernsehen, was er auch heute noch mitunter tut und als er merkte, „dass das ohne Studium nicht gut geht“, studierte er Sozialwirtschaft und machte mit Anfang 30 sein Diplom. Es gab keine „besondere Leidenschaft“ für das Kino, der Job als Filmvorführer aber bot sich mit seinen studentenfreundlichen Arbeitszeiten als Gelderwerb während des Studiums an. Bis heute ist Winzberg „gerne

Filmvorführer geblieben“. Als er in Duisburg anfang, gab es dort keinen Betriebsrat, dafür gerade eine Art „informellen Streik“ wegen schlechter Arbeitsbedingungen. Der Neue wurde prompt zum Sprecher der Belegschaft gewählt, man gründete einen Betriebsrat, dessen Vorsitzender er dann auch wurde. In die IG Medien war Winzberg als studierender freier Journalist eingetreten, übrigens ohne Vorbild. „Ich bin zwar Arbeiterkind, aber es gab keine gewerkschaftliche Prägung im Elternhaus.“ Die ver.di-Strukturen findet er noch zu komplex: „Die Matrix ist nervig. Da bleibt noch viel zu tun, immerhin ist die neue Fachgruppe Medien ein echter Fortschritt.“

■ Unterwegs auf Kinotour

Die vielen ämterbedingten Reisen bewältigt Thomas Winzberg fast ausschließlich mit dem Zug, neben dem unvermeidlichen Aktenlesen kann er dort in Ruhe Filme gucken. Wenn es irgend geht „nehme ich morgens den ersten Zug hin und abends den letzten zurück, damit ich zu Hause übernachten kann“. Zu Hause in der Nordeifel wartet „mein Hobby“: Otto, der „beagleähnliche“ Hund und das Mountainbike, mit dem er im letzten Sommer über die Alpen von Garmisch nach Italien geradelt ist. „Ziemlich untrainiert, aber davon habe ich jahrelang geträumt“, im Gepäck Josef von Eichendorffs „Aus dem Leben eines Taugenichts“ in der Dünndruckausgabe von Reclam, „weil die so schön leicht war“. Gelesen hat er das Buch aber auch und freut sich jetzt auf den neuen „Harry Potter“, den er mag, obwohl er normalerweise lieber Sachbücher liest. Mit einem „Harry Potter“ in der englischen Originalausgabe hat er sein Schulenglisch aufgebessert, denn als Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats „ist es gut, in englisch verhandeln zu können“. Und ab und zu sieht sich der Filmvorführer auch einen Film an. Zuletzt gefielen ihm „Das Leben der Anderen“ und „Wo ist Fred“ mit Till Schweiger: „Herz, Schmerz, lustig.“

Ab Mitte November ist Thomas Winzberg mit acht Kollegen aus Kinobetrieben im Bus unterwegs: Er organisiert eine Tour zu Kinos ohne Betriebsrat quer durch die Republik. „Nur mit Lohndrückerei sind noch nie Arbeitsplätze erhalten worden“. Das will er vermitteln. „Wir müssen dafür sorgen, dass das Arbeitsfeld Kino nicht zum Niedriglohnsektor verkommt.“ Was immer man von den Forderungen der Lokführer der GdL halten mag, Thomas Winzberg erhofft sich durch deren Streiks, „einen Mitnahmeeffekt, einen Schwung, der in ver.di hineinwirkt, weil die Leute merken, was Solidarität und Gewerkschaft bewirken.“



Foto: Jürgen Seidel

Für die Freiheit der Fiktion

„Esra“-Verbot – gefährliche Bauchlandung auf dem Kunstparkett

Von Imre Török | „Esra“, Seite vierundvierzig: „Ich konnte, wann immer wir kurz irgendwo allein waren, zu ihr sagen, ich hätte Lust, und schon fuhr sie mit der Hand in meine Hose. Manchmal schlug sie mir vor, ich könnte die Hose ausziehen, dann berührte sie mich gleichzeitig hinten oder streichelte mich zwischen den Beinen.“ Stop! Der Roman „Esra“ ist seit einem matt sonnigen Oktobertag des Jahres 2007 höchst-richterlich verboten. Kein Druckfehler, wir stöbern nicht in verklemmten Epochen, es geht um Literatur, um Freiheit des Worts im 21. Jahrhundert.

Der Roman und sein Henker. Pardon, sein Urteil. Dachte bloß, weil Dürrenmatt in „Der Richter und sein Henker“ hervorragend zeigt, wie richtig gedachte Ermittlungen zunächst trotzdem zu falschen Urteilen statt zur Klärung des Falles führen.

Ist nun auch das Zitieren aus dem Verbotenen untersagt? Sollte gar die Erinnerung an die Lektüre aus dem Gedächtnis gelöscht werden? Ich habe Maxim Billers Roman „Esra“ nämlich gelesen. Zugegeben, der Grund war ein offizielles Verlangen – mitnichten mein Verlangen, in geschützte Intimsphären zu dringen.

Was die Mehrheit der acht Verfassungsrichter mit ihrem Urteil schließlich unterbinden will: Dass sich jemand via Romanlektüre voyeuristisch in ein privates Schlafzimmer lesen dürfe. Als ob Literatur dieses äußerst fragwürdige Schlüssel-locherlebnis tatsächlich biete. Tatsächlich? Handelt es sich im vorliegenden Fall um ein literarisches Werk oder um eine Dokumentation – das ist hier nämlich die Frage.

■ Was ein Kunstwerk ausmacht

Ende 2005 ist der Verband deutscher Schriftsteller (VS) gebeten worden, in der juristischen Auseinandersetzung um ein Verbot des Romans Stellung zu nehmen. Eine ehemalige Freundin des Autors und deren Mutter hatten sich zuvor in „Esra“ wiedererkannt, sahen ihre Persönlichkeitsrechte verletzt und ließen den Verkauf des Buches verbieten. Der Fall gelangte nach einigen Instanzen schließlich vor das

Bundesverfassungsgericht. Wunschgemäß stellte der VS den Richtern eine umfangreiche und umfassende Expertise zur Verfügung, federführend von unserem Justitiar Wolfgang Schimmel erarbeitet.

Es geht nicht um die Beurteilung der literarischen Qualität des Werkes, sondern um die Frage, was ein Kunstwerk ausmacht. Und wo unter Umständen das Persönlichkeitsrecht möglicher Betroffener der Kunstfreiheit Schranken setzt. Beide Freiheiten, die der Persönlichkeit und die der Kunst, sind fraglos höchst schützenswert.

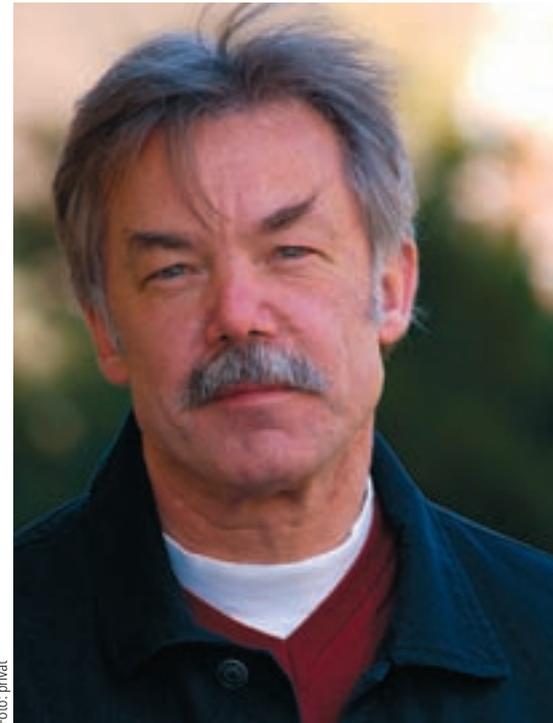
■ Wiedererkennung gegeben

Die Argumentation des VS war und bleibt, dass mit dem Verbot des Romans im vorliegenden Fall und darüber hinaus grundsätzlich Restriktionen für literarisches Schaffen entwickelt werden, die mit der künstlerischen Freiheit von Autorinnen und Autoren nicht kompatibel sind. In zahlreichen fiktionalen Werken könnten Personen sich anhand einzelner Schilderungen „gemeint“ fühlen. Aus der Praxis des VS im Rechtsschutz für Autoren wird ersichtlich, dass die Neigung vermeintlich Betroffener, sich in fiktiven Werken wiederzuerkennen, frappierend groß ist. Doch sogar in Zweifelsfällen, wozu „Esra“ sicher zählt, ist nach Ansicht des Schriftstellerverbands die Kunstfreiheit höher zu bewerten.

Dem steht die Argumentation der Klägersseite entgegen, dass die Verfremdung im Roman „Esra“ ungenügend und ein Wiedererkennen somit gegeben sei. Da zudem die Intimsphäre betroffen sei, gehöre das Buch verboten. Dieser Sichtweise folgte die Mehrheitsmeinung der Richter.

Darin aber liegt die Krux. Denn galt es überhaupt, zwischen Grundrechten abzuwägen?

Stellen wir uns vor, dass zwei Betroffene einer auseinandergebrochenen Beziehung ihre Sicht gänzlich unliterarisch schildern. Wohl jeder kennt die „Szenen“, in denen beide Darstellungen schreiend voneinander abweichen. Wer wollte urteilen, was „tatsächlich“ an intimen Verletzungen vorgefallen war? Erst recht gilt das



Imre Török ist Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller in ver.di

für ein fiktionales Kunstwerk. Kein Leser, kein Richter, überhaupt kein Außenstehender vermag zu beurteilen, was im Roman erdichtet, überhöht, erniedrigt oder verzerrt wurde. Welchen Anteil am Romanstoff „tatsächliche“ Erinnerungen haben, wo es zwischen Buchdeckeln um fiktives Spiel, provokante Spiegelung imaginärer Rückbesinnung geht, das erlauben ist so vermessen, wie wenn sich jemand anschickte, eine Seele mit dem Zollstock zu vermessen. Der letzte Satz des Romans: „Die Höhle war leer, aber sie war voller Licht.“

Hätten die Klagenden den Roman doch Roman sein lassen und das Urteil den Lesern überlassen sollen. Längst herrschte Ruhe im Karton.

■ Provozierende Schlitterpartie

Vita brevis, ars longa. Wobei individuelles Leben tatsächlich relativ kurz ist. Und oft kurzsichtig. Die Kunst jedoch währt auch nur lange, wenn sie den Momentaufschrei der medialen Welt überdauert. Anzunehmen, dass der Autor („ein begnadet gehässiger Erzähler“, so Alex Rühle in der Süddeutschen Zeitung) eine Schlitterpartie hat provozieren wollen. Auf diesem provokanten Glatteis des Kunstwerks hat das Urteil über die Freiheit der Kunst eine gefährliche Bauchlandung hingelegt. Denn geurteilt wurde über „tatsächliche“ Verletzungen des Intimen, verboten aber hat man eine Fiktion. ■

Ange'DOK't mit Qualität

Die einen beschwören einen „Boom des Dokfilms“, die anderen winken ab: Die Menge habe nichts mit Qualität zu tun. Tatsächlich erreichen Dokumentarfilme mit großer Themenvielfalt und unterschiedlichen Erzählweisen seit einigen Jahren kontinuierlich ein immer größer werdendes Kinopublikum. Das weltweit älteste Dokumentarfilmfestival – DOK Leipzig – beging in diesen Tagen sein 50jähriges Jubiläum.

Von Gundula Lasch

Unter den 100 deutschen Titeln, die im Jahr 2004 die meisten Besucher hierzulande ins Kino lockten, zählte die Filmförderungsanstalt (FFA) in ihrer „Hitliste“ 15 Dokumentarfilme. So ließen sich z.B. rund 800.000 Zuschauer von der deutsch-britischen Koproduktion „Deep Blue“ in die faszinierende Unterwasserwelt der Ozeane entführen. Weit über 300.000 Menschen verfolgten bei „Rythm is it“, wie eine wild zusammen gewürfelte Gruppe Jugendlicher über den Tanz und die klassische Musik zu mehr Selbstbewusstsein findet und zusammenwächst. 2005 sahen sich insgesamt 578.000 Besucher Dokumentarfilme im Kino an, einer der bestbesuchten war dabei die Ethno-Doku „Die Höhle des gelben Hundes“ (Foto rechts).

Und im Fußball-WM-Jahr 2006 sahen allein 3,9 Millionen Kinobesucher Sönke Wortmanns „Deutschland – ein Sommermärchen“ und brachen damit alle Zuschauerrekorde für einen Dokumentarfilm. In diesem Jahr führt der Film über die deutsche Handballnationalmannschaft „Projekt Gold“ die Hitliste mit 123.000 Zuschauern an. „Diese Zahlen sind erfreulich, man muss sie jedoch relativieren“, so Christine Berg von der FFA. Denn in den genannten Jahren kamen kontinuierlich zwischen 33 und 44 Dokumentarfilme jährlich in die deutschen Kinos und es waren immer nur einige wenige, die eine breite Masse ansprechen konnten. Die meisten erreichten weniger als 10.000 Zuschauer. Dennoch: „Der

Dokfilm ist aus der Schmutzdecke raus, der Normalmensch will diese Filme sehen“, konstatiert Berg. Das meint auch Thomas Frickel, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Dokumentarfilmer in Deutschland (AG DOK), die rund 800 Dokumentarfilmer vertritt: „Seit etwa fünf, sechs Jahren verzeichnen wir für das Genre zunehmende Zuschauerzahlen.“ Einen Auslöser für das wachsende Interesse sieht der Autor und Regisseur in bemerkenswerten Produktionen, die weltweit Aufsehen erregten. Ein weiterer Grund sei, dass sich die vom Fernsehen oftmals enttäuschten Menschen wieder



Foto: X-Verleih

auf ein Thema intensiver einlassen wollen. „Es kommt darauf an, dass es mitreißende, emotionale, auch unterhaltsame Filme sind, die aber dennoch ehrlich mit dem Zuschauer umgehen“, meint Frickel. Ein solches „Erfolgsrezept“ verfolgen auch etliche Produzenten, Verleiher und Kinobetreiber.

Dennoch bleibt die Frage, wie viel Doku in den Kinos überhaupt Platz hat. „Wir haben zu viele Dokfilme im Kino, die zu wenig Zuschauer haben“, stellt



Heike Heidrun Podzus vom Ventura Filmverleih nüchtern fest. Podzus, als Verleiherin des Jahres ausgezeichnet, spricht von einer „Filminflation“, denn die Gesamtzahl der Filme, die jährlich in deutsche Kinos kommen, steigt kontinuierlich: Rund 500 werden es in diesem Jahr sein, davon rund 170 deutsche Produktionen. Fraglich, wie diese Masse auf den rund 4.300 Leinwänden in Deutschland noch angemessen präsentiert und beworben werden soll. Mehr noch: Wie erreicht man Aufmerksamkeit für die 30, 40 Dokumentarfilme? Die Zahl der Häuser, die sich auf Produktionen abseits des Mainstreams und Dokumentarfilme spezialisiert haben, liegt bei rund 200, Tendenz fallend. Denn das Publikum für diese Nische ist zwar engagiert, bleibt aber klein. Von den wenigen Doku-Reißern, die auch in den Multiplexen guten Anklang fin-

29.10.–04.11.2007



Foto und Plakat: DOK Leipzig

**Festivaldirektor
Claas Danielsen**

den, mal abgesehen. Rainer Krisp, Betreiber des 3001-Kinos im Hamburger Schanzenviertel (ein Saal mit rund 100 Plätzen): „Den Zuschauerboom hatten wir in den 1990er Jahren. Es wird immer schwieriger, das Haus zu füllen. Das entscheidende Kriterium für den Erfolg ist und bleibt aber die Qualität der Dokfilme.“

Verschärfte Regeln für den Zugang von Dokfilmen auf die Kinoleinwände fordert Torsten Frehse vom Neue Visionen Filmverleih in Berlin: „Viele Dokfilme landen unnötigerweise in den Kinos. Da muss man sich fragen, ob es einem Film und seinem Macher zuträglich ist, wenn er keine Zuschauer findet.“ Doch das „ausweichen“ aufs Kino ist nicht allein eine Frage der Qualität, sondern auch ein Problem mangelnder Abspielplätze für Dokfilme in anderen Medien, etwa dem herkömmlichen Fernsehen. So verwundert die Forderung nicht, dass es

eine filmpolitische Aufgabe sei, die Bedingungen für anspruchsvolle Filme zu verbessern.

Ganz anders als in Deutschland ist die Situation in unseren deutschsprachigen Nachbarländern. In Österreich und der Schweiz sind Dokumentarfilme traditionell fester Bestandteil des Kinoprogramms – sie machen dort rund die Hälfte der Filme aus. Entsprechend optimistisch äußert sich Alexander Dumreicher-Ivanceanu vom Pool Filmverleih in Wien: „Die Sehnsucht der Menschen nach Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit wächst, das birgt riesige Chancen für den Dokfilm.“ Das Kino als Gegenöffentlichkeit. Für den Wiener sind inhaltliche Qualität, Radikalität in der Umsetzung und gute Vermarktungsideen die Schlüssel zum Erfolg, auch wenn die Beurteilung von Erfolgchancen für ein Filmprojekt immer eine Gratwanderung bleibe.

Carola Stern vom Verleiher Filmcoopi aus Zürich ist weniger euphorisch: „Wir erleben zunehmend Quantität statt

Vielfalt. Besonders bei Dokfilmen ist mehr Selbstdisziplin von Produzenten und Verleihern nötig, um ihnen in dem schier unüberschaubaren Wust von neuen Produktionen noch die richtige Bühne zu verschaffen.“ Weniger wäre also mehr.

Wie es auch anders geht, zeigt das Projekt *delicatessen* (www.delicatessen.org) seit ein paar Jahren – cineastischer Anspruch paart sich da mit moderner Technik. Gestartet 2004 als European DocuZone von der Salzgeber und Co. Medien GmbH und unterstützt mit EU-Geldern sind allein in Deutschland mittlerweile 40 Kinos in fast allen Bundesländern mit digitaler Projektionstechnik ausgestattet. Im Gegenzug zeigen sie wie ihre Partner in fünf weiteren Ländern Europas anspruchsvolle Kinofilme – vor allem kleine Produktionen, viele mit dokumentarischem Charakter – in Spitzenqualität. Aktuell läuft gerade „Das Reichsorchester“ über die Vergangenheit der Berliner Philharmoniker. *Delicatessen* eben statt Fastfood, und auch noch erfolgreich! ■

Leipziger Turbulenzen

Branchentreff und Filmzauber seit 50 Jahren ungebrochen

DOK Leipzig – das weltweit älteste Dokumentarfilmfestival – feierte vom 29. Oktober bis 4. November 2007 das 50. Jubiläum. Nach 53 Jahren. Gestartet 1955 auf Initiative des Clubs der Filmschaffenden der DDR als „I. Gesamtdeutsche Kultur- und Dokumentarfilmwoche Leipzig“ und nach einer schwachen Zweitaufgabe 1956 fiel das Festival in den drei darauf folgenden Jahren aus. Um 1960 als internationale Veranstaltung mit außenpolitischer Funktion wieder aufzuerstehen.

Exemplarisch für DOK Leipzig: Immer wieder hatte es in Leipzig Turbulenzen gegeben. So 1967, als „Der Sekretär“ (Foto rechts) von Jürgen Böttcher überraschend verboten und doch heimlich vom Filmklub im Festivalkino „Casino“ gezeigt wurde. Oder ein Jahr später, als es zum Eklat kam, weil Filme über den Prager Frühling, die Studentenrevolten in Paris oder lateinamerikanische Befreiungskämpfer verbo-

ten worden waren, Festivalteilnehmer mit einer schriftlichen Erklärung die öffentliche Projektion der Filme forderten und die Stasi im Dauereinsatz war. Oder 1976, als nach der Biermann-Ausbürgerung staatlich verordnetes Schweigen herrschte. Oder 1977, als ein Film über Leonid Breshnew nicht im Wettbewerb lief und dennoch eine goldene Taube holte. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. Kurzum: DOK Leipzig scheint rebellisch und unkaputtbar, auch wenn in der Vergangenheit vor allem mit politischen und



Foto: DOK Leipzig

heute mit finanziellen Schwierigkeiten belastet. Vielleicht und vor allem, weil das Leipziger Festival politisch war, ist und bleibt – bei aller Marktorientierung, die der nicht unumstrittene Festivaldirektor Claas Danielsen betreibt. Er versucht den Spagat, DOK Leipzig weiter kontinuierlich zum Branchentreff auszubauen, und dennoch dem Zauber des Films Raum zu geben. Der Erfolg gibt Danielsen Recht: Kontinuierlich wächst das Festival – im Jubiläumsjahrgang waren mehr als 1.450 Teilnehmer (2006: 1.150) akkreditiert und die Besucherzahlen überschritten deutlich die magische Grenze von 30.000 (2006: 24.000). DOK Leipzig ist heute nicht nur Deutschlands größtes, sondern und auch wichtigstes Dokumentarfilmfestival mit internationaler Ausstrahlung und das zweitgrößte für Animationsfilme. Und das, obwohl der Etat von rund 780.000 Euro im Vergleich zu anderen großen Festivals wie Duisburg, München, Kassel oder Oberhausen eher gering ist. In Leipzig gibt es offenbar für viele andere Maßstäbe, wie auch Filmemacher immer wieder betonen: „Volle Kinos, ein hellwachses, kritisches, neugieriges, diskussionsfreudiges Publikum – genau das, was man sich wünscht.“

Mit einer großen Retrospektive unter dem Titel „Spurensuche – Filmpositionen aus fünf Jahrzehnten“ versuchte man sich der wechselvollen Festivalgeschichte anzunähern. Barbara Heinrich-Polte vom Bundesarchiv-Filmarchiv kuratierte den deutschen Teil. Sie sprach von einer „denkbar schwierigen Auswahl“ und hätte am liebsten ihre Lieblingsfilme gezeigt.

Foto: DOK Leipzig, Martin Jehmichen



Schließlich entschied sie sich für zwei Hauptstränge: Den einen bezeichnete Heinrich-Polte als „Klassiker, die von Leipzig aus ihren Weg in die Kinos antraten“ (z.B. „Winter adé“ von Helke Misselwitz). Die zweite Linie sind die „Stiefkinder des DEFA-Films“, die ihren Weg nicht oder nur über Umwege ins Festivalprogramm schafften. Diese „Stiefkinder“ (z.B. Heiner Carows „Martins Tagebuch“, oder die Lausitz-Trilogie von Peter Rocha) sind auf der DVD-Festivaledition „Spurensuche“ versammelt.

■ Spannende Retrospektive

Die Auswahl für den internationalen Teil der Retrospektive traf Grit Lemke vom Festival. Krieg und Faschismus, Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, Afrika oder Asien – das sind die Themen, für die DOK Leipzig auch zu Zeiten des kalten Krieges als politisches Festival berühmt wurde. Aber auch einige Perestroika-Filme wurden gezeigt. Dazu präsentierten die ehemaligen Festivaldirektoren je einen Film: Fred Gehler (1994–2003, „Der letzte Bolschewik“ von Chris Marker), Christiane Mückenberger (1990–1993, „Die Belovs“ von Victor Kossakow-

ski) sowie Ronald Trisch (1973–1989, „Behinderte Liebe“ von Marlies Graf). Im gestrafften Gesamtprogramm mit vier Wettbewerben fiel der Rückblick angemessen aus und bot für Betrachter jeder Altersgruppe Möglichkeiten, in die Historie zu schauen und gleichzeitig Neues zu entdecken.

Zum runden Jubiläum erschien auch ein Buch zur Festivalgeschichte: Unter dem Titel „Bilder einer gespaltenen Welt – 50 Jahre Dokumentar- und Animationsfestival Leipzig“ sind auf 268 Seiten sehr persönliche Geschichten und Anekdoten versammelt, die teilweise aus der Feder der ehemaligen Festivaldirektoren stammen. Spannend, politisch, selbstkritisch, subjektiv – ein lesenswerter Band für alle Filmliebhaber. *Gundula Lasch* ■

▶ Media vergibt 14,3 Mio. € für Projektentwicklung

Insgesamt 161 europäische Dokumentar-, Spiel-, Animationsfilm- und Multimediaprojekte sowie 76 Projektpakete werden im Rahmen des zweiten Auswahlverfahrens von der Europäischen Kommission mit 14,295 Millionen Euro gefördert. Aus Deutschland erhalten 14 Projekte eine Einzelprojektförderung und acht Produktionsfirmen eine Paketförderung.

Respektvoll ohne Voyeurismus

ver.di-Preis ging an Paul Watson aus Großbritannien

Der Geehrte war sichtlich überrascht, als er bei der festlichen Abschlusszeremonie plötzlich seinen Namen hörte. Der Engländer hatte vergessen, sich die Kopfhörer für die Simultanübersetzung zu besorgen und war umso begeisterter, als er realisierte, dass der Beifall ihm gebührte. Paul Watson aus Großbritannien erhält für seinen Film „Rain In My Heart“ den mit 1.500 Euro dotierten Preis von ver.di (Bereich Kunst und Medien).

Die siebenköpfige Jury war sich diesmal schnell einig gewesen und es ist ihr wie in vielen Jahren zuvor gelungen, einen Film zu prämiieren, der beim Festival für Aufsehen und Diskussion gesorgt hatte, auch bei anderen Jurys als Preisträger zur Diskussion stand, aber letztendlich keine der begehrten „Tauben“ bekam. Im Mittelpunkt des Films „Rain In My Heart“ stehen vier Menschen am Ende ihrer „Alkoholikerkarrieren“. „Man kann die

Probleme nicht lösen – aber man muss zeigen, dass es sie gibt“, so Filmemacher Paul Watson. Mehr als 70 medizinische Einrichtungen verwehrten ihm den Zugang, als er sein Filmprojekt realisieren wollte – nur eine öffnete ihre Türen. Dort traf er Wanda, Mark, Tony und Nigel, vier Menschen, deren Leben von der Droge Alkohol bestimmt war. Watson sei für sie während der Dreharbeiten zur Vertrauensperson geworden, heißt es in der Jury-

Begründung. „Respektvoll – ohne Voyeurismus – begleitete er diese Menschen mit seiner Kamera – in hoffnungsvollen Situationen ebenso wie bei deprimierenden Tiefschlägen, beim Ringen zwischen Leben und Tod. Er wahrte dabei das rechte Maß zwischen Nähe und Distanz. Schonungslos und dennoch sensibel erinnert er uns an von der Gesellschaft vergessene, am Abgrund lebende Mitmenschen. Dafür danken wir ihm.“

ver.di-Preisträger Paul Watson



Foto: Martin Jehmichen

„Es ist ein Albtraum, Menschen beim Saufen, Leiden und Sterben zu filmen. Sich immer wieder zu fragen, ob man ihnen in irgendeiner Form helfen kann und doch zu wissen, dass es aussichtslos ist“, gestand Watson. Auch berichtete der in der Grafschaft Kent lebende 65jährige von seinen nächsten Projekten – einem Film über ein an Alzheimer erkranktes Ehepaar sowie über die Beerdigungskultur in Irland. Watson ist seit rund 40 Jahren Dokumentarfilmer, in erster Linie für den Fernsehsender BBC, wurde Ende der 1960er Jahre für seine Dokuserie „A Year in My Life“ mehrfach ausgezeichnet und 1974 mit der 12teiligen Serie „The Family“ international bekannt. Seither entwickelt er das Format Docu Soap in kontrovers diskutierten und mehrfach preisgekrönten Arbeiten weiter.

■ **22 Filme in der Bewertung**

Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Bereichsleiter Kunst und Kultur beim ver.di-Bundesvorstand, übergab dem Engländer den Preis und nutzte die Gelegenheit, die DOK Leipzig als unverzichtbares internationales Festival zu würdigen und an Förderer, Sponsoren und Unterstützer zu appellieren, alles für den Erhalt und

den Ausbau des Festivals zu tun. „Bereits zum 16. Mal vergab unsere Organisation einen Preis zur Leipziger DOK. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese gute Tradition weiter gepflegt wird und wir 2011 den ver.di-Preis zum 20. Mal vergeben können“, so das abschließende Statement der Jury, die im Jubiläumsjahrgang an fünf Tagen 22 Filme im Internationalen Wettbewerb zu sichten und zu bewerten hatte. gl ■

AG DOK verlieh erstmals „Das Dicke Fell“

Die AG DOK vergab in Leipzig erstmals den mit 5.000 Euro dotierten Preis an eine deutsche Fernsehredaktion, die sich in besonderer Weise um die Unterstützung und den Erhalt des programmfüllenden Dokumentarfilms im Fernsehen verdient gemacht hat. Das erste „Dicke Fell“ ging an die Dokumentarfilm-Redakteurinnen und -Redakteure von ZDF/3sat. In der Begründung sagte AG-DOK-Vorsitzender Thomas Fricke: „Es braucht schon ein dickes Fell, um über Jahre hinweg ein Genre zu vertreten, das in den Führungsetagen der meisten Sender gar nicht so richtig gewollt ist. Gemeint ist hier nicht die auf allen Kanälen wohlfeile und leichtgängige Dokumentation, die inzwischen ja überall als Quotenbringer zum Hochglanzformat herausgeputzt und verhächelt wird, (...) sondern den Dokumentarfilm als Autorenfilm – um das Kino-Format.“

Digitale Chancen

Ambitionierte Filmemacher nehmen Verwertung selbst in die Hand

Die neuen digitalen Verwertungsformen des Dokumentarfilms der Zukunft werden sehr unterschiedlich eingeschätzt. Sceptiker sprechen von der „Diktatur des Digitalen und der neuen Technologien“ und einer unüberschaubaren Bilderflut. Optimisten wittern hingegen neue Chancen und eine zunehmende Selbstbestimmung der Zuschauer.

Vermarkter des Dokumentarfilms im Internet kennen keine Illusionen: Einen Film als Kunst oder Dokumentarfilm zu bezeichnen, sei das schlechteste Verkaufsargument, so Nils Zehnpfennig vom DVD-Vertrieb Alive AG. Dokumentarfilme sind auf der Verkaufs-Hitliste von Alive unter „Special Interest“ geführt. Als populäres Beispiel benannte Zehnpfennig Michael Moores Film „Fahrenheit 9/11“. Der Dokumentarfilm nimmt Kriegs- und Profitinteressen der amerikanischen Wirtschaft ins Visier – sowie die zweifelhafte Rolle des US-Präsidenten George Bush im Zu-

sammenhang mit den Terroranschlägen am 11. September 2001. Verkaufsschlager sind nach dieser Hitliste jedoch in der Regel nicht politische Dokumentationen, sondern Musikfilme wie der US-Film „The secret“ von Drew Heriot aus der Sparte „Spiritualität und Weisheit“: mit einer eher platten Motivationsgeschichte, nach dem Motto „Du musst nur reich und glücklich werden wollen, dann klappt es schon.“

■ **Eigenen Marktplatz schaffen**

Wie aber findet der anspruchsvolle Dokumentarfilm zu seinem Publikum? Cay Wesnigk, Autor und Regisseur und im Vorstand der Onlinefilm AG, hat 2001 eine genossenschaftliche Initiative gegründet. 122 Filmemacher und Produzenten wollen die digitale Verwertung selbst in die Hand nehmen. „Damit die Dokumentarfilmer nicht am Ende der Verwertungskette stehen und mit wenigen Euro

abgespeist würden, müssen die Filme fair gehandelt werden“, so Wesnigk. Dazu gebe es keine Alternative. Ähnlich den Fair-Trade-Initiativen mit Produkten aus der so genannten Dritten Welt sollten nicht mehr die Zwischenhändler profitieren, sondern die Produzenten. „Wir wollen uns von dieser Kette unabhängig machen und unseren eigenen Marktplatz schaffen.“ Die rasante technische Entwicklung der letzten Jahre kommt dieser Idee entgegen: Zur DOK Leipzig präsentierte Wesnigk zusammen mit der Stiftung Kulturserver.de gGmbH die erste Version ihrer Distributionssoftware. Auf der Internetplattform Onlinefilm.org können Filmemacher als Video-on-Demand ihre Filme selbst einstellen und verkaufen. Der offizielle Marktstart soll auf der nächsten Berlinale Anfang 2008 sein. Die EU hat den Aufbau der Plattform in diesem Jahr mit 300.000 Euro gefördert. Weiterhin steht die Option offen,

in den kommenden zwei Jahren nochmals je 300.000 Euro zu beantragen. Voraussetzung sei allerdings, dass weitere 200 Genossenschafte ins Boot kommen und in Aktien zum Preis für 500 Euro investieren. Erst dann könne der Internetvertrieb mit den bereits bewilligten Geldern der EU starten. Denn ohne Eigenbeteiligung sind die EU-Gelder nicht abrufbar. Griechenland, Litauen und Lettland sind beim Projekt bereits beteiligt. Beim Antrag für die EU-Förderung des kommenden Jahres seien Italien, Zypern und Slowenien mit von der Partie, so Wesnigk. Weiterhin sei die Onlinefilm AG mit Dokumentarfilm-Initiativen aus Holland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Portugal im Gespräch.

■ Licht am Ende des Tunnels

In der Schweiz ist man weiter. Dort gibt es bereits unter der Regie von Matthias Bürcher, der ein Privatunternehmen führt, einen Handel von Schweizer Autofilmen. Artfilm.ch bietet rund 1000 Filme und rund 700 DVDs über die Webseite www.artfilm.ch an. Auf gut strukturierten Seiten wird informatives Material zu den Filmen geboten: Synopsis, Absicht des Regisseurs, Filmographie, Interviews, Kritiken, Photos, Trailer sowie Filmausschnitte als Streaming. Mit den Schweizern beabsichtige die Onlinefilm AG zu kooperieren, sagt Wesnigk.

Der Medienjournalist Frank Patalong (Spiegel-Online) prognostizierte kürzlich bei einer Veranstaltung der Dokumentarfilminitiative im Filmbüro Nordrhein-Westfalen (dfi) in Köln Licht am Ende des Tunnels: Video-on-Demand und das Abruf-Fernsehen (Vodcast, kostenlos im Internet zu beziehen) sei für die Filmer als Chance zu begreifen. Zuschauer könnten die Filme zur besten Sendezeit wahrnehmen, der Nutzer mache das Programm, nicht mehr der Sender.

Eine andere Möglichkeit ist das digitale Bezahlfernsehen – inzwischen gibt es ein halbes Dutzend Sender allein in Deutschland. Discovery oder History und



Foto: Mathias Thurm

Cay Wesnigk, Autor und Regisseur und im Vorstand der Onlinefilm AG

Biography Channel wollen eben nicht nur Ware ihrer US-Mutterfirmen synchronisiert oder untertitelt abspielen, sondern durchaus auch mit ambitionierten deutschen Dokfilmen kooperieren. Millionär kann man dabei allerdings nicht werden – und muss sich an internationalen Standards messen.

Weniger optimistisch sehen es die Praktiker. Der Filmemacher Lutz Dammbeck, der in Hamburg und Dresden lebt, spricht von der „Diktatur des Digitalen und der neuen Technologien“. Menschen würden mit einer Bilder- und Informationsflut dazu gebracht, nichts mehr verstehen zu können. Das Publikum für ambitionierte Dokumentarfilme werde abgeschmolzen. Seinen Film „Das Netz“ hat er 1999 begonnen und 2003 beendet. „Schon an der Zeitspanne können Sie sehen, dass mir der Film nicht viel eingebracht hat“. Die DVD hat Dammbeck 1200 Mal über seine Internetseite www.t-h-e-n-e-t.com verkauft, an Universitäten seien sie „rauf und runter raubkopiert worden“.

Auch der renommierte Fernsehautor Martin Kessler hat mit seiner Trilogie „Neue Wut“ (www.neuewut.de) als einer

der Vorreiter Erfahrungen mit der Verwertung im Internet. Mit den beiden bereits fertig gestellten Filmen der Trilogie „Neue Wut“ über den Sozialprotest gegen die Agenda 2010 und „Kick it like Frankreich“ über den Widerstand gegen die Studiengebühren tourte er durch die Republik. Er bietet Subskriptionen, betreibt einen Eigenverleih, wirbt für Spenden von Stiftungen und für die Einbindung seiner Filme in die Bildungsarbeit. Beide Filme wurden jeweils weit über 1.000 Mal als DVD verkauft. Jetzt steht der dritte Film der Reihe „Neue Wut“ über den G8 Gipfel auf dem Plan. Doch derartige Produktions- und Arbeitsbedingungen gingen an die Substanz, konstatiert Keßler.

■ Zu wenig TV-Sendeplätze

Politische Filmemacher sind auf Förderung und einen „öffentlichen Resonanzboden“ für ihre Filme angewiesen. Gerade in den letzten Jahren gibt es dafür weniger Geld und weniger Sendeplätze im herkömmlichen Fernsehen. Keßler fordert deshalb, dass solche Filme stärker in die politische Bildungsarbeit einbezogen werden, von Gewerkschaften, Universitäten, Schulen etc. Was an kritischer Öffentlichkeit im TV verloren gehe, müsse anderswo hergestellt werden. Außerdem müssten Stiftungen mehr gesellschaftskritische Filmer fördern, um ihnen den Rücken freizuhalten. Und für diesen Zweck könnten Mittel aus den öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebühren zur Verfügung gestellt werden. Denn die kritische Betrachtung politischer Vorgänge gehöre eindeutig zur Grundversorgung, und entspreche dem verfassungsgemäßen Auftrag zu Information und Bildung, so Keßler.

Gitta Düperthal ■

Bei der Produktion des Dokumentarfilms „Das Reichsorchester“ (S. 9)



Foto: Elkon

▶ Neue Kooperation von DOK Leipzig und 3sat

Der deutschsprachige Sender 3sat und DOK Leipzig starten eine neue Kooperation zur Unterstützung des künstlerischen Dokumentarfilms in Form eines thematischen Projektwettbewerbs: Filmemacher aus dem deutschsprachigen Raum sind bis zum 15. Januar 2008 dazu aufgerufen, ihre Ideen einzureichen – drei davon werden von 3sat produziert und im Rahmen von DOK Leipzig 2008 (27.10. – 02.11.2008) vorgestellt. Gesucht sind Produktionen, die sich mit dem Motto „Mein Leben in Sicherheit“ auseinandersetzen – gefragt sind hierbei eigenwillige Konzepte und vielfältige Handschriften jenseits formatierter Fernsehdokumentationen. Längen zwischen 30 und 90 Minuten sind möglich.

Gegen Wertverlust

Presseausweise – ein wichtiges professionelles Arbeitsinstrument

Noch immer ist kein Ende des „zähen Ringens“ (siehe M 4/07) um die bundeseinheitlichen Presseausweise abzusehen. Seit Mai 2006 sehen sich die bisher ausstellungsberechtigten Verbände mit dem Ansinnen der Innenminister konfrontiert, den Kreis der Aussteller ebenso auszuweiten wie den Kreis derjenigen, die künftig einen Presseausweis erhalten dürfen (M berichtete – 6/06). Dabei soll der bisher tragende Begriff der hauptberuflichen journalistischen Tätigkeit als Grundlage für die Ausstellung eines Presseausweises in nicht nachvollziehbarer Weise aufgeweicht und verwässert werden. Dagegen stellen die Journalistenorganisationen dju in ver.di und DJV und die Verlegerverbände BDZV und VDZ, die seit den 50er Jahren verantwortlich die Presseausweise ausgeben, den Anspruch: Der Presseausweis muss als Legitimations- und Arbeitsinstrument für Journalisten in seinem Wert und seiner Aussagekraft erhalten bleiben. Ende Oktober gab es ein Treffen der ausstel-

sich deswegen auch nicht in der Lage, mit diesen Verbänden zu der von der IMK am 1. Juni ultimativ geforderten „Einigung“ zu kommen. Die IMK hat sich die Entscheidung vorbehalten, ob sie weiterhin ihr Einverständnis für den Innenminister-Hinweis auf den Presseausweisen gibt. Das ist nicht nachzuvollziehen.

Eine inflationäre Ausgabe von Presseausweisen ohne ausreichende Prüfung der überwiegenden hauptberuflichen journalistischen Tätigkeit würde den Sinn – als aussagekräftiges Dokument z.B. gegenüber Behörden für den Nachweis des begründeten beruflichen Interesses und des berechtigten journalistischen Zugangs zu Informationen und Schauplätzen – ad absurdum führen.

Unter Hinweis auf die Notwendigkeit für Journalisten ebenso wie für Behörden, „Irritationen über die Berechtigung von Ausweisinhabern zu vermeiden“, fordern die Verbände die Beschränkung auf eine überschaubare professionelle Gruppe von Ausstellungsverbänden: „Alle Beteiligten sind auf ein einfach zu handhabendes Legitimationsverfahren angewiesen, wenn sie ihre jeweilige Aufgabe sachgerecht erfüllen wollen.“

Die dju in ver.di erstrebt weiterhin, dass die Presseausweise überall nach den gleichen Kriterien und in gleicher Weise verantwortlich ausgestellt werden. Nur dann können wir sicher sein, dass sie nicht als Werbeinstrument, Verkaufsschlager, als Rabattkarte oder als Finanzierungsinstrument für den eigenen Verband missbraucht werden. Sondern, dass sie als das genutzt werden, wofür wir sie gebraucht werden – als professionelles Arbeitsinstrument.

U. Maercks-Franzen ■

ver.di Fernsehpreis in Hamburg vergeben

Den ver-di-Fernsehpreis ging in diesem Jahr an Max Eipp für das Drehbuch des Films „Wut“ und an Mike Borscht für die Regie des Films „Kombat Sechzehn“. „Wut“ wurde vom WDR und „Kombat Sechzehn“ vom ZDF ausgestrahlt. Die Vorsitzende des Gewerkschaftsrates von ver.di Monika Brandl übergab den am 10. November 2007 im Hamburger Rolf-Liebermann-Studio des NDR an die beiden Filmemacher und beglückwünschte sie zu dieser hervorragenden kreativen Leistung. Damit würden zwei Fernsehfilme prämiert, die nach Auffassung der sechsköpfigen Jury unter Wahrung künstlerischer Gesichtspunkte zeit- und gesellschaftspolitische Stoffe behandeln, die geeignet sind, die politische Bildung zu vertiefen. Darüber würden diese Filme die Urteilsfähigkeit in gesellschaftspolitischen Fragen erhöhen und die Bereitschaft zum politischen Engagement für Freiheit und Demokratie anregen.

Der zum 43. Mal vergebene ver.di-Fernsehpreis für die Sparten Drehbuch und Regie ist mit jeweils 7.500 Euro dotiert. ■

Presseausweise 2008 ...

Bei der dju in ver.di bzw. den Landesfachbereichen kann ab sofort der neue Ausweis 2008 beantragt werden (Die Antragsformulare lagen M 08–09/07 bei bzw. können im Internet herunter geladen werden: <http://dju.verdi.de>). Der Versand erfolgt ab Dezember 2007.

lungsberechtigten Verbände, zu denen ab 2008 auch Freelens und der VDS (Verband Deutscher Sportjournalisten) zählen, und Vertretern von jenen Verbänden, die bei der Innenministerkonferenz (IMK) um die Berechtigung ersuchen. Alle anwesenden Organisationen waren sich darin einig, dass es die eindeutige Aufgabe der Innenministerkonferenz (IMK) sei, ihre im Mai 2006 beschlossenen Kriterien zur Ausstellungsberechtigung selbst zu prüfen, die danach notwendigen Nachweise einzufordern, um dann eine Entscheidung über die Ausstellungsberechtigung eines Verbandes zu treffen. Dabei sollen die Selbstauskünfte der Antragsteller ohne weitere aussagekräftige Unterlagen nicht ausreichen, um eine Ausstellungsberechtigung zu begründen. Die so genannten „Altverbände“ sahen nach den ihnen zu Verfügung stehenden Informationen und auch nach diesem Gespräch bei den Interessenten diese Kriterien als nicht erfüllt an und

Eine Brücke zu neuen Märkten

Zweiter dju-Fotografentag über Chancen durch Multimedia-Projekte

„Wo geht die Reise hin?“ war der zweite Fotografentag der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in Hannover überschrieben. Dass es sich nicht um eine geographische, sondern eine berufsorientierende Frage handelte, zeigte der Untertitel „Technik und Recht – Tendenzen rund um die Fotografie“. Über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer widmeten sich einen Tag lang den Chancen des Internets für Fotografinnen und Fotografen, der Entwicklung des Presserechts und sowie den Restriktionen vieler Veranstalter und den Möglichkeiten des Widerstands. Im Foyer zeigten Teilnehmer eigene Arbeiten, überschrieben „Bilder am Bauzaun“.



Fotos: Wolfgang Kubak

Gastgeber des dju-Fotografentags war, wie schon 2005, der Fachbereich Design und Medien der Fachhochschule Hannover, der laut Rolf Nobel (Foto links), Professor für Fotojournalismus, mit über 100 Studierenden, darunter 31 Erstsemestern, die größte Ausbildungsstätte für den fotojournalistischen Nachwuchs in Europa

sei. Dabei grenzte Nobel den für ihn wahren Fotojournalismus deutlich von den heute in vielen Magazinen gebotenen Bildern ab: „Nicht das schöne, sondern das erzählende Bild zählt.“ Da die wirtschaftlich guten Zeiten für Fotojournalisten jedoch seit rund 15 Jahren vorbei seien, bräuchten die jungen Leute heute mehr Kenntnisse in Medienrecht und einen größeren Überblick über die technische Entwicklung als frühere Generationen. Nicht zuletzt deshalb organisierte die FH Hannover vom 18. bis 21. Juni 2008 zum ersten Mal ein Festival für junge Bildjournalisten aus ganz Europa.

Eine Möglichkeit, mit Fotos neue Absatzmärkte durch neue Produkte zu erschließen, zeigte der Hannoveraner Absolvent Uwe Martin. Martin, der sich eng an

den Medientrend in den Vereinigten Staaten orientiert, verwies darauf, dass sich nicht nur die Aufmerksamkeit junger Menschen immer mehr dem World Wide Web statt Zeitungen und Zeitschriften zuwende, sondern auch Werbeaktivitäten. So seien in den USA im Jahr 2006 die Einnahmen des Werbemarkts im Internet auf 16,9 Milliarden Dollar angewachsen und machten bereits sechs Prozent des jährlichen Werbevolumens dort aus.

■ Finanzielle Daumenschrauben

Fotografinnen und Fotografen, die sich zur Verbreitung ihrer Arbeiten das Internet zunutze machen, seien nicht mehr auf den Transport ihrer Bilder via Zeitschriften oder Zeitungen zum Leser angewiesen. Durch das Internet können Bilder und Podcasts von jedem Punkt der Welt aus blitzschnell weltweit verbreitet werden: „Quasi sind wir heute im Besitz der Druckerpresse“, kommentierte Martin diese Seite der Internet-Verbreitung. Finanziell werden die Daumenschrauben für Fotojournalisten allerdings immer enger. Die ganze Nachbereitung der Aufnahmen, von der technischen Bearbeitung bis zur Archivierung, falle inzwischen großenteils zu Lasten der Fotografen und werde, obwohl mühsamer und zeitraubender als die eigentlichen Aufnahmen, schlecht bezahlt. Gute Fotografen gebe es inzwischen auf allen Kontinenten, Magazine und Internet-Publikationen seien nicht mehr darauf angewiesen, dass europäische oder amerikanische Fotojournalisten Koffer und Kamera packten und durch die Welt zögen. Durch die sehr unterschiedlichen Lebenshaltungskosten dieser weltweiten Foto-Community können die Vermarkter die Honorare für Fotos weiter drücken in Tiefen, die für Fotografen in westlichen Industrieländern nicht mehr zum Überleben reichen.

Martins Antwort auf diese Abwärts-spirale ist ein neues, cineastisches Produkt anzubieten statt Fotos allein. Fotografien

gekoppelt mit gut ausgesteuerten Interviews, eventuell auch Videosequenzen und Grafikanimationen führen zu erweiterten Ausdrucksformen und neuen Gewinnmöglichkeiten. Als Beispiel zeigte Martin (Foto rechts) einen längeren Ausschnitt aus Oliver Jobards Internet-Erzählung „Kingsley's Crossing“ aus allen oben



genannten Elementen, die einen jungen Afrikaner bei seinem verzweifelten Versuch begleitet, nach Europa zu gelangen.

Solche Projekte brauchen viel Zeit und daher eine relativ große Vorfinanzierung, für Martin meist die größte Hürde der Realisation. Allerdings sind hinterher nicht nur Bilder für Magazine entstanden, sondern auch Ton, Film und Grafikelemente, die es möglich machen, diese Reportage nicht nur Zeitungen und Zeitschriften samt Text und eine bessere Verschlagwortung der Fotos für die Archive anzubieten, sondern sie auch im Internet sowie den etablierten Medien Radio und Fernsehen zu platzieren. Der Pionier dieser Foto-Ton-Kombination Brian Storm bezeichnete dieses neue Produkt als „eine Brücke, die Märkte und Publikationsmöglichkeiten miteinander verbindet“. Martin zitierte ihn mit einem Erlös von rund 20.000 Dollar durch den Verkauf einer solchen Geschichte an Radio, Fernsehen, Internet und Zeitschrift in Großbritannien. Rolf Nobel nannte Honorare von 200 bis 1000 Euro für Podcasts beispielsweise bei GEO.

Die ruhige Schilderung mit Erzählungen aus dem Off, Texten, Videosequenzen und Bildern eignet sich nach Martins Beispielen sehr für komplexe Themen. Bislang, sagte Martin, sei die Konkurrenz in Deutschland noch nicht sehr groß, so dass die frühen Anbieter einen Profil- und Geschäftsvorsprung haben. Doch er schätzte, dass dies ein Zeitfenster von nur wenigen

„Bilder am Bauzaun“ gaben einen eindrucksvollen Einblick in die Arbeit einiger Teilnehmer (Foto links)

Kathrin Gerlof, freie Journalistin in Berlin, moderierte die interessante „fotografische“ Debatte (Foto rechts)



Jahren sei, in denen man sich hier eine „eigene Marke“ erarbeiten könne.

Für den heutigen Fotoprofi bedeute die Eroberung dieser neuen Darstellungsform erstmal Lernen. Die technischen Investitionen für anständige Tonaufnahmen et cetera bezifferte Martin auf rund 300 bis 1000 Euro, aber die Weiterbildung im Bereich Ton und Video sei Grundlage für ein absetzbares Produkt. Dass damit bisherige Berufsgrenzen zu Radio- und Fernsehjournalisten überschritten werden, räumte Martin ein: „Klar, wir püscheln uns alle gegenseitig ins Handwerk und nehmen anderen etwas weg.“ Das wollten einige in der von Kathrin Gerlof moderierten Diskussion nicht so stehen lassen und betonten, hier entstünde ein ganz neues Multi-Mediaprodukt. Skepsis gegenüber den Kosten für Nachrüstung und Weiterbildung sowie dem aktuellen Nutzen bei einem Medium, das doch zuerst Honorarverzicht und große finanzielle Vorleistung bedeute, zeigte sich in mehreren Diskussionsbeiträgen. Eine Kollegin brachte das geäußerte Unbehagen auf den Punkt: „Ich kann mir das am ehesten als Kooperation mit anderen, in ihrem Gebiet erfahrenen Kollegen vorstellen denn als Einzelkämpfertum. Ich weigere mich, als eierlegende Wollmilchsau zu dilettieren.“

■ Juristische Grenzziehung



Der Nachmittag des zweiten dju-Fotografentags galt rechtlichen Fragen. Der Hamburger Rechtsanwalt Helmut Jipp (Foto links) beschrieb die Folgen des bekannten „Caroline-Urteils“ vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 2004. Langfristig bedeute dies eine

Eingrenzung des in den 1960er Jahren entstandenen Begriffs der „absoluten Person der Zeitgeschichte“ und damit eine Korrektur der bisherigen Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht. Hatten früher Zeitungen, Zeitschriften und andere Medien sich selbst die Grenze gesetzt, was von öffentlichem Interesse ist und daher publiziert werden sollte, so sind es nun Gerichte, die in vielen Einzelfallentscheidungen diese Grenzen bestimmen. Setze sich die Auffassung des Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die einem weiteren Begriff des öffentlichen Interesses verpflichtete Interpretation des Bundesverfassungsgerichts durch, so werde die Berichterstattung über Prominente und ihre Begleitung künftig sehr eingeschränkt. „Der Begriff der absoluten Person der Zeitgeschichte wird in Zukunft entfallen“, zeigte sich Jipp überzeugt. Die Redaktionen müssten sich ausgiebiger beraten (lassen), was abdruckbar sei. Für Journalistinnen und Journalisten werde es schwieriger, mit einem „zeitgeschichtliches Ereignis“ als Grund für eine Veröffentlichung zu argumentieren. (M 11/2004)

Auch abgesehen vom Glamour der Promis werden in Zukunft viele Fragen vor Gericht entschieden werden: Für welche Veröffentlichungsarten gilt eine Einverständniserklärung des Fotografierten, ab wie vielen Personen spricht man von einer Menschenmenge auf dem Bild, wie groß darf eine Person als „Beiwerk“ auf einem Landschaftsfoto sein? Zahlenmäßige Regeln greifen hier nicht und die Sprüche verschiedener Gerichte fallen zuweilen sehr unterschiedlich aus. Die Rechtsprechung zum Recht am eigenen Bild ist durch den Spruch des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in der Europäischen Union in Bewegung geraten.

Dass es Fotografinnen und Fotografen schwerer haben als ihre Kolleginnen und Kollegen der schreibenden Zunft, stellte ver.di-Urheberrechtsexperte Wolfgang Schimmel (Foto rechts) anschließend dar. Dies sei jedoch keine Angelegenheit des Urheberrechts, sondern vielmehr des Hausrechts, das Veranstalter vermehrt sehr restriktiv auslegen und Fotografen gar mit Knebelverträgen zum Verzicht auf die Vermarktung ihrer Arbeit zwingen wollten. Als Beispiele nannte Schimmel die Knebelverträge für Fotografen, die das Management von Robbie Williams in Anleh-

nung an frühere Fotoverbotsversuche der Kelly-Family durchsetzen wollte oder die Erklärung der Deutschen Bahn, alle ihre ICE-Züge seien Geschmacksmuster und dürften deshalb nicht von Unbefugten fotografiert werden. Neben dem Widerstand der Fotografen habe nichts so schnell solche Verträge zu kippen geholfen, wie die Lächerlichkeit, deren sich die Akteure dabei aussetzten. „Widerstand nützt was“, unterstrich Schimmel, erklärte aber auch: „Solche Verträge sind Untote, Zombies, Wiedergänger, die kommen alle paar Jahre wieder.“

■ Starker Partner dju

Ein ebenso immer wiederkehrendes Spiel seien neue Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGBs), die Verlage durchzudrücken versuchten, zuletzt beim Springer Verlag. Hier sollen den Urhebern für eine Einmalzahlung und damit für eine unangemessene Vergütung sämtliche Rechte abgekauft werden. Gegen diesen Vertragstext haben die dju in ver.di, der DJV und Freelens zusammen geklagt. Einige der beanstandeten Formulierungen zur Rechteabtretung wurden in einer einstweiligen Verfügung untersagt, doch beide Seiten haben Berufung eingelegt. Schimmel betonte, dass es damit zum ersten Mal seit Jahren erreicht wurde, einem Verlag Teile seiner AGBs zu verbieten. (M 06-07/2007)

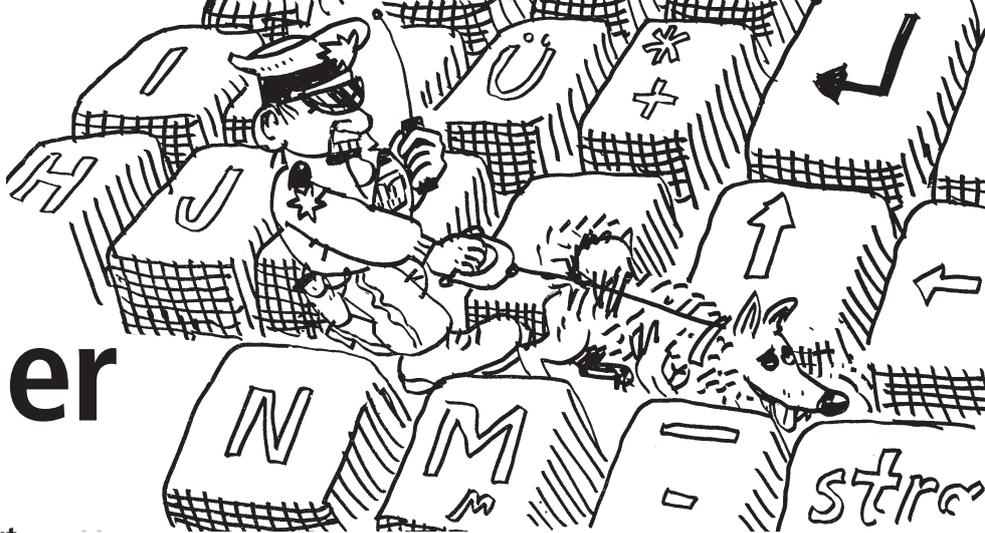
Positiv wertete Schimmel auch die Chancen, in den Tarifverhandlungen über das „angemessene Honorar“, das im neuen Urheberrecht vorgeschrieben ist, zu akzeptablen Ergebnissen zu kommen. Vielleicht gehören dann Bildhonorare von fünf Euro bei Regionalverlagen einmal der Vergangenheit an. Und, wenn es gelingt, bei Anzeigenblättern einen größeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu erreichen, könnten auch auf diesem Gebiet Verbesserungen erreicht werden.

Diesen Gedanken griff der Sprecher der AG Fotografen in der dju, Bundesvorstandsmitglied Peter Giefer, in seinem Schlusswort auf: Der Fotografentag solle nicht nur zum Vergleich des Ist- mit dem Soll-Zustand des Berufs dienen und des Weitertragens der Erkenntnisse in viele kleine und große Diskussionskreise, sondern auch bewusst machen, dass freie Fotografinnen und Fotografen in der dju mit ihrem Rechtsschutz und ihrem reichen Erfahrungsschatz einen starken Partner haben. *Susanne Stracke-Neumann* ■



Ein Stück Big Brother

Schleichwerbung vom Deutschen Presserat zunehmend gerügt



Mit 954 Eingaben registrierte der Deutsche Presserat im Jahr 2006 einen neuen Beschwerde-Höchststand. Rekordverdächtig auch die Zahl der Sanktionen: insgesamt 42 Rügen, davon 36 öffentliche sprach der Beschwerdeausschuss im vergangenen Jahr aus. Häufigster Anlass waren Verstöße der Redaktionen gegen den Persönlichkeitsschutz oder gegen das Schleichwerbeverbot.

Das Sonderheft eines Magazins erfreute seine Leser mit einer Reportage über die „Traumstraßen der Welt“. Merkwürdigerweise rollten über diese Straßen – 16 Mal im Bild dokumentiert – verdächtig viele Autos der Marke Audi. Ein klarer Verstoß gegen das in Ziffer 7 des Pressekodex fixierte Gebot einer Trennung von Werbung und redaktionellem Inhalt, urteilte der Presserat und sprach eine öffentliche Rüge aus. Insgesamt 53 Fälle von Schleichwerbung wurden im vergangenen Jahr verhandelt. In diesem Jahr waren es bis Mitte Oktober bereits 45. Da das Bewusstsein für den Umgang mit dieser Frage in den Redaktionen offenbar sinkt, will der Presserat dazu eine Broschüre mit „praktischen Handreichungen“ herausgeben.

Dem Thema „Boulevard und Persönlichkeitsrechte“ widmet der Presserat in seinem Jahrbuch ein eigenes Kapitel. Darin beklagt sich Bild-Chefredakteur Kai Dieckmann über die hohen deutschen Standards in Sachen Persönlichkeitsschutz. Anders als die vom Presserat an die Kande genommenen deutschen Zeitungen dürften „die großen angelsächsischen Zeitungen“ verurteilte Straftäter „grundsätzlich mit vollem Namen“ nennen. Im Zusammenhang mit dem Diskriminierungsverbot stellt er die Frage, „wann die ethnische Zugehörigkeit von Kriminellen, Bettlern und Sozialschmarotzern benannt werden darf“. Fast überflüssig zu erwähnen, dass allein acht der 42 Rügen des Jahres 2006 an Bild gingen.

Sorgen machen dem Presserat derzeit vor allem zwei Gesetzesprojekte aus dem Bundesinnenministerium. Der Gesetzentwurf zur Telekommunikationsüberwachung und zur Vorratsdatenspeicherung gefährdet nach Auffassung des Gremiums die

Pressefreiheit und höhlt den Informantenschutz aus. Nach dem derzeit beratenen Gesetzentwurf soll künftig gespeichert werden, „wer wann von wo aus mit wem Kontakt via Telefon, Handy oder E-Mail hat“, kritisiert Presseratsgeschäftsführer Lutz Tillmanns. Dabei traue der Gesetzgeber offenbar den Journalisten besonders viel Strafbares zu. „Da wird ein Zwei-Klassen-Recht begründet“, so Tillmanns. Weitestgehend außen vor blieben Strafverteidiger, Abgeordnete und Geistliche. Aber die Journalisten und andere Berufsheimnisträger haben Einschränkungen hinzunehmen. Zugleich fürchtet der Presserat die Willkür einer solchen Regelung. Denn bei sämtlichen Ermittlungsmaßnahmen soll nur noch im Einzelfall, nicht mehr generell überprüft werden, ob diese im angemessenen Verhältnis zum gesetzlich garantierten Informantenschutz stehen. Zwecks Schadensbegrenzung wird

gefordert, dass mindestens ein dringender Tatverdacht vorliegen müsse. Außerdem plädiert der Presserat für eine umfassende Information der Betroffenen über derartig schwere Eingriffe in die Berufsarbeit. An die Mitglieder des Deutschen Bundestags appelliert er, das Grundrecht der Pressefreiheit wenigstens durch eine enge Begrenzung der Datenverwendung nicht vorschnell dem staatlichen Interesse der Verbrechensbekämpfung zu opfern.

Äußerst kritisch beurteilt der Presserat auch das jüngste Paragrafenwerk aus der Küche von Innenminister Wolfgang Schäuble, die so genannte Online-Durchsuchung. Der vom Hamburger Chaos-Computer-Club an die Öffentlichkeit gebrachte Entwurf sieht vor, dem Bundeskriminalamt den so wörtlich – „verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme“ zu gestatten. Anders als das Gesetz über Vorratsdatenspeicherung diene dieses Vorhaben nicht der Strafverfolgung, vielmehr handle es sich um Präventivmaßnahmen des Staates, vermeintlich zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus.

Wie diese so genannten Bundestrojaner funktionieren sollen, ist bislang nicht geklärt. Aber nach Auffassung des Presserates dürfte es Schäuble nicht leicht fallen, das Abgreifen von Festplatten durch das BKA gesetzlich zu legitimieren. Als unlängst in Karlsruhe über das neue nordrhein-westfälische Landesverfassungsschutzgesetz verhandelt wurde, äußerte das höchste Gericht deutliche Zweifel an der Zulässigkeit von undifferenzierten Online-Durchsuchungen. Nicht nur deshalb hält Presseratssprecher Fried von Bismarck, zugleich Geschäftsführer von Spiegel.net und Spiegel-TV, die Pläne des Bundesinnenministeriums für „ungeheuerlich“. Eine derartige Blankovollmacht für staatliche Ermittler würde weit über das angestrebte Ziel der Terror- und Verbrechensbekämpfung hinaus schießen. „Das ist ein Stück Big Brother, was wir da kriegen sollen, und das ist weit mehr als Video-Überwachung, weil eben nun mal der Computer zu dem Kommunikationsmittel heute überhaupt geworden ist.“

Günter Herkel ■

Illustration: Jan Tomaszchöf

► Jahrbuch 2007



280 Seiten, br.
ISBN
978-3-86764-004-6
EUR 29,00
www.uvk.de

»Boulevard und Persönlichkeitsrechte – Wie weit darf die Neugierde gehen?« – so lautet das diesjährige

Schwerpunktthema des Jahrbuches des Deutschen Presserats. Bild-Chefredakteur Kai Dieckmann, der Hamburger Journalistikprofessor Siegfried Weischenberg und der Presserechter Walter Seitz beleuchten das Thema jeweils aus ihrer Sicht.

Mit 35 Fällen dokumentiert das Jahrbuch eine repräsentative Auswahl neuer Beschwerden wegen Verstößen gegen den Pressekodex. Es enthält eine CD-ROM mit der Spruchpraxis der Jahre 1985–2006. Alle Entscheidungen des Presserats sind über eine Volltext-Suchmaske recherchierbar.

Streng und kompliziert

Deutschland evaluiert seinen reformierten Jugendmedienschutz

Vier Jahre nach der Reform des Jugend-schutzrechts stellt Deutschland sein System der kontrollierten Selbstkontrolle auf den Prüfstand: Umfassende Studien zeigen, dass die populistischen Sprüche von den „Killerspielen, die unsere Jugend verderben“ und die immer wieder kehrenden Rufe nach Totalverboten von Fernsehformaten oder nach Sperrung ganzer Internet-Bereiche völlig fehl am Platze sind.

„Der Jugendmedienschutz muss nicht verschärft, aber effektiver werden“. Auf diese griffige Formel hat die Bundestagsabgeordnete der Bündnisgrünen, Grietje Bentin, vor wenigen Wochen die Debatte um die Wirksamkeit des 2003 reformierten Jugendmedienschutzes gebracht. Vorlage für ihre Beurteilung sind zwei neue Studien im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das Nebeneinander von staatlicher Kontrolle, Regulierung durch beauftragte Gremien und Institutionen sowie freiwilliger Selbstkontrolle der Branchen sollte in ein verzahntes Miteinander von „regulierter Selbstregulierung“ überführt werden. Motto: So viel Eigenverantwortung der Produzenten, Anbieter und Nutzer wie möglich, so wenig staatliche Regulierung wie nötig. Dabei sollte durchaus eine neue, zeitgemäße Balance verschiedener grundlegender Rechte und Pflichten erprobt werden – etwa die Verpflichtung des Staates zu wirksamem Jugendschutz im Verhältnis zum Zensurverbot und zur Kommunikationsfreiheit der Bürger.

Dem entsprechend hat das Hans-Bredow-Institut in Hamburg sich in seiner Gesamtanalyse auf die Gesetzeswirkung konzentriert. Das JFF – Institut für Medienpädagogik in München hat dabei eine eigenständige Studie zur Akzeptanz des Jugendmedienschutzes bei Eltern, Jugend-

lichen und pädagogischen Fachkräften beigesteuert. Beide wurden Ende Oktober veröffentlicht, wobei zu Jugendschutz und Computer-/Videospiele die Hamburger schon im Juni eine Teilstudie vorlegten – „wegen der in der Politik unterstellten Dringlichkeit“, wie die Forscher von der Alster süffisant anmerken. Da hatte der Chef des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Prof. Christian Pfeifer, gerade den „Killerspielalarm“ durch simple, monokausale Zusammenhänge zwischen neuen Gewalttaten und Medien-/Gameskonsum ausgelöst. Sein Fazit: Die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) klassifiziere Spiele falsch, weshalb nun der Staat härter durchgreifen müsse.

In die gleiche Richtung wie Pfeifers „Befunde“ gehen Thesen wie die von Manfred Spitzer, Chef der Psychiatrischen Uniklinik Ulm. Der prophezeit unter Berufung auf neuere Ergebnisse der Hirnforschung gar, dass es „aufgrund der Bildschirm-Medien in Deutschland im Jahr 2020 etwa 40.000 Todesfälle“ geben werde und viele zusätzlichen Morde, Vergewaltigungen und andere Gewaltdelikte. Auch bei ihm die Forderung nach dem eingreifenden Staat! Abgesehen von vielen Experten, die diesen Befunden vehement widersprechen, kommen auch die Evaluationsforscher aus Hamburg und München nicht zu solchen Schlussfolgerungen. Im Gegenteil. Die „Neukonzeption 2003 hat das Niveau des Jugendschutzes verbessert“, das „neue System der regulierten Selbstregulierung“ habe sich eingespielt, konstatiert das Hans-Bredow-Institut: Allerdings gebe es „Defizite im Vollzug der gesetzlichen Regelungen“ und innerhalb des Systems „Optimierungsbedarf“.

Kritischer fällt die Analyse des JFF München aus: „Gravierende Missverständnisse“ und „mangelnden Einblick vieler

Selbstkontroll-Gremien elektronische Medien

Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK): www.fsk.de

Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF): www.fsf.de

Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter: www.fsm.de

Freiwillige Selbstkontrolle Telefonmehrwertdienste: www.fst-ev.org

Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle: www.usk.de

DT-Control (elektr. Datenträger im Pressevertrieb): www.dt-control.de

Eltern in das Medienhandeln ihrer Kinder“ konstatieren die Medienpädagogen, weshalb „für den effektiven Schutz gesetzliche Regelungen allein nicht ausreichen“. Das betreffe vor allem Computerspiele, Handy und Internet und verstärke sich durch den Inhaltetausch jenseits traditioneller Verbreitungswege sowie die konvergente Medienwelt. Ähnlich sieht es das Bredow-Institut – beide haben eine Reihe Verbesserungen angeregt. Dazu gehören etwa „dringend mehr Unterstützung“ für Eltern und Lehrer bei den neuen Medien. Schließlich seien sie „die tragende Säule des Jugendmedienschutzes“. Hilfreich dabei seien „medienübergreifende und alltagsangemessene Altersklassifizierungen“ für Medienprodukte, die im Vertrieb strikt durchgesetzt werden müssen.

Bewährt hat sich laut Bredow die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM), zuständig vor allem für privaten Rundfunk und Telemedien, in der seit 2003 Vertreter der Landesmedienanstalten, des Bundes und der Länder vereint sind. Allerdings ist sie in ihren Verfahren „zu komplex“ und die Ahndung von Verstößen durch die Landesbehörden seien nicht immer schnell und effektiv. Auch müsse die Zusammenarbeit mit der zehnjährigen Stelle jugendschutz.net der Länder und der bundeseigenen Prüfstelle BPJS optimiert werden, ergab die Hamburger Analyse. Ebenfalls Reserven gibt es beim Zusammenwirken mit den KJM-lizenzierten Selbstkontrollen FSF und FSM. Letztere hat gerade Verhaltenskodizes für Suchmaschinen, Mobilfunk und Chats entwickelt – weltweit einmalig. Und einen Optimierungswunsch hat der KJM-Chef Wolf-Dieter Ring selbst auch noch: Einheitliche Jugendschutz-Kontrolle im dualen Rundfunksystem. *Holger Wenk* ■

Aktuelle Dokumente Jugendmedienschutz

Bericht Hans-Bredow-Institut:

www.hans-bredow-institut.de/forschung/recht/071030Jugendschutz-Endbericht.pdf

Studie Institut für Medienpädagogik JFF: www.jff.de/dateien/JFF_JMS_LANG.pdf

Jugendschutzbehörden und -gremien

Kommission für Jugendmedienschutz: www.kjm-online.de

Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend: www.bmfsfj.de

Bundesprüfstelle jugendgefährdende Schriften (BPJS): www.bundespruefstelle.de

„Ex Gratia“ für Anschlag

Rumänien soll für Bombenattacke auf „Radio Free Europe“ zahlen

Mit einer Geschichte aus der dunkelgrauen Medienlandschaft muss sich das Auswärtige Amt derzeit beschäftigen. Das deutsche Außenministerium soll Druck machen auf Bukarest, damit man sich dort schnellstmöglich zu einer Ex-Gratia-Zahlung an ehemalige Redakteure des „amerikanischen Kalte-Krieg-Senders Radio Free Europe in München“ (Der Spiegel) bequemt. „Ex Gratia“, ein Zeichen des guten Willens ohne einklagbaren Rechtsanspruch. Der Anlass hierfür liegt mehr als ein Vierteljahrhundert zurück.

Er könne mit den Medien spielen wie auf einer „mighty Wurlitzer“, einer mächtigen Wurlitzer-Orgel, behauptete in den frühen 50er Jahren der US-Geheimdienst-Veteran und Spezialist für verdeckte Operationen, Frank Wisner. Er meinte damit vor allem vom Geheimdienst CIA betreute Funk-

stationen, wie Sender „Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“ in München. Wisner, während des Krieges Freund und Berater des rumänischen Königs Michael, hat den Anschlag auf „Radio Free Europe“ vom 21. Februar 1981 nicht mehr erlebt. Er setzte bereits 1965 mit einer Schrotflinte seinem Leben ein Ende.



Die Büros von RFE wurden bei der Detonation schwer zerstört

Ausgerechnet die Rumänen nämlich waren es, die mit rund 15 Kilogramm Nitropenta einige Pfeifen aus der „Wurlitzer“ sprengen wollten. Nicolae Ceaucescu, der rumänische Diktator, „ein Mann, der sich innerhalb des Warschauer Paktes durch seine eigenwillige Außenpolitik profiliert hatte“ (so Helmut Kohl), was ihm „einst den Beifall der USA und Chinas eingetragen“ hatte (Helmut Schmidt), duldete

keine Widerworte. So betraute der rumänische Geheimdienst Securitate den Sprengmeister seiner eigenen Ein-Mann-Weltrevolution namens Ramirez Ilich Sanchez, besser bekannt als „Carlos“, mit der Aufgabe, in München die CIA-Funker mit Gewalt zum Schweigen zu bringen.

■ Sieben Mitarbeiter verletzt

Magdalena Kopp, langjährige Lebensgefährtin von „Carlos“, erzählt in ihrer gerade erschienenen Autobiographie: „Der rumänische Geheimdienst war in großer Not, denn ihr Chef hatte sich nach Amerika abgesetzt und mit der CIA kooperiert, eine furchtbare Blamage. ... Dabei ging es um einen Krieg um die Köpfe: Der in München stationierte und von den USA finanzierte Sender Radio Free Europe (RFE) sen-



Fotos: Archiv

dete pausenlos Beiträge über die schlechten Zustände in Rumänien, um, so die rumänische Sichtweise, die sozialistischen Fortschritte in Misskredit zu bringen.“

Nach Feststellung des Landgerichts Berlin war es der Carlos-Vertraute Johannes Weinrich, der zur Tat schritt und am Abend des 21. Februar 1981 vor dem RFE-Gebäude in der Münchner Öttingenstraße 67 den Sprengsatz zur Detonation brachte. Der Anschlag habe in erster Linie dem Leiter der rumänischen Abteilung, Emil Georgescu, gegolten. Die Bombe ging jedoch vor der tschechischen Abteilung von RFE hoch, verletzte sechs deutsche Staatsangehörige sowie einen RFE-Mitarbeiter mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft. Der Anschlag verschwand schnell wieder

aus den Medien, die ohnehin eine gewisse Distanz zu dem CIA-gesteuerten Funkhaus pflegten. Erst mit den politischen Veränderungen in Osteuropa und der Festnahme von Carlos wie auch Weinrichs kam wieder Bewegung in die Angelegenheit.

Hans Joachim Acker alias Mircea Ioanid, zum Zeitpunkt des Anschlages Redakteur bei der rumänischen Abteilung von RFE, äußerte sich in einem Interview skeptisch über die Möglichkeiten, alle Hintergründe auszuloten: „Ob jemals die Wahrheit ans Tageslicht kommen wird, das bezweifle ich sehr. Die Geheimdienste plaudern nicht gern und wenn etwas von ihnen zu hören ist, sind es meistens Falschmeldungen.“

Und so wurden auch die Geschädigten des Anschlages eher mit spitzen Fingern angefasst, bis sich der Berliner Anwalt Andreas Schulz, Spezialist in Sachen voluminöser internationaler Schadensersatzansprüche, der Angelegenheit annahm. Am 30. November 2001 hatte der damalige rumänische Ministerpräsident Ion Iliescu eine Verantwortung seines Landes für den Anschlag eingeräumt. Dass es sich bei dem Anschlag um einen Krieg der Geheimdienste handelte, will Schulz nicht gelten lassen: „Dass die Opfer möglicherweise wissentlich oder unwissentlich auf der Gehaltsliste der CIA standen, spielt für die Bewertung des Falles und für Schadensersatzansprüche keine Rolle!“

In einem Schreiben an das Auswärtige Amt wertet Schulz die Bombenattacke auf den CIA-Sender u. a. auch als Angriff auf die Pressefreiheit: „Es bestand offensichtlich gleichermaßen Annahme wie Absicht, die Freiheit der Meinungsäußerung und Presse einzuschränken bzw. auszuschalten (und zwar nicht in der Form des scheinbar stärkeren Arguments, sondern mittels Gewalt und durch Sprengstoff).“ Und forderte die Unterstützung der Bundesregierung zur Durchsetzung der Opferansprüche.

Das Außenministerium bestätigte mit der rumänischen Seite das Gespräch über eine mögliche Entschädigung der deutschen Opfer des Anschlages auf „Radio Free Europe“ aufgenommen zu haben.

Schulz' Absicht, eine Ex-Gratia-Zahlung an die Beitrittsbemühungen Rumäniens an die EU zu koppeln, stößt nicht überall auf Verständnis. Der damalige Kommissar für die EU-Erweiterung, Günther Verheugen, ließ wissen, er könne eine „Verknüpfung von angestrebtem Beitrittsdatum Rumäniens und einer angemessenen Opferentschädigung nicht nachvollziehen.“ Bukarest hat inzwischen ein Einlenken signalisiert. Im Gegensatz zu anderen Staaten des ehemaligen Warschauer Vertrages liegt Rumänien noch heute im Funk-Visier von „Radio Free Europe“.

Peter Niggel ■

Suche nach den Antifafotografen

Intensive LKA-Ermittlungen und Datenerfassung nicht nachvollziehbar

Wird einem Pressefotografen ein gesteigertes Interesse an seiner Arbeit bescheinigt, sollte das eigentlich als Kompliment verstanden werden. Falco Schuhmann brachte diese Klassifizierung hingegen Probleme. Nach einer Durchsuchung seiner Wohnung und seines Arbeitsplatzes waren seine Kameraausrüstung und sein Computer beschlagnahmt worden.

Sein Arbeitsgerät hat Schuhmann, der Fotos an verschiedene Berliner Zeitungen und an ARD-Nachrichtenmagazine verkauft, mittlerweile zurück bekommen. Doch noch immer laufen gegen ihn Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz. Schuhmann, zu dessen Arbeitsschwerpunkt das Fotografieren von Neonaziaufmärschen gehört, wurde vom Landeskriminalamt (LKA) verdächtigt, Fotos von Personen aus der rechten Szene antifaschistischen Gruppen zur Verfügung gestellt zu haben. Unmittelbarer Anlass für die Ermittlungen war ein Plakat, auf dem Personen aus der rechten Szene abgebildet sind. Nachdem Schuhmanns Anwalt Akteneinsicht erhalten hat, wurde klar, dass gegen 12 Pressefotografen in der gleichen Angelegenheit ermittelt wurde.

In einem in der Akte gefundenen Vermerk eines LKA-Beamten hieß es, dass es ihre gesunde Lebenserfahrung ermögliche, so genannte Antifafotografen von anderen Pressefotografen zu unterscheiden. Bei einem von Protesten begleiteten Neonaziaufmarsch im Berliner Stadtteil Treptow im

Dezember 2005 konnten dann zwei LKA-Beamte ihre Intuitionen konkret anwenden. „Aus meiner Akte geht hervor, dass an diesem Tag sämtliche anwesenden Pressefotografen von zwei LKA-Beamten gezielt beobachtet wurden. Fotografen mit einer professionellen Ausrichtung rückten in den engeren Kreis der Beschuldigten auf“, so Schuhmann.

Neben der Beobachtung vor Ort versuchte das LKA auch mittels Internetrecherche, den ominösen Antifafotografen auf die Spur zu kommen. Die gewonnenen Erkenntnisse seien mit Namen von Fotografen abgeglichen worden, die dem LKA schon vorher bekannt waren, so Schuhmanns Schlussfolgerung aus den Aktennotizen.

■ Keine Rechtsverletzung

David H. kann sich nicht erklären, wie er in die Kategorie Antifafotograf geraten ist. Der Fotograf, der seinen vollen Namen nicht in der Zeitung lesen will, liefert für den Tagesspiegel und die Berliner Morgenpost vor allem Fotos aus der Clubszene. Erst durch einen Artikel in der Berliner Morgenpost hat er von den Ermittlungen gegen ihn erfahren. H. sieht darin eine Beeinträchtigung seiner journalistischen Arbeit und hat Kontakt mit der Verdrachtsschutzabteilung aufgenommen. Das Gewerkschaftsmitglied erwägt, auf

juristischem Wege die sofortige Löschung aller Daten, die durch die LKA-Ermittlungen gesammelt wurden, durchzusetzen.

Der Berliner Rechtsanwalt Michael Below, zu dessen Schwerpunkten Urheberrechtsthemen gehören, betont, dass die Betroffenen Anspruch auf vollständige Datenlöschung haben. Da es sich bei der Verletzung des Kunsturheberrechts um ein Antragsdelikt handelt, aber kein Fotografierter Anzeige erhoben hat, seien die intensiven Ermittlungen des LKA schwer nachzuvollziehen. Das hat auch die Berliner Staatsanwaltschaft so gesehen und die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die beschuldigten Fotografen abgelehnt, weil nicht einmal ein Anfangsverdacht bestehe. Auch das inkriminierte Plakat mit den Porträts der Rechten, das die Ermittlungen auslöste, stellt nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ohnehin keine Verletzung des Kunsturheberrechtsgesetzes dar, weil die Personen auf Demonstrationen abglichtet wurden.

Der Leiter der LKA-Pressestelle Frank Millert bestätigte auf Anfrage, die Ermittlungen gegen die Fotografen. Auch wenn es sich bei der Verletzung des Kunsturheberrechts um ein Antragsdelikt handelt, sei das LKA zur Sicherstellung von Beweisen zu den Ermittlungen berechtigt. Nach LKA-Angaben wurden alle im Rahmen der Ermittlungen erhobenen Daten inzwischen gelöscht.

Der rechtspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus Berlin Dirk Behrendt sieht die Ermittlungen des LKA als Einschüchterungsversuch von Fotografen. „Wer durch eine Fotoberichterstattung über Nazi-Aufmärsche, Informationsstände von Kameradschaften oder andere öffentliche Auftritte von Nazis Gefahr läuft, das Interesse des Staatsschutzes zu erregen, wird sich in Zukunft überlegen, ob er zu solcher Berichterstattung bereit ist.“ Seine Fraktion werde den Vorfall im Innenausschuss zum Thema machen.

Peter Nowak ■

▶ Stipendium: „Friedensmissionen und Menschenrechte“

Das Deutsche Institut für Menschenrechte schreibt ein Recherche-Stipendium zum Thema „Friedensmissionen und Menschenrechte“ aus. Das Institut will mit der Vergabe des Stipendiums Journalistinnen und Journalisten anregen, das Thema „Friedensmissionen“ aus menschenrechtlicher Perspektive zu bearbeiten. Prämiert werden herausragende Recherche-Konzepte für journalistische Beiträge zu diesem Thema.

Insgesamt werden vier Stipendien in den Sparten Print, Online, Hörfunk und Fernsehen in Höhe von je 1.500 Euro vergeben. Voraussetzung für eine Bewerbung ist, dass die oder der Betreffende in Deutschland lebt und arbeitet sowie in deutschsprachigen Medien publiziert. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Dezember 2007. Eine fünfköpfige Jury bewertet die eingereichten Recherche-Konzepte. Medienpartner des Recherche-Stipendiums ist der Deutschlandfunk.

Informationen und Bewerbungsformular: <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/sl.php?id=221>

Stand up for Journalism

Erfolgreicher Aktionstag gegen Gewalt und Zensur in ganz Europa

Europaweit fanden unter dem Motto: „Stand up for Journalism“ am 5. November Aktionen gegen Gewalt und Zensur statt. Dazu aufgerufen hatte die Europäische Journalisten-Föderation (EJF). Wie viele andere Gewerkschaften und Organisationen in Europa hatte sich die Fachgruppe Medien und ihre Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di dem Aufruf angeschlossen.

Kolleginnen und Kollegen in deutschen Medienbetrieben standen fünf vor elf von ihren Arbeitsplätzen auf, um der Kolleginnen und Kollegen zu gedenken, die weltweit Repressalien und Verfolgung ausgesetzt sind. 85 Medienschaffende ließen 2006 bei der Ausübung ihres Berufes ihr Leben, 88 sind es bereits in diesem Jahr, mehr als 200 Medienmacher sitzen derzeit in Haft.



Nikolaus Brender hob die Verantwortung der deutschen Journalisten hervor.

Im ZDF ließen 50 Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit als Zeichen der Solidarität ruhen. „Wir sollten die Globalisierung und die globalisierten Kommunikationsnetze nutzen, um an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen zu stehen – überall dort, wo sie für das kämpfen, wovon wir leben: Von der Freiheit der Presse, von der Freiheit der Meinung, von der Freiheit der Information. Weil es uns – gerade im Vergleich zu Journalisten in anderen Ländern – so gut geht, tragen wir eine hohe Verantwortung und haben eine große Verpflichtung. Die Verpflichtung, unsere Unabhängigkeit selbstkritisch und selbstbewusst zu wahren“, sagte Chef- ▶



Fotos: Mathias Wohltab

► Buchrezension: Die Wochenzeitung Junge Freiheit



Stephan Braun,
Ute Vogt (Hrsg.):

„Die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘ – Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden.“

Wiesbaden:
VS Verlag für Sozialwissenschaften
2007. 358 Seiten.
39,90 Euro

Neue Wächter für das Sprachrohr der Neurechten

Adrette junge Leute zieren die Internetseite der Wochenzeitung Junge Freiheit (JF). „Presse- und Meinungsfreiheit“ schreibt sich das Blatt, das sich selbst in der „Tradition des klassischen Journalismus“ verortet, dort auf die Fahnen. Und im Namen dieser Pressefreiheit konnte die JF im Mai 2005 einen strategischen Erfolg für sich verbuchen. Das Bundesverfassungsgericht errichtete nach einer Verfassungsbeschwerde der JF hohe Hürden für die Nennung eines Presseorgans in Verfassungsschutzberichten. Seitdem wurde die Junge Freiheit in keinem dieser Berichte mehr aufgeführt. Beobachtet aber wird sie weiterhin. Wer das auf Saubermann polierte „Selbstverständnis“ der Zeitung im Internet zu Ende liest, ahnt, warum. „Die Junge Freiheit“, steht dort, „hält die große kulturelle und geistige Tradition der deutschen Nation in Ehren. Ihr Ziel ist die politische Emanzipation Deutschlands und Europas und die Bewahrung der Identität und der Freiheit der Völker der Welt.“

Was sich hinter diesen in vages Plastikdeutsch verpackten chauvinistischen Chiffren verbirgt, wird in dem von den baden-württembergischen SPD-Politikern Ute Vogt und Stephan Braun herausgegebenen Sammelband „Die Wochenzeitung Junge Freiheit“ akribisch zu Tage gefördert. In klaren Analysen entlarven die Autoren die doppelbödigte Ausdrucksweise der JF-Mitarbeiter, die daraufhin abziele, nach außen hin einen gemäßigten Eindruck zu hinterlassen, die eingeweihten Kreise aber mit den gewünschten ideologischen Inhalten zu beliefern. So arbeitet Politikwissen-

schaftler Prof. Wolfgang Gessenharter das „volkskonservative“ Geschichtsverständnis der JF heraus. Die „deutsche Tradition“, an die angeknüpft werde, orientiere sich am Leitbild der „Konservativen Revolution“ Carl Schmitts (1888–1985) und damit an einem der „wirkungsmächtigsten intellektuellen Zerstörer der Weimarer Republik und Steigbügelhalter der Nazis“. Weitere Beiträge lassen hinter den geglätteten Formulierungen der JF-Autoren rassistische und antisemitische Tendenzen aufscheinen. Das Fazit fällt eindeutig aus: Die Junge Freiheit bilde „unter dem Deckmantel des Konservatismus ein Scharnier zwischen Rechtsextremismus und demokratischem Spektrum“; mit prominenten Interviewpartnern als Feigenblättern und dem Ziel, den „Sagbarkeitshorizont nach rechts“ zu verlagern. Besonders heftig wird der Kampf um die Definitionsmacht von politisch-historischen Begriffen im Internet geführt. Was Margrit Chatwin in ihrem Beitrag über die Internetzyklopädie „Wikipedia“ am Beispiel von „Edit Wars“ um den Eintrag zur JF eindrucksvoll veranschaulicht. Nicht aufgrund ihrer schmalen Auflage, sondern wegen ihrer semantischen Vorreiterrolle braucht das Sprachrohr der Neurechten daher, wie es Braun formuliert, „neue Wächter“. Indem der Sammelband Ross und Reiter der JF nennt und didaktische Perspektiven für die Auseinandersetzung mit der Wochenzeitung liefert, macht er – trotz bisweilen unnötig polemischer Formulierungen – schon einmal einen sehr guten Anfang.

Stefan Volk ■

redakteur Nikolaus Brender bei der Aktion im ZDF-Sendezentrum in Mainz. Im Foyer des Hörfunkgebäudes des Saarländischen Rundfunks hatte die ver.di-Betriebsgruppe mit einer Stellwand mit Informationen zum Aktionstag und den weltweiten Einschränkungen der Pressefreiheit auf den Solidaritätsgedanken aufmerksam gemacht. Wolfgang Wirtz-Nentwig (Redaktionsleiter Wirtschaft Fernsehen) forderte freie unabhängige Berichterstattung weltweit. SR-Kollegen begleiteten die Aktion mit einigen selbstgespielten Musikstücken.

In ganz Großbritannien beteiligten sich hunderte Journalisten am „Stand up for Journalism“ Aktionstag. In London nahmen rund 200 BBC Journalisten, Kameralente und Tech-

niker an einer Kundgebung gegen 2.500 angedrohte Stellenstreichungen teil. In Manchester demonstrierten 100 Journalisten außerhalb der Konferenz der „Society of Editors“, einer der Arbeitgeberorganisationen im Zeitungsbereich, gegen Stellenstreichungen, lange Arbeitszeiten und fallende redaktionelle Standards, vor allem bei den Lokalzeitungen. Dass es auch anders geht, bewiesen Journalisten in Coventry. Sie drohten mit Streiks, falls bei der dortigen Lokalzeitung keine neuen Arbeitsplätze geschaffen würden. Der Arbeitgeber lenkte ein und schuf fünf neue redaktionelle Posten.

In vielen Ländern fanden Demonstrationen statt wie in Litauen und in Frankreich oder Diskussionsrunden mit Medien- und Gewerkschaftsvertretern wie in Kroatien, Finnland und Irland. In Griechenland war ebenfalls zu einer Arbeitsniederlegung für fünf Gedenkminuten aufgerufen worden. *wen / bun* ■

► Mehr Information

Europäische Journalisten
Föderation (EJF): www.ifj.org

Warnstreik gegen Tarifflicht

Beschäftigte vom Nordkurier fordern Verhandlungen

Mit einem befristeten Warnstreik hatten etwa 100 Beschäftigte des Nordkurier, Neubrandenburg, am 29. Oktober gegen die Verweigerung von Tarifverhandlungen protestiert.

Der Nordkurier war im Mai dieses Jahres in die OT-Mitgliedschaft („ohne Tarifbindung“) des Verbandes der Zeitungsverleger Norddeutschland (VZN) gewechselt. Damit meinten die Arbeitgeber die zuvor mit ver.di tariflich vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen zum 1. Juli nicht zahlen zu müssen. Zu erneuten Tarifverhandlungen war man nicht bereit. „Mehrere Aufforderungen, in Gespräche einzutreten, hat die Geschäftsleitung unbeant-

wortet gelassen. Die Beschäftigten wollen sich jetzt nicht mehr länger hinhalten lassen. Diese durch Ignoranz und mangelnden Respekt gegenüber ver.di, dem Betriebsrat und der Belegschaft geprägte Haltung der Geschäftsführung muss sich ändern“, begründet ver.di-Sekretär Michael Pfeifer die gewerkschaftliche Aktion. Außerdem werden die drei Gesellschafter Kieler Nachrichten, Augsburger Allgemeine und Schwäbische Zeitung in Kürze Strukturveränderungen durchführen. Das ist ein weiterer Grund, möglich schnell zu Verhandlungen zu kommen. Sollte der Verlag hierzu nicht bereit sein, werden weitere Aktionen folgen. *red* ■

Sozialplan nur ein schwacher Trost

BERLIN. Allmählich lichten sich die Nebel über dem geplanten Personalabbau bei ProSiebenSat.1. Der Abschluss eines Sozialplans dürfte für viele Kollegen nur ein schwacher Trost sein.

Nach Auskunft von Katrin Schulze, Betriebsratsvorsitzende der Sendergruppe für den Standort Berlin, streicht der Konzern in der Hauptstadt „insgesamt 127 Stellen“. Da darunter auch Teilzeitsjobs erfasst sind, liegt die absolute Zahl der Betroffenen um einiges höher. Am härtesten trifft es Sat.1, wo allein 78 Stellen wegfallen. Zum großen Teil laufen hier befristete Verträge aus, die nicht verlängert werden. Dies dürfte vor allem eine Folge der Einstellung diverser Info-Programme und der Umstrukturierung im Boulevard-Bereich sein (M 8–9/07). Es gibt auch eine Reihe betriebsbedingter Kündigungen. Einige der betroffenen Mitarbeiter wollen dagegen vor das Arbeitsgericht gehen. Beim Gemeinschaftsbetrieb ProSiebenSat.1 Media AG sei es nach zähen Verhandlungen gelungen, mit dem Konzern einen Sozialplan abzuschließen. Dieser liege „über den normalerweise üblichen Sozialleistungen“, sagte Schulze.

Beim Dienstleister PSP entfallen 35 Stellen. Einziger Trost: durch den zwischen PSP-Betriebsrat und Geschäftsführung abgeschlossenen Interessenausgleich, so informieren die Betriebsräte, „musste kein festangestellter Arbeitnehmer entlassen werden“. Weitere 14 Stellen werden beim Vermarkter Seven One und anderen Tochterfirmen abgebaut. Für den Standort München liegen noch keine konkreten Entscheidungen vor. kel ■

Mehr Gehalt beim Lokalfunk NRW

DÜSSELDORF. ver.di und der DJV haben für die rund 600 Beschäftigten im NRW-Lokalfunk mit der Tarifgemeinschaft Lokalfunk NRW (TGL) einen neuen Gehaltstarifvertrag vereinbart (Laufzeit bis 30.9.2009). Er sieht 2,5 Prozent mehr Gehalt rückwirkend ab 1. August 2007 vor sowie eine weitere Anhebung um 1,8 Prozent zum 1. August 2008. Außerdem wurde der am 1. Oktober 2006 ausgelaufene Gehaltstarifvertrag rückwirkend wieder in Kraft gesetzt. ■

Über Gebühr wichtig

„ver.di im Gespräch“ mit Politikern zum Rundfunkurteil



Foto: ZDF / R. Rossvall

Günther Oettinger für eine Haushaltsabgabe bei der Rundfunkfinanzierung

Über Gebühr wichtig – das galt gleich im doppelten Sinn für eine Veranstaltung, zu der die ver.di-Betriebsgruppe im ZDF gemeinsam mit dem Institut für Europäisches Medienrecht am 31. Oktober eingeladen hatte. Einen ganzen Tag nahmen sich Politiker, Medienrechtler und Journalisten Zeit, um das neuste Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts zu analysieren. Eigentlich urteilte Karlsruhe nur über die Gebühr, genauer darum, ob das Verfahren zur Festsetzung verfassungsgemäß war. Nein hatten die Richter gesagt. (siehe Punktstieg für die Rundfunkfreiheit M 10/2007) Und dann hatte das höchste Gericht über die Gebühr hinaus der Politik wie den Rundfunkanstalten medienpolitische Hausaufgaben gestellt. Erstmals erläuterten in Mainz bei der Diskussionsreihe „ver.di im Gespräch“ zwei maßgebliche Medienpolitiker, der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger und Martin Stadelmeier, Chef der Mainzer Staatskanzlei, welche Schlussfolgerungen die Große Koalition der in Karlsruhe Unterlegenen aus dem Urteil ziehen will. „Medienpolitik wird durch ein Nadelöhr gehen müssen“ beschrieb CDU-Mann Oettinger die Aufgabe an die Politik. An diesem Nadelöhr hatten nicht nur die Karlsruher Richter gebastelt, sondern auch die Brüsseler EU-Kommission, die beide nach seiner Auffassung eine Konkretisierung des öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrags durch die Politik und eine wirksamere Kontrolle der Rundfunkanstalten durch die Aufsichtsgremien gefordert hätten. Zum Nadelöhr werde sich zudem die Gebührenfrage entwickeln, auch wenn

Oettinger den Länderparlamenten empfahl, den vorliegenden Gebührenvorschlag der KEF einfach „durchzuwinken“. Doch dann sei Schluss mit der herkömmlichen Gebühr, die Finanzierung der Öffentlich-Rechtlichen sei besser durch eine Haushaltsabgabe zu gewährleisten.

Sein SPD-Pendant Martin Stadelmeier machte deutlich, dass sich die Politik keineswegs als Verlierer des Karlsruher Urteils sah, denn: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann nicht machen, was er will“. Es seien vielmehr die Länderparlamente gefordert, ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen und mit dem Funktionsauftrag sowohl Umfang wie auch Aufgabenbereich von ARD und ZDF genau zu definieren. In der Gebührenmodelldiskussion trat Stadelmeier auf die Euphoriebremse: „In den diskutierten Modellalternativen sind noch viele Detailfragen offen.“

ZDF-Justitiar Prof. Carl-Eugen Eberle mahnte bei seiner Analyse des Urteils zum Verzicht auf konfrontative Konzepte: „Es geht um den schonenden Ausgleich zwischen staatlichem Gestaltungsinteresse einerseits und Wahrung der Autonomie des Rundfunks andererseits.“ Die Selbstverpflichtung der Rundfunkanstalten, einen Drei-Stufen-Test bei der Prüfung neuer Digitalvorhaben umzusetzen, ohne dazu vom Gesetzgeber verpflichtet zu sein, nannte er als Beispiel für die konstruktive Haltung von ARD und ZDF. Letztlich war vor allem eines klar: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als die Medienpolitiker noch einmal nach Karlsruhe.

Rudi Gültner ■

„Radio Vatikan“ an der Weser?

Neues Radio-Bremen-Funkhaus vor der Eröffnung

Am 26. November weiht Radio Bremen (RB) sein neues trimediales Funkhaus ein – angeblich das modernste Europas. Fast wäre der Festakt durch einen Radiogottesdienst im Neubau flankiert worden, aber Proteste der Grünen und des Personalrats konnten das verhindern.

Die kleinste ARD-Anstalt galt einst als rot gefärbt und wurde deshalb von Schwarzen oder Braunen gerne als „Radio Hanoi“ verunglimpft. Beim Streit um den Gottesdienst brachte ein Leserbriefschreiber einen neuen Spitznamen ins Gespräch: „Radio Vatikan“. Im neuen „Event-Studio“ des Senders sollten die höchsten Kirchenrepräsentanten der Region am Vorabend der Eröffnung des Funkhauses einen Gottesdienst abhalten. Die Idee dazu war bei einem Gespräch zwischen Kirchenvertretern und RB-Intendant Heinz Glässgen (63) entstanden.

Als Erster hatte Grünen-Rundfunkratsmitglied Hermann Kuhn (62) gegen die Pläne protestiert: „Radio Bremen ist kein christlicher Sender.“ Gottesdienstübertragungen seien zwar akzeptierter Brauch, nicht aber ein Einweihungsgottesdienst direkt im Funkhaus. Der wäre mit der „Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht vereinbar“: Während die SPD sich merkwürdig bedeckt hielt, sprang RB-Personalratschef Bernd Graul dem Grünen zur Seite: „Radio Bremen ist eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt und keine Kirche.“

Intendant Glässgen versuchte zunächst, den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Inoffiziell ließ er verlauten, die geplante Veranstaltung sei nur ein vom Vormittag auf den Spätnachmittag verlegter Rundfunkgottesdienst, wie er jeden Sonntag aus einer Kir-

che übertragen werde – nur eben, dass er diesmal ökumenisch sei und im Funkhaus abgehalten werde. Ein Sprecher der evangelischen Kirche bestätigte dagegen, dass sehr wohl „auch der Aspekt der Einweihung mit dabei ist“ und „dass man Gott um seinen Segen für das künftige Handeln bittet“.

Der Intendant wäre der Letzte gewesen, der sich vor dem Segen weggeduckt hätte: Glässgen ist Doktor der Theologie und war 15 Jahre lang Medienreferent bei der katholischen Diözese Rottenburg-Stuttgart, bevor er 1985 zum NDR wechselte und 1999 die Führung in Bremen übernahm.

Verteidigt wurden die Gottesdienstpläne nur von der Bremer CDU. Sie fand es „besorgniserregend, wenn sich ein öffentlich-rechtlicher Sender dafür rechtfertigen soll, dass er christlichen Grundwerten offen gegenüber steht“.

Am Ende machten die Kirchen aber einen Rückzieher. Sie meinten zwar, sie hätten „daselbe Recht wie andere Gruppen der Gesellschaft, im Funkhaus präsent zu sein“, doch äußerten sie die Sorge, „dass ein Gottesdienst unter diesen Umständen nicht mit der notwendigen Ruhe gefeiert werden kann“. Deshalb schlugen sie vor, die Veranstaltung in eine benachbarte Kirche zu verlegen. Während Glässgens Kritiker den geplanten Kirchensegen zunächst für ARD-weit einmalig hielten, berichtete die konservative evangelische Nachrichtenagentur „idea“, auch beim MDR sei bei jeder Eröffnung eines Neubaus eine ökumenische Andacht abgehalten worden. „idea“ berief sich dabei auf den früheren MDR-Fernsehdirektor Henning Röhl. Er ist heute Geschäftsführer von „Bibel TV“.

Eckhard Stengel ■

Wieder ganz in Ostfriesen-Hand

Anteile der Nordwest-Zeitung neu geordnet

LEER. Die Zeitungsgruppe Ostfriesland (ZGO) GmbH in Leer ist wieder ganz in der Hand heimischer Verleger: Das Bundeskartellamt genehmigte einen Antrag vom 1. Oktober, nach dem die ZGO-Mitgesellschafter Dunkmann (Beteiligungs GmbH und A.H.F. GmbH & Co. KG) sowie Engelberg (Siebe Ostendorp Druckerei und Verlag GmbH) die Anteile der Nordwest-Zeitung erwerben. Zuvor hatte die Firmengruppe um die Oldenburger Nordwest-Zeitung zugestimmt, ihre Anteile an der ZGO zurückzugeben. Nach der neuen Konstellation halten die Verlegerfamilien Dunkmann in Aurich und Engelberg in Rhaderfehn gemeinsam die Mehrheit der ZGO-Anteile. Weitere Teilhaber sind die Gerhard Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. in Emden sowie Dr. Fritz Blume in Jever.

Damit sei die Unabhängigkeit der ZGO in der immer noch vielfältigen ostfriesischen Presselandschaft gewahrt und einer Monopolbildung Einhalt geboten, begrüßte die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di die Entscheidung des Kartellamts. Auch die rund 200 Arbeitsplätze in der Zeitungsgruppe Ostfriesland gewinnen auf diese Weise an Sicherheit.

Für Verwunderung sorgte die Darstellung im redaktionellen Teil der Nordwest-Zeitung, der Rückzug der Oldenburger geschehe freiwillig. Denn dass die Rückgabe der Anteile auf Druck des Bundeskartellamts erfolgt, gilt als sicher. Die Bonner Wettbewerbschüter hatten die Unternehmensgruppe um die Nordwest-Zeitung im Februar wegen nicht genehmigter Beteiligungen abgemahnt. Die Oldenburger Beteiligungen bei der ZGO über die Nordwest-Medien GmbH und Angehörige der Verlegerfamilien wertete das Kartellamt als eine Einheit.

Damit sei der Einfluss beim ostfriesischen Nachbarn zu groß, hieß es in Bonn. Von dem Rückzug unberührt bleiben momentan die Beteiligungen der Nordwest-Medien GmbH an der Emdener Zeitung, am Ostfriesischen Kurier (Norden) und an dem Anzeigenblatt Sonntagsreport (Leer). Doch auch diese Anteile überprüfen die Kartellwächter innerhalb des Entflechtungsverfahrens in der ostfriesischen Presselandschaft. **Reinhard Harms ■**

Allein machen sie dich klein

Fachbereichsjugend startet mit Vernetzungsstrategien neu durch

Junge ArbeitnehmerInnen, Azubis und Studierende aus Medien, Kunst und Industrie trafen sich Anfang November für drei Tage zum Vernetzen, Austauschen und Kommunizieren in der ver.di Bildungsstätte Saalfeld an der Saale.

Zwanzig junge Menschen saßen in gemütlicher Atmosphäre und lauschten, was ihnen zwei „Beatpoeten“ aus Hannover beim abendlichen Rahmenprogramm zu sagen hatten. Sie trugen in Poesie verpackte Politik vor: „Das ist ein Fehler im Gesamtsystem“. Dem versuchten die medien.k.ind'er in Bezug auf ihre Arbeitswelt und Ausbildungssituation auf den Grund zu gehen. Sie trafen sich in Saalfeld, um sich dort mit anderen Mitgliedern aus Me-

dien, Kultur und Industrie auszutauschen. Auch ein Neubeginn sollte damit geschaffen werden. Der neue Name „medien.k.ind“ trägt dazu bei – hier wird der Zusammenhalt untereinander gefestigt. Niemand soll zu kurz kommen und niemand soll allein bleiben. Denn „Allein machen sie dich klein“, so das Motto der Veranstaltung. In Arbeitsgruppen wurden Probleme, aber auch Möglichkeiten der einzelnen Branchen analysiert: fehlende Ausbildungsplätze, Qualität der Ausbildung, Praktika, Arbeitszeitregelungen, Entlohnung. Die Vernetzung verstanden die medien.k.ind'er als ersten Schritt in die richtige Richtung. Bundesweite, ehrenamtliche Ansprechpartner wurden vermittelt und das nächste Treffen geplant.

In Kreativworkshops wurde branchenübergreifend gearbeitet. Bestandteil des Radio-Workshops waren kritische Interviews zur Glaubwürdigkeit von Medien. Die TeilnehmerInnen des Workshops „Medien, Macht und Manipulation“ analysierten die Rollenklischees der Geschlechter. Und die Schreibwerkstatt praktizierte verschiedene publizistische Textformen – ein Ergebnis davon ist dieser Artikel.

Der Startschuss für eine aktive Jugend im Fachbereich ist somit gefallen. Für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen der Sendeanstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ein bundesweites Treffen geplant. Der Austausch über das Forum www.ardjav.de läuft bereits mit viel Erfolg. Auch mit den JugendvertreterInnen in den Theatern und Bühnen soll es bei einem Seminar im nächsten Jahr um Vernetzung gehen. Und in Niedersachsen-Bremen wird „medien.k.ind“ über alle Branchen hinweg Jugendliche und Auszubildende in den Betrieben ansprechen. UnterstützerInnen sind bei „medien.k.ind“ immer herzlich willkommen.

Interessierte können ihre Fragen gern an die Email-Adresse medienjugend@gmx.de richten.

Heike Boldt, Kristin Polaschek, Maria Sanfilippo ■

J. Filderbrandt (l.), Janine Rudolph und Moritz Braukmüller beim Radioworkshop



Foto: Funda Öztürk

Eigenes lokales online-Magazin

Geschasste Münsteraner machen sich selbstständig

Unter www.echo-muenster.de produziert die im Januar 2007 von der Arbeit freigestellte Lokalredaktion der Münsterschen Zeitung ein eigenes lokales online-Magazin für die Stadt Münster. Ihre Arbeitsverträge mit ihrem alten Arbeitgeber, dem Dortmunder Verleger Lambert Lensing-Wolff sind endgültig ausgelaufen, deswegen sind die meisten von ihnen seit dem 1. November arbeitsrechtlich frei, etwas neu anzufangen.

Neun der neunzehn geschassten Lokalredakteurinnen und -redakteure gehören zur neuen Redaktion und der eine oder andere will noch ins selbst verwaltete Kollektiv nachrücken. Gut ein dreiviertel Jahr ist es

her, dass ihnen der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde. Den 19. Januar 2007 hat keiner der Beteiligten vergessen. Der hat sie zu einer „Schicksalsgemeinschaft“, wie sie es selbst nennen, zusammen geschweißt. Nun brechen sie gemeinsam auf in die berufliche Zukunft, die eine ungewisse und befristete ist. Mit der Agentur Livingpage haben sie einen engagierten Partner gefunden, der das Medienprojekt zunächst für ein Jahr technisch betreut und verantwortet und die Printredakteure zu Onlinern qualifiziert. Das Geld kommt von der Transfergesellschaft, die sie weiter beschäftigt, und der Agentur für Arbeit. In Zeiten, wo Großverlage Millionen in ihre Inter-

netportale investieren, haben sie sich aufs Wesentliche und ihre Stärken konzentriert. „Und das ist das Lokale und unsere lokale Kompetenz“, sagen die beiden Sprecher des Projekts, Wolfgang Halberscheidt und Stefan Clauser. „Wir sind neun gut ausgebildete Lokalredakteure mit vielfältigen Kontakten in der Stadt, das ist das Pfund mit dem wir wuchern müssen“.

In einem Redaktionsstatut haben sie sich auf Essentials geeinigt, wie sie zukünftig publizistisch arbeiten wollen. Alle wichtigen Entscheidungen sollen möglichst von allen getroffen und getragen werden. Die ersten Werbekunden haben schon Banner geschaltet, was die Hoffnung nährt, dass das Projekt irgendwann einmal „marktfähig“ wird.

Der Münsteraner Bischof hat die Redaktion zwar noch nicht besucht, aber Münsters Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann hat seinen Segen bereits für das neue Online-Medium gegeben. „Ihr Projekt wird in unserem Haus mit großer Sympathie beobachtet“, erklärte Tillmann beim Redaktionsbesuch. **Frank Biermann ■**

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Forum Wissenschaft

„Forum Wissenschaft“, herausgegeben vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), liefert vier Mal pro Jahr eine Bandbreite bereichernder Beiträge. Neben den Rubriken im Magazin-Teil findet sich in jeder Ausgabe ein Themenschwerpunkt. „Ganz naher Osten: Neue EU-Länder, Kandidaten, Debatten“, „Kunst, Kultur, Wissen: Produktion und Aneignung“ sowie „Daseins-,Vorsorge? Hintergründe zu einem europäischen Richtlinienentwurf“ lauten Titelthemen zuletzt – und reichten damit an den Kern der medial meist oberflächlich geführten Debatten heran. Vorläufer der nun bereits im 24. Jahrgang erscheinenden Zeitschrift mit einer Auflage von 1.900 Exemplaren sind die „Mitgliederbriefe“ des 1968 gegründeten BdWi.

Ihrem Selbstverständnis nach ist die Zeitschrift parteiisch, aber eben überparteilich, „streitbar“ und zugleich „unbestreitbar links“. Die Grundannahme, dass letztlich alles politisch ist bzw. politisch gedeutet werden kann, prägt deren gesellschaftspolitische und -wissenschaftliche Ausrichtung. Dass die Themen nicht nur interdisziplinär gegen den Strich gebürstet werden, sondern dies weitgehend geschlechtergerecht hinsichtlich

der Anteile von Autorinnen und Autoren geschieht, ist ein nicht (mehr) selbstverständlicher Zug linker politischer Zeitschriften mit vergleichbarer Tradition.

Mit der Ausweitung der Genres hat die Zeitschrift in den letzten Jahren einen großen Sprung nach vorne gemacht: Neben den „klassischen“ Beiträgen erscheinen zunehmend auch Glossen zu politischen Bizzarrien: „2010 sei ‚nicht mehr so weit weg, wie wir uns das vor zehn, 15 Jahren vorgestellt haben‘, sprach die Kanzlerin vor dem CSU-Parteitag. Eine Naturwissenschaftlerin ist halt gewohnt, exakte Aussagen zu machen“, heißt es dort beispielsweise. Interviews und spitzzüngige Kolumnen von namhaften Wissenschaftlern wie Georg Fülberth runden das Lesevergnügen ab – im Zusammenspiel mit den meist themenspezifischen Fotoreihen.

Zur Zielgruppe zählen neben den BdWi-Mitgliedern, die die Zeitschrift abgegolten mit dem Mitgliedsbeitrag erhalten, all jene, die neben einer kritischen Würdigung auch eine ansprechende sprachliche Darstellung wissenschaftlicher Themen wünschen. Das gewährleistet die Redaktion unter der Leitung von Claudia Stellmach. Gemein-



sam mit Marco Geis und Bettina Lösch konnte sie für die letzten Ausgaben viele junge und nicht selten international renommierte Autorinnen und Autoren gewinnen.

Schrittweise werden alle seit 1993 veröffentlichten Beiträge online gestellt – wengleich ohne den ästhetischen Mehrwert der Illustration. Von den zuletzt erschienenen drei Print-Ausgaben sind jeweils zwei bis drei Beiträge unter <http://www.bdwi.de/forum> verfügbar – ein geeigneter Ort, um sich einen Eindruck von dieser Zeitschrift zu verschaffen. Für 26,- Euro ist „Forum Wissenschaft“ als Print-Version im Jahresabo erhältlich.

Tim Engartner ■

Synchronpreise im Keller

Ergänzung zum Beitrag in M 10/2007: Ins Gerede gekommen

Fast auf der ganzen Welt wird synchronisiert. Deutschland hat noch den Ruf, das qualitativ beste Synchronland der Welt zu sein. Wenn aber zukünftig weiter auf schnell und billig synchronisiert wird, ist dieser Vorteil vertan und die Produkte werden im Entstehungsland synchronisiert. Das führt zumindest zu finanziellen Verlusten – nicht nur für die in der Branche Beschäftigten.

„Meine Hauptdarstellerin hat eine Piepstimme“, sagte Alfred Hitchcock. „Könnten wir sie nicht synchronisieren lassen?“ Es war sein erster Tonfilm und er ist damit der Erfinder der Synchronisation. Wenn der Autor des Beitrages: „Ins Gerede gekommen“ das Gefühl hat, John Wayne reite bei ihm durch die Besenkammer, kann ich dem nur entgegenhalten: Heute haben wir weit bessere technische Möglichkeiten. Dennoch gönnt man Chuck Norris in „Walker Texas Ranger“ nicht einmal die Atmo (Hintergrundatmosphäre), weil die dem Studio in der Herstellung zu teuer ist und die Produzenten kein Geld für das IT ausgeben wollten.

■ Sorge nur vorgegaukelt

Überhaupt ein zahmer Artikel. Jeder Cent, der an den Freien und Studios im Synchron gespart wird, fließt in die Taschen der Produktionsfirmen (meistens Kinoverlage und Sender) und auch hier der Produzenten, die heucheln, wenn sie Sorge vorgeaukeln. Der Film, die Serie, die im Ausland gekauft wird, kostet Hunderttausende von Dollar und wird dann laut Kalkulation der Vertreiber für Zehntausende von Euro synchronisiert. Die Studios haben mit Tausenden von Euro ihr Angebot abzugeben. Bereits Cent-Beträge entscheiden über die Vergabe. Redakteure bei den Sendern haben oft das biblische Alter eines Mittzwanzigers. Für viele sind Allgemeinbildung und Deutsch an sich schon Fremdworte. Sie lesen das Drehbuch, ohne sich den Film jetzt oder später anzusehen. Hauptsache man „macht irgendwas mit Medien“.

Nein, die Preise sind nicht „um bis zu 25 Prozent gefallen“, sondern weit tiefer. Wurde das Synchronisationsdrehbuch für

einen 90-minütigen Film 1993 noch mit bis zu 8000 DM honoriert, bekommt derselbe Autor heute 1800 Euro. Damit haben wir jemanden, der gut im Geschäft ist. Früher hatte er für ein Drehbuch zwischen zweieinhalb und vier Wochen Zeit, heute muss er es oft in drei bis vier Tagen fertig haben. Die Aufnahmen lagen damals bei einem Minimum von zwei Wochen. Heute werden zwischen drei bis vier Tage angesetzt. Besonders schlimm für die Hauptrollen, die ständig präsent sein müssen. Beginn 9 Uhr, und es kann passieren, dass man bis 18 oder sogar 22 Uhr und länger im „Schuhkarton“ steht. Die Regisseure, überwiegend die Drehbuchautoren, werden gerne mal vom Aufnahmeleiter ersetzt, so er fest angestellt ist, oder gleich vom Chef, der, um es überspitzt zu sagen, sein Jurastudium abgebrochen hat, weil auch er „gern was mit Medien machen“ will.

■ Cutter als Dinosaurier

Damals waren die Takes Minimum 3 Sek., höchstens 6 Sek. lang. Heute sind die Takes meist 10 Sek. bis 15 Sek., ja sogar 20 Sek. lang. Ein Anfänger startete früher mit 4,50 DM. Synchronstars (was nichts mit dem Bekanntheitsgrad beim Publikum zu tun hat) bekamen bis zu 7,50 DM pro Take. Der Takepreis liegt heute, trotz der Empfehlung durch connexx.av im Jahre 2005, in Hamburg bei 2,50 Euro, und zwar für Anfänger und Langjährige. Es ist bekannt, dass die Preise zwischen Berlin, München und Hamburg stark differieren. Besonders München ist ein hochpreisiger Markt. Mit anderen Worten, in unserer

► „Sprint in Hamburg“

Nach den Konkursen zweier Synchronstudios in Hamburger gründete sich 1999 der SprecherInnenrat. 2000 beschloss dieser, der ver.di beizutreten und nannte sich ab sofort SchauspielerInnenrat (Sprint). Seine Mitglieder treffen sich jeden zweiten Monat im Hamburger DGB-Haus. Zum festen Kern gehören u. a. Sygun Liewald, Rolf Becker, Achim Schülke, Ben Hecker und Claudia Jüterbock.



Branche belebt die Konkurrenz nicht das Geschäft, sondern führt zum Studiosterben. Die Frage ist nur, was der Bundesverband deutscher Synchronproduzenten, der sich seit zwei Jahren auf dem Markt tummelt, endlich dagegen unternehmen will. Ergo liegt der Preisverfall inzwischen bei 70 Prozent, im besten Fall bei 50 Prozent, wenn man alle Faktoren zusammennimmt.

Und hier noch etwas zum Sterben: Synchroncutter werden mittlerweile als Dinosaurier angesehen. Synchronautoren werden eingespart und es wird mit den Übersetzungen in die Studios gegangen. Man erwartet von den SchauspielerInnen, dass sie diese Kleinigkeit mitbesorgen. Der Job des Takers wird meist von den Tonassistenten übernommen. In Hamburg tippen die Autoren ihre Drehbücher selber, weil ihnen das Studio sonst den Auftrag kappt. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass durch einen nicht anwesenden Cutter, ein nicht lippensynchrones Drehbuch, nicht ordentlich unterteilte Takes, zu viele Tippfehler hohe Zeitverluste entstehen. But: „Time is money.“

■ Castings nicht bezahlt

Und wer glaubt, das alles sei übertrieben, es geht noch schlimmer. Castings werden nicht mehr bezahlt, Grundgagen, wenn überhaupt, dann nur noch für eine Produktion bezahlt, obwohl man für mehrere engagiert ist. Seit 1999 befassen sich Finanz- und Kriminalamt mit dem Skandal um die Aufnahmeleitermafia in Berlin, die von SynchronschauspielerInnen Schmiergelder fordert. Claudia Jüterbock ■

Gänsehaut fürs Zwerchfell

Satirisches Programm von Dietrich Kittner für das Heimkino

Erneut hat Dietrich Kittner das jüngste seiner bitterbösen satirischen Programme auf eine DVD für das Heimkino brennen lassen. Und wie stets bei Dietrich Kittner live, so auch auf dieser DVD, gibt es neben dem Hauptfilm von 50 Minuten einen zweiten Teil, der halb so lang ist und als Bonusmaterial gekennzeichnet ist.

Seit Jahren sind dem Kabarettisten Kittner nicht nur die öffentlich-rechtlichen, auch die privaten TV-Sender zur Vermittlung seiner Programme über den Bildschirm verschlossen. Warum, die Antwort lässt sich schnell finden. Mit seinem ihm eigenen bissigen schwarzen Humor karikiert der Hannoveraner die Gesellschaft der Bundesrepublik in allen ihren Facetten, hält dabei stets seinen Daumen in die Wunden. Er zeigt uns immer die Plätze und nennt die Namen in der Bundesrepublik, die mit antidemokratischen Zuständen verbunden sind. Daher

gehen Politiker immer in Deckung, wenn sie seinen Namen hören.

Auch in seiner letzten DVD „Sadisten oder Wie ein Gesetz entsteht“ zeigt uns der Kabarettist, wie er mit nur wenigen Mitteln seine Zuschauer nicht nur sprachlich fesseln kann. Ob als Reporter, Nachrichtensprecher oder in der Roten Robe eines Bundesrichters in Karlsruhe – bei seinen Satiren bekommt selbst das Zwerchfell eine Gänsehaut. Zur Illustration finden Fotos sowie die kongenialen Zeichnungen von Guido Zingerl auf der DVD Verwendung. Aus dieser Mischung ist ein neuer echter Dietrich Kittner auf DVD wieder im Vertrieb von Edition Logischer Garten in Hannover.

Karl-H. Walloch ■

Dietrich Kittner: Sadisten oder Wie ein Gesetz entsteht – Euro 14,80 – Vertrieb Edition Logischer Garten, Bischofsholer Damm 88 – 30173 Hannover – Fax 0511 / 283 49 80 – E-mail: elgkittner@aol.com

connex.av Filmstudie

Die Studie: „Ausgeleuchtet – Vom Arbeiten und Leben in der Filmindustrie“ des ver.di-Projekts connex-av und des Bundesfilmverbandes ist jetzt erschienen. In der 50-seitigen Broschüre geben 871 Filmschaffende ausführlich über ihre Arbeitsbedingungen Auskunft: über den Traumberuf trotz extremer Belastungen, die Verschlechterung der sozialen Absicherung und die daraus resultierende Verunsicherung, die Folgen von Hartz IV und Ein-Euro-Jobs, tarifliche Arbeitszeitkonten und Gagen sowie die Erwartungen an ver.di.

Die Befragung wurde von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt und von Rolf Satzer als empirischem Sozialforscher der „Arbeitsgemeinschaft Befragungen im Betrieb“ in Köln wissenschaftlich begleitet. Ein Auszug der Studie steht als Download zur Verfügung. Sie kann komplett als Print- oder Digitalversion per Mail an mail@connex-av.de bestellt werden. Mitglieder erhalten sie kostenlos. Nicht-Mitglieder gegen eine Gebühr von 10,- Euro. ■

Filmrezension: „Hannah“ von Erica von Moeller

Raffinierte Mischung aus psychologischer Studie und Thriller

Ein Schloss, noch ein zweites und dann auch noch ein Riegel. Hannah hat sich in ihrer Wohnung geradezu verbarrikadiert. Es ist nicht die einzige Neurose der attraktiven jungen Frau. Obwohl sie selbst einmal Fotografin werden wollte, hat sie eine große Scheu davor, abgelichtet zu werden. Wenn jemand die Kamera auf sie richtet, reagiert sie wütend und vergräbt ihr Gesicht panisch hinter ihren Händen.

Unnahbar, geheimnisvoll und streng wirkt Hannah, die irgendwann nicht mehr an ihr künstlerisches Talent glaubte und nunmehr in einem Fotolabor arbeitet. Sogar zu den wenigen Menschen, denen sie sich verbunden fühlt, baut sie Distanz auf: Maya, ihre pubertierende Tochter, hat sie der Obhut ihrer Eltern anvertraut, ihren Freund lässt sie nachts allein zurück, weil sie „nicht schlafen kann, wenn jemand neben ihr atmet.“ Obwohl sie mit Jan schon zwei Jahre zusammen ist, kennt er weder Maya noch ihre Eltern, weil sie das so will. Ist

Hannah paranoid? In starkem Gegenlicht verfreemdete Flashbacks deuten zumindest Suizidversuch oder Nervenzusammenbruch an. Als eine raffinierte Genre-Mischung aus psychologischer Studie und Thriller lässt Erica von Moellers Kam-

merspiel jedoch den Zuschauer über Hannahs Krankheitsbild im Unklaren. Entscheidend ist der Leidenszustand, und wie die Heldin damit fertig wird.

Unheimlich wird's, als jemand Hannahs Schutzpanzer durchbricht, sie mit seinem Blick verfolgt. In der Dunkelkammer entdeckt sie beim Entwickeln eines fremden Auftrags Porträts, die jemand heimlich von ihr gemacht hat. Zudem tauchen in ihrer Wohnung Bilder aus einer Vergangenheit auf, die sie nicht mehr wahrhaben möchte. Hannah forscht nach und stößt auf Nico, ihren Ex-Freund aus Berlin. Gemeinsam mit Maya macht sie sich auf den Weg in die Hauptstadt, um dort einen Teil von sich wiederzufinden, der ihr vor vielen Jahren abhanden gekommen ist. Allerdings stellt sich die Vergangenheit anders dar, als die verstörte Frau sie sich in ihren Erinnerungen bewahrt hat. Zugleich kommt sie sich mit Maya, die sich nicht ohne Grund ungeliebt fühlt, seit langem etwas näher.

Das versöhnliche, familienselige Ende dieses Films wirkt zwar nicht gerade originell, alles in allem aber ist Erica von Moeller eine packende, feinfühlig Studie gelungen, die ganz nebenbei Verständnis für psychisch kranke Menschen weckt. Getragen wird der Film dabei von exquisiten Schauspielern, denen ihre Figuren wie auf den Leib geschrieben scheinen, allen voran von Nina Hoss, die schon in Christoph Petzolds Filmen „Toter Mann“, „Wolfsburg“ und „Yella“ schwer zugängliche, eigenwillige Außenseiterinnen von unterkühlter Schönheit verkörperte und hier ein weiteres Mal darstellt, wie eine intelligente Frau eine schwere Lebenskrise bewältigt.

Seine starke Wirkung verdankt der Film allerdings auch der Kamerafrau Sophie Maintigneux, die sich darauf versteht, ausdrucksstarke Gesichter wie Landschaften zu erforschen.

Kirsten Liese ■



D 2007, 85 Min.
R: Erica von Moeller
D: Nina Hoss,
Isabel Bongard,
Matthias Brandt

Die ganze Welt ist unsere Bühne

UNI-MEI-Weltkonferenz in Madrid beschließt ehrgeiziges Programm

„All the world is our stage“ unter diesem Motto hatten sich vom 17. bis 19. Oktober 2007 in Madrid 130 Delegierte von Medien- und Kulturgewerkschaften aus der ganzen Welt versammelt. UNI-MEI – das steht für Media,-Entertainment-International ist zwar der kleinste Sektor in der weltgrößten Gewerkschaftsinternationale Union Network International, zählt aber immerhin rund 130 Mitgliedsgewerkschaften in über 80 Ländern, darunter ver.di.

Trotz unterschiedlicher Ausgangs- und Rahmenbedingungen sind die Kernprobleme und Aufgaben sehr ähnlich. Eines der Hauptthemen war die Mitgliedergewinnung und Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten. Äußerst spannend der Vergleich zwischen der Organisierung von Mitgliedern beim Medienkonzern Disney in den USA und in Hongkong. Der schwergewichtige Dan Mahoney von der US-amerikanischen Gewerkschaft CWA-Nabet muss trotz formal korrekter Strukturen ebenso gegen knallharten Unternehmerwiderstand bei der Durchsetzung eines Tarifvertrages kämpfen wie die zierliche Chinesin Elaine Hue für das Recht auf Organisierung beim weltgrößten Medienkonzern überhaupt. Nicht einfacher ist die Situation in Indonesien, von der Martha berichtete. Schon die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist dort wie auch u. a. auf den Philippinen mit großen beruflichen Risiken verbunden. In Lateinamerika hat sich mit der politischen Veränderung zu Mitte-Links-Regierungen die Situation in einigen Ländern tendenziell verbessert. Schwierig stellt sich die Situation in Russland und der Gemeinschaft unabhängiger

Staaten (GuS) dar. Gewerkschaftliche Strukturen sind zum Teil – insbesondere in den zentralasiatischen Staaten – kaum noch vorhanden. Ansätze zum Neuaufbau extrem schwierig. Positive Berichte gab es z. B. aus Argentinien und Brasilien. In Kolumbien dagegen ist das Eintreten für Gewerkschaftsrechte weiterhin lebensbedrohend für die Protagonisten.

■ Diskussion über Internetpiraterie

Die Sicherheit von Journalisten und anderen Medienarbeitern war ebenfalls Konferenzthema. Hierzu referierte Rodney Pinder, Direktor des International News Safety Institute (INSI). Zu Medien- und Meinungsfreiheit diskutierten u.a. Aidan White, Generalsekretär der Internationalen Journalisten Föderation (IJF) und Carlos Siguion-Reyna von der philippinischen Directors Guild. Einen Überblick zu den Aktivitäten im Kampf für Geschlechtergleichheit, gegen Rassendiskriminierung und Intoleranz in den vergangenen vier Jahren gab Zoe Lanara, die scheidende Uni-MEI-Präsidentin und mit dem Schwerpunkt Afrika Coretta Sam Gwary aus Nigeria.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz waren die Arbeitsbedingungen von Kunst- und Medienschaffenden sowie deren Urheberrechte. Hierzu informierten und diskutierten Heinrich Bleicher-Nagelsmann (ver.di), Bernie Corbett (Writers Guild UK) und Icaro Martins (APACI, Brasilien). Heiß diskutiert auch die Piraterie im Filmbereich. Beispiele aus Asien, Lateinamerika, und den Vereinigten Staaten sowie Europa zeigten einerseits die Vielfalt



Fotos: Noel Howard

Jim Wilson (Generalsekretär UNI-MEI), Zoe Lanara und Heinrich Bleicher-Nagelsmann (v.l.n.r.)

der Problematik und andererseits die unterschiedlichen Vorstellungen von Lösungsansätzen. Während die US-amerikanischen Kollegen insbesondere auf technische Lösungen (Kopierschutz) und rechtliche Maßnahmen („Das ist Diebstahl und muss bestraft werden“) setzen, übten die Lateinamerikaner eher Kritik an der Vertriebs- und Preispolitik der großen Film- und Medienkonzerne. Kein Wunder, dass die Kongress-Anträge zu dieser Thematik intensiv diskutiert wurden. Alle Beschlüsse des Kongresses sind auf der homepage von UNI-MEI dokumentiert.

Zum Abschluss der Versammlung wurden die ausscheidenden Vorstandsmitglieder, unter ihnen die Präsidentin Zoe Lanara und der langjährige Vizepräsident Klaus-Peter Hellmich (ver.di) gebührend verabschiedet. Zum neuen Präsidenten von UNI-MEI wählte die Konferenz Heinrich Bleicher-Nagelsmann (ver.di), der seit mehreren Jahren als Vizepräsident der Euro-MEI international tätig ist. Ihm zur Seite stehen für die nächsten vier Jahre fünf Vizepräsidenten und neun weitere Vorstandsmitglieder aus allen Kontinenten und Organisationsbereichen der UNI-MEI. Das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre ist quasi mit den beschlossenen Anträgen umrissen. „Es ist“, so der neue Präsident in seinem Schlusswort, „ein ehrgeiziges aber notwendiges Programm.“ Mit Dank und einer Referenz an die große Literatur der spanischen Gastgeber beendete er die erfolgreiche Konferenz: „Manchmal fühlen wir uns bei unserem alltäglichen gewerkschaftlichen Kampf wie der edle Don Quijote de la Mancha im Kampf gegen die Windmühlen. Was wir aber von Miguel de Cervantes aus seinem großartigen Roman lernen können ist dies: Mit Kühnheit, Mut und Beharrlichkeit müssen wir an die Verwirklichung unserer Aufgaben und die Träume von einer gerechteren Welt herangehen.“ **Thomas H. Ludwig ■**

Peter Felske, Klaus-Peter Hellmich, Wille Bartz (2. Reihe v.l.n.r.) aus der ver.di Delegation



Unter Spionageverdacht

Deutsche Filmemacher vom nigerianischen Geheimdienst festgenommen

Eine gut vorbereitete Recherchereise führte die Filmemacher Florian Opitz und Andy Lehmann in die Hände des nigerianischen Geheimdienstes. Sechs Wochen wurden sie in Nigeria festgehalten und der Spionage beschuldigt. Mit Unterstützung ihrer Produktionsfirma 2pilots, von ver.di, des WDR und des Auswärtigen Amtes gelang es schließlich die beiden freizubekommen und nach Hause zu holen.

Der 34jährige Kölner Regisseur und Autor Florian Opitz und der 33jährige Berliner Kameramann Andy Lehmann wollten Ölinteressen im Nigerdelta dokumentieren. „Nigeria ist der sechstgrößte Erdölexporteur, die Bevölkerung zählt zu den ärmsten der Welt. Es herrscht große Unkenntnis über die Region.“ Da die Ränke militanter Gruppen und krimineller Banden schwer durchschaubar und Entführungen an der Tagesordnung sind, wollten Opitz und Lehmann erst prüfen, ob ihr Projekt machbar ist. Ein Prinzip der Dokumentarfilmer: „Wir kommentieren nicht, wir lassen ausschließlich Protagonisten und Bilder vor Ort sprechen.“ Sie fanden mit der kleinen Produktionsfirma 2pilots einen interessierten Partner, führten Vorabsprachen mit dem WDR, ARTE und dem Bayerischen Rundfunk. Mit einer Vorberei-

tungsförderung der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen stand einer Recherchereise nach Nigeria nichts mehr im Wege. Die Heinrich-Böll-Stiftung lud offiziell dazu ein. „Wir wollten vor Ort Kontakte knüpfen mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die dort tätig sind, mit Institutionen und Journalisten, die dort arbeiten. Außerdem wollten wir unser Equipment testen, Fotos machen und möglicherweise schon Material für einen Filmtrailer mitbringen“, beschreibt Florian Opitz den Zweck der Reise, die am 8. September begann und zwei Wochen dauern sollte.

Alles lief planmäßig, bis zum 20. September. „Wir werden verfolgt“, bemerkte der Fahrer des Wagens, der sie von einer Interviewtour mit sogenannten „Youthleadern“ aus einer Landgemeinde in die Stadt Warri zurückbrachte. Wenige Minuten vor der Ankunft im Gebäude der Organisation AAPW, bei der die Filmemacher Gastrecht erhielten und logistische Hilfe in Anspruch nahmen, wurden sie gestoppt und mit dem Chauffeur und einem Mitarbeiter der NGO in ein nahegelegenes Geheimdienstbüro gebracht. Was anfänglich wie ein schnell aufklärbares Missverständnis oder der Versuch aussah, Schmiergeld zu erpressen, entwickelte sich zum mehrwöchigen Albtraum. Die Geheimdienstler behielten die Videokassette und die Fotokarte von Andy Lehmann ein. Doch der Vorwurf, die Journalisten hätten eine verrostete alte Pipeline neben einer Straße oder ein Firmenschild vor einer Raffinerie fotografiert, rückte bald in den Hintergrund. „Es ging nie um Bilder oder irgendetwas Recherchiertes. Wir hatten immer mehr das Gefühl, man zielte weniger auf uns als auf die AAPW. Die Organisation ist seit 20 Jahren dort tätig und vermittelt offiziell in den Konflikten.“ Die deutschen Journalisten, ließ sich vermuten, galten lediglich als Faustpfand. Doch sie saßen in der Falle.

■ Hilfreiches Zusammenspiel

Fast sechs Wochen wurden Florian Opitz und Andy Lehmann festgehalten, und in das regionale Hauptquartier des nationalen Geheimdienstes SSS gebracht, immer wieder verhört und hingehalten. Nachdem sie anfänglich noch die Nummer der Deutschen Botschaft kontaktieren konnten, wurde ihnen später alle Habe genommen, sogar die Uhren. Erst am 2. Oktober, als nigerianische Zeitun-

gen bereits verkündeten, dass die beiden Deutschen ausreisen dürften, wurde ihnen abends eine Anklageschrift mit sieben Punkten vorgelegt. Zwei betrafen die NGO, fünf, die gravierendsten, sie selbst: illegale Einreise, Visabetrug, Bedrohung der nationalen Sicherheit, Spionage und konspirative Zusammenarbeit mit NGOs. Die zu erwartende Höchststrafe: 14 Jahre Haft. Die Dokumentaristen waren wider Willen selbst zu Protagonisten eines Schattenspiels geworden. „Not guilty“ erklärten sie nach zweistündigem Stehen in einer Anklagebank bei einer Anhörung dem Gericht.

Diplomatische Kanäle arbeiteten. Das Auswärtige Amt wurde eingeschaltet. Mit einer Verbalnote verbürgte sich die Botschaft für die beiden Deutschen, die dann das „Guest House“ des Geheimdienstes verlassen und im Botschaftsgebäude Quartier nehmen, das Land aber nicht verlassen durften. Eine hochrangige deutsche Wirtschaftsdelegation, die im Oktober nach Nigeria reiste, wurde bis zum Präsidenten vorstellig. Verwandte zu Hause koordinierten Hilfe. Das war auch nötig, als ein einheimischer Anwalt eingeschaltet wurde. Das vereinbarte, nicht unübliche Pauschalhonorar: 60.000 Euro. Die Produktionsfirma 2pilots machte sich für ihre freien Mitarbeiter stark und fragte auch bei der Gewerkschaft an. Ein spezieller Beschluss des Bundesvorstandes sicherte den beiden ver.di-Mitgliedern eine Sonderunterstützung von 20.000 Euro zu. „Das lief sehr unbürokratisch und ist natürlich weit mehr, als sonst in Rechtsschutzfällen üblich“, freut sich Inez Kühn, die Leiterin des Bundesfachbereichs Medien, Kunst und Industrie. Über den ver.di-Senderverband wurde zudem der WDR ins Boot geholt, der – obwohl vertraglich nicht verpflichtet – 10.000 Euro für die Anwaltskosten beisteuert.

Das Zusammenspiel aller diplomatischen, juristischen und politischen Mittel erreichte schließlich, dass Opitz und Lehmann am 30. Oktober ausreisen konnten. Bis dahin waren weder das Gerichtsverfahren niedergelegt noch das behauptete sensible Beweismaterial gegen die beiden Filmemacher und die NGO zur Einsicht freigegeben. „Wir werden wohl nicht so schnell wieder nach Nigeria reisen“, erklären beide, erleichtert über das glimpfliche Ende einer Rechercheise.

Helma Nehrlich ■

Florian Opitz und Andy Lehmann



Foto: Christian v. Polentz / transit

Agentur Kurdistan

**Deutsche Journalisten helfen
beim Aufbau unabhängiger Medien**

Seit dem Sturz Husseins wurden im Irak mehr Journalisten getötet als in 20 Jahren Vietnamkrieg – an Straßensperren, bei Entführungen und Attentaten, aber auch bei Übergriffen von Milizen oder des Militärs. Dennoch gibt es Versuche, demokratische Medien zu installieren. Die Zahl der Radio- und Fernsehstationen sowie der Zeitungen hat sich in kurzer Zeit verdreifacht. Allerdings gehören diese in der Regel politischen Parteien oder religiösen Gruppen, die ihre eigenen Interessen verfolgen. Demokratie aber braucht unabhängige Medien. Dies gilt natürlich auch für eine besondere Region im Irak, den Norden des Landes, wo die kurdische Bevölkerung lebt. Deshalb engagieren sich deutsche Journalisten im Rahmen der Projektgruppe „Pressefreiheit Nordirak Kurdistan“ für den Aufbau der ersten unabhängigen kurdischen Nachrichtenagentur.

Die Geschichte findet ihren Anfang im November 2002, wenige Monate vor Beginn des letzten Irakkrieges. Der Dortmunder WDR-Journalist Jürgen Hoppe berichtete in diesen Tagen aus der „Kurden-schutzzone“ im Nordirak von der Wiedereröffnung des kurdischen Parlaments. „Da bin ich von vielen Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft angesprochen worden“, erzählt Hoppe. „Euch haben damals nach dem Zweiten Weltkrieg die Engländer, Amerikaner und Franzosen geholfen, eine unabhängige Medienlandschaft aufzubauen, haben sie gesagt, jetzt bitte helft uns, damit wir hier so etwas aufbauen können, denn aus eigener Kraft geht das nicht.“

■ Erfolgreiche Partnersuche

Zurück in Deutschland nach der Befreiung des Irak von Saddam, ging Jürgen Hoppe auf die Suche nach Partnern. Gemeinsam mit seinem langjährigen Freund Ulrich Pätzold, Leiter des Instituts für Journalistik in Dortmund, mit Horst Röper, Chef des FORMAT-Instituts und kurdischen und arabischen Freunden wurden Pläne entworfen. „Deutschland war nach dem Krieg natürlich ein besiegtes Land und vieles wurde uns oktroyiert“, sagt Hoppe. „Das können wir in Kurdistan



Fotos: H. Sinemilicli / Montage: Dreißler

Verleger Badran Habeeb (l.) mit Jürgen Hoppe. Im Hintergrund die Berge von Rawanduz.

nicht. Wir müssen mit freiwilliger Hilfe arbeiten.“ Das Glück stand dem 69-jährigen, der inzwischen pensioniert ist, und seinen Mitstreitern zur Seite. In Erbil, der Hauptstadt der irakischen „Region Kurdistan“, trafen sie auf den Verleger Badran Habeeb – ein Mann, der nicht nur über das nötige Geld verfügt, sondern auch bereit ist, dieses in ein unabhängiges Mediensystem zu investieren. Habeeb besitzt den Buch- und Zeitungsverlag ARAS. Das technisch hervorragend ausgestattete Unternehmen hat seinen Sitz außerhalb der Altstadt Erbils in einem großflächigen Neubaugebiet.

Habeeb schlug Hoppe und seinen Kollegen vor, zusammen eine Presseagentur zu gründen und aufzubauen, die Agentur Kurdistan – eine Idee, die nun verwirklicht wird. Als Basis für ein unabhängiges Mediensystem soll die Agentur kurdische, assyrisch-christliche und turkmenische Verleger im Nordirak mit Informationen aus der „Region Kurdistan“ versorgen. Die Finanzierung sichert Habeeb selbst, jedoch wird die Agentur im Zentrum der Stadt ansässig sein, um die Unabhängigkeit von seinem Verlag zu betonen. Ein Beirat aus unabhängigen Persönlichkeiten wird der Agentur zur Seite gestellt – zum Schutz, denn mit Sicherheit muss sie sich auf politische Angriffe einstellen, auch von der kurdischen Journalistengewerkschaft, da deren Mitglieder in Partei-Medien und beim Geheimdienst arbeiten.

Während technisch inzwischen alles vorbereitet ist für den Start der Agentur Kurdistan, fehlt es nun noch an entsprechend ausgebildeten Journalisten. Hier springt das Institut für Journalistik der Universität Suleimaja ein. Mit Hilfe des Instituts erhalten etwa 30 Journalisten in den Räumen des ARAS-Verlags in Erbil eine Fortbildung zu Agentur- und Nachrichtenredakteuren. Die sechs zukünftigen Führungskräfte der Agentur hingegen kommen im Januar 2008 nach Deutsch-

land und werden dort bei verschiedenen Zeitungen und Rundfunkanstalten auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

Auf dem Programm steht auch ein Besuch bei der Deutschen Presse Agentur, dpa. Dort wird das Projekt mit besonderem Interesse verfolgt. „Schließlich ist es über 50 Jahre her, dass durch Medien eine Nachrichtenagentur gegründet wurde, und das war die dpa. Alle Agenturen, die danach entstanden sind, wurden immer nur von Staaten ins Leben gerufen“, erklärt Michael Segbers, Geschäftsführer der dpa. Auch eine Zusammenarbeit mit der Agentur Kurdistan kann sich Segbers vorstellen. „Es ist gut möglich, dass ein Nachrichtenaustausch stattfindet, dass wir die Agentur Kurdistan als eine von verschiedenen möglichen Quellen nutzen.“ Für deren Gründer ist dies denn auch ein ganz wichtiges Ziel: dass es gelingt, sich einer internationalen Agentur anzugliedern, der man Nachrichten liefert und von der man Nachrichten aus aller Welt erhält.

■ Professionelle Ausbildung

Bleibt die Frage, wie mit der Angst vor möglichen tätlichen Angriffen umzugehen ist, denn wer als Journalist im Irak die Wahrheit schreibt, läuft ständig Gefahr, umgebracht zu werden – von terroristischen Gruppierungen, aber auch von Regierungsseite. „Was die Regierung betrifft, haben wir uns abgesichert“, sagt Jürgen Hoppe. „Wir haben ein langes Gespräch geführt mit Nitchewan Barsani, dem Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes Kurdistan im Irak und er hat uns volle Unterstützung zugesichert, vor allem auch, dass der Geheimdienst nicht reinfunkt. Und wir werden natürlich alle, die dort arbeiten, professionell ausbilden, und eine richtige professionelle Ausbildung ist die beste Sicherung – auch dagegen, dass man getötet oder entführt wird.“ Vera Linß ■

Medien am Gängelband

Sloweniens Journalisten warnen mit Petition vor staatlicher Zensur

Allein bei „Delo“, der größten Tageszeitung im EU-Musterland Slowenien, mussten 25 Redakteure in den letzten zwei Jahren ihre Posten räumen. Für grenzüberschreitendes Aufsehen und Proteste internationaler Journalistenverbände sorgte vor allem die umstrittene Abberufung der „Delo“-Korrespondenten in den Nachbarländern Kroatien und Österreich.

Das Arbeits-Martyrium von Grega Revpoz begann nach der Auswechslung seines Chefredakteurs. Allmorgendlich machte sich der damalige Kommentator der slowenischen Tageszeitung „Delo“ in seine Redaktionsstube auf. Doch seine Dienste waren dort nicht gefragt. „Ich saß dort bis zum Abend, aber konnte nichts tun. Sie ließen mich einfach nicht mehr arbeiten,“ erinnert sich der Vorsitzende des Slowenischen Journalistenverbands (SAJ) an die trostlosesten Monate seiner Karriere: „Mal wurde behauptet, man müsse den Kommentar verschieben, mal gesagt, nun wäre kein guter Moment für das Thema.“ Nach einem Jahr des Arbeitsentzugs hatte der

richtet Grah gegenüber M. Seinen Informationen zufolge hatte sich Außenminister Dimitrij Rupel persönlich über seine Analyse beschwert. Wie Kajzer wurde der preisgekrönte Grah wegen angeblicher „Unfähigkeit“ im Sommer endgültig nach Ljubljana zurückbeordert: Zum Schriftsteller-Analyst degradiert kommentiert der Ex-Korrespondent in der Redaktion nun die Geschehnisse in Asien und Afrika.

■ Mediengesetz geändert

571 Journalisten, fast ein Drittel des Berufsstands in Slowenien, unterzeichneten eine dem Parlament im Oktober überreichte Petition, die vor staatlich orchestrierter Zensur und der Einschränkung der Pressefreiheit warnt. Seit der Machtübernahme der Mitte-Rechts-Regierung von Premier Janez Jansa 2004 sind ihr zufolge die wichtigsten Privatmedien mit dem Verkauf von Staatsbeteiligungen unter Regierungskontrolle gebracht: Im Gegenzug für das Abtreten von Anteilen handelte die Regierung personelle Zuge-

Regierung die Leitung der drittgrößten Zeitung „Vecer“ unter Kontrolle. Bei den „Primorski Novice“ wiederhole sich derzeit dasselbe „Modell“: „Erst werden der Vorstandschef ausgetauscht, dann der Chefredakteur – und die Ressortleiter.“

Unabhängig geliebene Medien, wie die Zeitung „Dvevnik“ oder das inzwischen von ihm geleitete Wochenmagazin „Mladina“, würden mit dem Entzug der Annoncen von Staatsunternehmen „bestraft“, sagt Revpoz: „Bei Mladina ging darum das Werbeaufkommen im letzten Jahr um 45 Prozent zurück.“ Die Vorwürfe der Journalisten-Verbände bestätigte im Juni die frühere Wirtschafts-Staatssekretärin Adrijana Starina Kosem, die an den komplexen Aktien-Transaktionen beteiligt war: Der Regierungs-Druck auf die Zeitungen überschreite „die Grenzen des guten Geschmacks“.

Das Internationale Presse Institut (IPI) in Wien hat Slowenien bereits aufgefordert, die Zensur-Vorwürfe mit Hilfe einer unabhängigen Untersuchung zu überprüfen. Von politischem Druck auf die Medien könne „keine Rede“ sein, erklärte indes gereizt Parlamentspräsident France Cukjati bei der Entgegennahme der Petition. Unmittelbar vor der am 1. Januar beginnenden EU-Präsidentschaft Sloweniens kommt Ljubljana die Kritik tatsächlich ungelegen. In einer Erklärung verweist die Regierung auf internationale Untersuchungen, die den Zustand der Pressefreiheit in Slowenien eher positiv bewerten.

Lange sei das Mediensystem in Slowenien tatsächlich ein Modell für andere

Pressefreiheit zunehmend eingeschränkt

37-jährige genug, kündigte vor Jahresfrist seinen Job: „Ich sagte meiner Frau, lieber verkaufe ich unsere Wohnung als in der „Delo“-Redaktion noch weiter zu schmorn.“

Ein Einzelfall ist Revpoz in dem 1,9-Millionen-Einwohner-Land keineswegs. Zagreb-Korrespondent Rok Kajzer hatte die eigene Regierung mit bissigen Kommentaren zu deren „panischen Reaktionen“ bei den slowenisch-kroatischen Grenzstreitigkeiten verärgert. Wien-Korrespondent Matija Grah zog sich im Juni 2006 den Zorn des Außenministeriums durch einen kritischen Kommentar zu deren Politik gegenüber der slowenischen Minderheit in Österreich zu. Schon am nächsten Tag sei er in die Chefredaktion einberufen und wegen „unobjektiver Berichterstattung“ abgemahnt worden, be-

ständnisse bei der Besetzung der Chef-Etagen der Privat-Presse aus. Der Wechsel der Kapital-Struktur bei an Medienunternehmen beteiligten Konzernen habe den „Austausch von Aufsichtsrat, Vorstandsvorsitzenden – und Chefredakteuren“ ermöglicht, heißt es in der Petition. Die neuen Kapitäne an der Spitze der Medien-Konzerne zeigten keinerlei Respekt vor journalistischer Autonomie: Der Regierung sei es gelungen, selbst bei den Privatmedien eine „einflussreiche Pyramide von Entscheidungsträgern“ zu etablieren.

Mit der Änderung des Mediengesetzes konnte die Regierung ohnehin ihren Einfluss auf das staatliche Fernsehen stärken. Gleichzeitig wurde laut Revpoz auch die nationale Nachrichtenagentur durch den Austausch des Führungspersonals „auf Linie“ gebracht. Außer „Delo“ habe die

Staaten in der Region gewesen, sagt der SAJ-Vorsitzende Revpoz: „Doch nun wird alles zurück gedreht.“ Eine negative Ausstrahlung habe diese Entwicklung auch auf Nachbarländer wie Kroatien, wo Politiker ihre Medien-Begehrlichkeit nun mit dem slowenischen Beispiel rechtfertigen könnten. Ex-Korrespondent Grah fürchtet, dass die Medien sich selbst bei einem Regierungswechsel kaum mehr früherer Freiheiten erfreuen könnten: Einmal „geöffnete Kanäle“ zu mehr Zugriff auf die Medien würden von jeder Partei gerne genutzt. Als Journalist von „Mladina“ sei Premier Jansa 1987 wegen kritischer Berichterstattung selbst inhaftiert worden, berichtet beim Abschied Grega Revpoz mit einem ratlosen Achselzucken: „Und nun wittert er in den Medien den größten Feind.“

Thomas Roser, Ljubljana ■



Foto: Petra Dreßler

Achteinhalb Jahre Gefängnis

Der aserbaidjanische Journalist Eynulla Fatullayev muss für achteinhalb Jahre ins Gefängnis und umgerechnet 230.000 US-Dollar Strafe zahlen. Dies entschied ein Gericht am 30. Oktober. Fatullayev hatte in einem Artikel über Aserbaidschans Unterstützung der US-Militäroperationen in der Region geschrieben. Er wurde der „Bedrohung durch Terrorismus“, der „Steuerhinterziehung“ und „Anstiftung zum Rassenhass“ schuldig gesprochen. Fatullayev ist Chefredakteur und Mitbegründer der zwei Zeitungen „Reanly Aserbaidschan“ und „Gundelik Aserbaidschan“, die zu den wichtigsten im Land zählen. Das Gericht hat außerdem die Konfiszierung von 23 Computern der Zeitungen angeordnet. Die Blätter können schon seit Mai 2007 nicht mehr erscheinen, da ein Teil der Arbeitsmittel wegen „Verstoßes gegen die Feuerschutzordnung“ gepfändet wurde.

„Ein skandalöses Urteil“, so Reporter ohne Grenzen (ROG). „Es beruht auf keinerlei Beweisen und ist rein politisch motiviert. Wir fordern Präsident Alijev auf, dafür zu sorgen, dass Fatullayev umgehend frei kommt.“ Das Urteil spiegelt die sehr schwierige Lage unabhängiger Medien und Journalisten in Aserbaidschan wider und bestätigt den 139. Rang (von 169) des

Landes auf der jüngst erschienenen ROG-Rangliste der Pressefreiheit. Neben Fatullayev sind in Aserbaidschan sechs weitere Journalisten im Gefängnis. ■

Tod auf offener Straße

Alischer Sajipow ist tot. Am Abend des 24. Oktober wurde Alischer Sajipow in Osch, einer Stadt im Süden Kirgistans, erschossen. Drei kaltblütig aus nächster Nähe abgefeuerte Kugeln beendeten das Leben des 28-Jährigen. Der usbekische Journalist war Gründer der Zeitung „Sajasat“ (Politik), schrieb für mehrere Internetportale und war Mitarbeiter von „Radio Free Europe/Radio Liberty“. In seinen Veröffentlichungen kritisierte Sajipow immer wieder den usbekischen Präsidenten Karimow. Auch setzte er sich für die Rechte der usbekischen Minderheit in Kirgistan ein, der er selbst angehörte. Seine verbotene Zeitung wurde heimlich ins Land gebracht. Die wenigen Korrespondenten der Region sowie Menschenrechtsorganisationen schätzten ihn als zuverlässigen und fachkundigen Informanten. „Sajipow war ein mutiger und sehr professioneller Journalist“, erklärte ROG. „Wir hoffen, dass die kirgisischen Behörden den Mord so schnell wie möglich aufklären.“ hg ■

Prominentes Kuratorium für ROG

Ein hochrangig besetztes Kuratorium wird künftig die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen unterstützen. Dem 12-köpfigen Gremium gehören an: Bascha Mika, taz-Chefredakteurin, die Intendantin des RBB Dagmar Reim, Wilm Herlyn, Chefredakteur der dpa, Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur Die Zeit, Helmut Markwort, Focus-Chefredakteur, Thomas Osterkorn, Chefredakteur des stern, Fritz Pleitgen, Geschäftsführer der Ruhr GmbH, Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung, der ARD-Vorsitzende Fritz Raff, ZDF-Intendant Markus Schächter, Uwe Vorkötter, Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Peter-Matthias Gaede, Geo-Chefredakteur.

Derzeit sind 130 Kolleginnen und Kollegen weltweit wegen ihrer Arbeit hinter Gittern. 75 haben ihren Einsatz für unabhängige Berichterstattung in diesem Jahr bereits mit dem Leben bezahlt. Reporter ohne Grenzen setzt sich seit über 20 Jahren global für Medien- und Pressefreiheit ein und hilft verfolgten Journalisten. Die prominenten Mitglieder sollen ROG in wichtigen Fragen beraten und dazu beitragen, der Organisation mehr öffentliches Gehör zu verschaffen. ■

Aktion für Felipe Ramos Cruz und Carlos Dominguez Monroy, Mexiko



amnesty international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228/98 37 30
www.amnesty.de

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-
Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

M-Redaktion
karin.wenk@
verdi.de

Drogenbande bedroht Journalisten

Die Macher der Regionalzeitung „El Imparcial del Istmo“ wussten, dass ihr Vorhaben riskant war. Als sie vor sechs Monaten begannen, über organisierte Kriminalität beim Drogenhandel im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca zu berichten, hatte es bereits mehrfach Übergriffe auf Journalisten gegeben, die sich mit dem Thema befassten.

Der Überfall vom 8. Oktober auf Auslieferer des Blattes wies deutliche Spuren ins Milieu. Gegen Mittag hatten die drei Mitarbeiter Zeitungen aus der Stadt Tehuantepec abgeholt und waren in einem Lieferwagen unterwegs, auf dem der Schriftzug „El Imparcial del Istmo“ stand. Unbekannte hielten das Fahrzeug an. Schwerebewaffnete Männer eröffneten umgehend das Feuer. Die drei Insassen des Autos hatten keine Überlebenschance. Noch am gleichen Tag klingelte bei den Reportern Felipe Ramos Cruz und Carlos Dominguez Monroy in Salina Cruz das Telefon. „Wir warnen Euch, Ihr seid die Nächsten“, drohte ein Unbekannter. Andere Mitarbeiter sowie der Herausgeber des Blattes erhielten ähnliche Anrufe. Die Morde und Drohungen sind die brutale Zuspitzung einer Situation, die schon länger anhält. Denn per Telefon, Post und E-Mail versuchen Unbekannte seit Monaten, Redakteure der Zeitung einzuschüchtern, damit sie ihre Berichterstattung über den Drogenhandel in der Region einstellen. Seit Jahren nimmt das Ausmaß der Gewalt gegen Journalisten in

Mexiko zu. Allein im vergangenen Jahr wurden mindestens zehn Journalisten ermordet und zahlreiche weitere entführt. Besonders gefährdet sind Journalisten, die über Korruption und das organisierte Verbrechen berichten. Die Täter hingegen bleiben fast immer straffrei.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den Gouverneur des mexikanischen Bundesstaates Oaxaca, und fordern Sie wirksame Schutzmaßnahmen für die Journalisten der Zeitung „El Imparcial del Istmo“. Schreiben Sie auf Spanisch, Englisch oder Deutsch an:

Lic. Ulises Ruiz Ortiz

Gobernador del Estado de Oaxaca

Carretera Oaxaca-Puerto Angel Km. 9.5

Santa María Coyotepec, Oaxaca

Oaxaca C. P. 71254 – MEXIKO

Telefax: 00 52 – 951 502 0530

E-Mail: gobernador@oaxaca.gob.mx

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Vereinigten Mexikanischen Staaten

S. E. Herrn Jorge Castro-Valle Kuehne

Klingelhöferstraße 3 – 10785 Berlin

Telefax: (030) 26 93 23-700

E-Mail: mail@embamexale.de



Journalismus aktuell

ADB, München. 12. Dezember: Neue deutsche Rechtschreibung.
AKAD, Berlin. 14. Januar: Beginn Online-Kurs „Krimi- und Romanwerkstatt für Fortgeschrittene“.
DGB, Hattingen. 11. bis 13. Januar: Wie frei sind unsere Medien? Analyse der Medienlandschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer Medienoffensive für eine emanzipierte Öffentlichkeit.
JHB, Hagen. 10. Januar: Medienrecht. 14./15. Januar: Recherche.

Journalistische Themen

MH, Hamburg. 4. bis 6. Januar: Reisejournalismus – Grundkurs.

Journalismus online

MAZ, Luzern. 15./16. Januar: Onlinerecherche – Suchen und Finden im Web.

Layout / Infografik

ABP, München. 17. bis 19. Dezember: QuarkXPress 6.5 – Aufbau-seminar.
AKAD, Berlin. 10. Januar: Beginn Online-Kurs „Joomla! erweitern“.
 17. Januar: Beginn Online-Crash-Workshop „HTML-CSS“.
BKB, Wolfenbüttel. 11. bis 13. Januar: Einstieg in Photoshop.
MAC, München. 17./18. Dezember: Photoshop Aufbaukurs. 17./18. Dezember: Freehand. 17./18. Dezember: Adobe Illustrator. 19. bis 22. Dezember: InDesign. 19. bis 22. Dezember: QuarkXPress. 14. bis 17. Januar: Photoshop Grundkurs. 18./19. Januar: Photoshop Aufbaukurs.

Volontäre

ABP, München. 7. bis 18. Januar: Grundkurs I – Zeitschrift.
 7. bis 14. Januar: Grundkurs Online
ABZV, Bonn. 7. bis 18. Januar in Stuttgart: Grundlagenseminar I.
 7. bis 18. Januar: Aufbau-seminar I.
AFP, Hamburg. 7. Januar bis 1. Februar: Kompaktkurs für Volontäre – Print.
IFP, München. 6. Bis 18. Januar in Augsburg: Grundkurs I.
JHB, Hagen. 7. Januar bis 1. Februar: Volontärsseminar.
MEZ, Berlin. 7. Januar bis 1. Februar: Volontärsseminar.

Hörfunk

DHA, Oberhausen. 15./16. Dezember: Der lokale Reporter. 15. Januar: Presserecht für Radiojournalisten. 16. bis 18. Januar: Workshop Moderation – Kommunikation.
KEP, Wetzlar. 18./19. Januar: Crashkurs Radio I

Film & TV

DWH, Hamburg. 14. bis 16. Dezember: Aufbaukurs III – Strukturen der Intrige.
FHB, Hamburg / Berlin. 12./13. Januar: Berufsbild Kameramann /-frau.
FHF, Frankfurt. 12. Januar: Rechtsfragen für Filmemacher.
IFFMA, München. 13. Dezember: HD Produktionsworkshop. 14.–16. Dezember: HD Kameraworkshop. 17. Dezember: HD-Forum – technische Aspekte und gestalterische Möglichkeiten.
IP, Stuttgart. Schreiben für Kino und TV: 15./16. Dezember: Die Reise des Helden, 7. Januar: Dramaturgisches Handwerkszeug, 8./9. Januar: Dialoggestaltung.
KFH, Köln. 15./16. Dezember: Final Cut II.
MC, Hannover. 3.–7.12.2007: Bildgestaltung im Dokumentarfilm – Bilddramaturgie und Lichtgestaltung mit praktischen Übungen (16mm Kamera). 13. bis 15. Dezember: Der mutige Blick – Dokumentarfilm bis zur Schmerzgrenze und darüber hinaus. Welche Elemente – Inhalt und Form – sind die Bausteine? 16./17. Dezember: Formatentwicklung für den internationalen Markt.
RTL, Köln. 15./16. Dezember: Praktikum-TV-Workshop – auf dem Weg zum Volontariat.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 17./18. Dezember: Public Relations – Krisen/Aufbau-seminar. 17. bis 19. Dezember: MiR – Blattmachen. 19. bis 21. Dezember: Redigieren – PR. 7. bis 11. Januar: Public Relations.
AFP, Hamburg. 16. bis 18. Januar: PR-Werkstatt – Schreiben, Stil und Sprache.
AKAD, Berlin. 8. Januar: Beginn Online-Kurs „Akquise ohne Akquise“.
APB, Tutzing. 17./18. Dezember: Schlagkräftige Bilder – Jugendgewalt und Medien.

► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind abrufbar bei: http://mmm.verdi.de/adressen_seminare

ABP Fon 089/49 99 92 – 0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28/259 00 – 0, www.abzv.de
ADB Fon 089/29 19 53 84, www.buchakademie.de
AFP Fon 040/41 47 96 -0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AKAD Fon 030/61655 – 0, www.akademie.de
APB Fon: 081 58/256 – 0, www.apb-tutzing.de
BKB Fon 053 31/808 – 418, www.bundesakademie.de
COP Fon 02 21/739 32 62, www.cop-morrien.de
DHA Fon 02 08/62 13 50, www.hoerfunkakademie.de
DGB Fon 023 24/50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de
DWH Fon 040/39 03 722, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de
FHB Fon 040/399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de
IFP Fon 089/54 91 03 -0, www.ifp-kma.de
FHF Fon: 069/133 799 94, www.filmhaus-frankfurt.de
IFFMA Fon 089/89 39 89 60, www.iffma.de
IP Fon 0711/997 86 91, www.interspherial.com
JHB Fon 023 31/365 – 6 00, www.hausbusch.de
KEP Fon 064 41/91 51 66, www.cma-medienakademie.de
KFH Fon 02 21/222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de
KLARA Fon 030/690 415 85, www.klaraberlin.de
MAC Fon 089/544 151 – 74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41/41/226 33 33, www.maz.ch
MC Fon: 0511/440500, www.mediacampanus.de
MEZ Fon 030/68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MH Fon 040/306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
RTL Fon 02 21/82 02 – 0, www.rtl-journalistenschule.de

COP, Köln. 17./18. Dezember sowie 14./15. Januar: Perspektivenwechsel für Medienprofis: Gefördertes Coaching für neue Chancen. 11./12. Januar: Sinnstiftende Perspektiven und Karrieren für Medienschaffende. Weitere Coaching- und Karriereseminare unter: www.cop-morrien.de.
JHB, Hagen. 7. bis 9. Januar: Krisen-PR.
KLARA, Berlin. 15./16. Januar: Relaunch und Optimierung.
MAZ, Luzern. 7./8. Januar: Arbeitstechnik – Im Druck sein ohne Stress.
MEZ, Berlin. 15. Dezember: Pressearbeit.

Referentin: Doris Banzhaf, Journalistin, dju, Ort: Universität Freiburg, Informationen: Joachim Ruth, DGB-Hochschulinformationsbüro, Fon: 07 61/388 47 22, E-Mail: joachim.ruth@dgb.de, www.hib.de.

Deutsch-Polnischer Journalistenpreis

POTSDAM/ WARSCHAU. Die Robert-Bosch-Stiftung, die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, das Land Brandenburg und die Partnerregionen unterstützen den Journalistenpreis als Bestandteil der Deutsch-Polnischen Medientage. Für die Kategorien Fernsehen, Hörfunk und Presse wird jeweils ein Preisgeld von 5.000 Euro ausgelobt. Die Veröffentlichungen sollen sich mit der deutsch-polnischen Verständigung befassen. Bewerben können sich deutsch- und polnischsprachige Journalisten, Sender und Verlage aus Deutschland und Polen mit 2007 veröffentlichten Beiträgen aus Hörfunk, Fernsehen oder Presse. Einsendeschluss: 15. Januar. Informationen: Manfred Krohe, Staatskanzlei Brandenburg, Geschäftsstelle Deutsch-Polnischer Journalis-

termine

Journalismus

„Fuß fassen“ im Journalismus
 FREIBURG. Ein Vortrag am 29. November, 18.15 Uhr richtet sich an Studenten, die sich für eine journalistische Tätigkeit interessieren. Erläutert werden Ausbildungswege, Berufsbild des Journalisten und Berufschancen.

tenpreis, Fon: 0331/866 1282, E-Mail: Manfred.Krohe@stk.brandenburg.de, www.medientage.org oder www.deutsch-polnischer-journalistenpreis.de.

Aktuelle IJP-Stipendien

KÖNIGSSTEIN. Die gemeinnützige Organisation der „Internationalen Journalisten-Programme“ (IJP) bietet talentierten Journalisten bis zu 35 Jahren die Möglichkeit, einige Monate im Ausland zu recherchieren, um darüber zu schreiben bzw. als Korrespondent zu berichten. Zurzeit laufen Bewerbungsfristen für folgende Stipendien: 30. November: Deutsch-Nordeuropäisches Journalistenstipendium; 2. Januar: Deutsch-Asiatisches Journalistenstipendium; 31. Januar: Deutsch-Südliches Afrika Journalistenstipendium; 28. Februar: Deutsch-Amerikanisches Journalistenstipendium. Informationen: IJP e.V., Fon: 061 74/77 07, E-Mail: info@ijp.org, Internet: www.ijp.org.

Journalisten-Fellowships

BERLIN. Die Europäischen Journalisten-Fellowships an der Freien Universität Berlin ermöglichen es Journalisten, bei einem zweisemestrigen Studienaufenthalt in Berlin ein größeres Rechercheprojekt zu verfolgen. Bewerben können sich Journalisten aus ganz Europa und den USA. Die Stipendien werden für zehn bis zwölf Monate gewährt und sind mit monatlich 800 bis 1.300 Euro dotiert. Bewerbungsfrist für das Superior Stipendium der Studienstiftung des Berliner Abgeordnetenhauses: 10. Dezember. Bewerbungsschluss für alle andere EJJF-Stipendien: 31. Januar. Informationen: Europäische Journalisten-Fellowships, Fon: 030/83 85 – 3315, E-Mail: info@ejf.fu-berlin.de, Internet: www.ejf.fu-berlin.de.

Henri-Nannen-Preis

HAMBURG. Der Medienpreis wird in fünf Kategorien ausgeschrieben: für die beste Reportage (Egon-Erwin-Kisch-Preis), für die beste investigative Leistung, für eine besonders gute Berichterstattung über einen komplexen aktuellen oder geschichtlichen Sachverhalt, für ein herausragendes Beispiel unterhaltender Berichterstattung sowie für eine herausragende fotografische Autorenleistung. Außerdem wird je ein Preis für herausragendes Eintreten für die Unabhängigkeit der Presse und für ein journalistisches Lebenswerk verliehen. Jede Kategorie ist mit 5.000 € dotiert. Einsendeschluss: 15. Januar.

Kontakt: Henri-Nannen-Preis, Dr. Andreas Knaut, Fon: 040/37 03 – 31 13, E-Mail: knaut.andreas@guj.de, www.henri-nannen-preis.de.

Journalismus – ein Traumberuf?

FREIBURG. Rund ein Viertel der Abiturienten will beruflich „etwas mit Medien“ machen. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, erklärt ein Tagesseminar in Freiburg am 19. Januar. Inhalte sind journalistische Praktika im In- und Ausland, klassische und neue Ausbildungswege, berufliche Netzwerke sowie der Einstieg in den freien Journalismus. Referentin: Susanne Stracke-Neumann, dju. Anmeldeschluss: 15. Dezember 2007. Seminargebühr: 20 € (Gewerkschaftsmitglieder 10 €). Informationen: Joachim Ruth, DGB-Hochschulinformationsbüro, Fon: 0 761/29 28 18 61, E-Mail: joachim.ruth@dgb.de, www.suedbaden-hochrhein.dgb.de, www.hib-freiburg.de.

DRK-Medienpreis

BREMEN. Beiträge, die für den bundesweiten DRK-Medienpreis aus Bremen eingereicht werden, sollen sich auf einzelne Grundsätze des Roten Kreuzes beziehen lassen: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit, Universalität. Alle Stilformen sind zugelassen. Die Beiträge müssen 2006 oder 2007 in Presse, Funk oder Fernsehen veröffentlicht worden sein. Der Preis ist mit insgesamt 10.000 € dotiert. Einsendeschluss: 31. Dezember. Informationen: Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Bremen e.V., Werner Georgi, 04 21/34 03 159, E-Mail: medienpreis@drk-bremen.de, Internet: www.drk-bremen.

proDente Journalistenpreis

KÖLN. Die Initiative proDente zeichnet herausragende Arbeiten aus, die

zahnmedizinische und zahntechnische Themen einer breiten Öffentlichkeit allgemein verständlich und zugänglich machen. Teilnehmen können hauptberuflich tätige Journalisten aller Sparten und Redaktionsteams. Zugelassen sind alle journalistischen Stilformen wie Reportage, Feature, Hintergrundbericht. Eingereicht werden können pro Bewerber max. drei 2007 veröffentlichte Beiträge. Der Preis ist mit insgesamt 6.000 € dotiert. Einsendeschluss: 15. Januar. Informationen: proDente, Fon: 02 21/17 09 97 40, E-Mail: info@prodente.de, Internet: www.prodente.de.

Publizistik-Preis Stiftung Gesundheit

HAMBURG. Ausgezeichnet wird hervorragender Medizin-Journalismus, der gesundheitliches Wissen für Publikum und Patienten anschaulich vermittelt und Zusammenhänge transparent darstellt. Arbeiten, die 2007 in Zeitungen, Zeitschriften, Radio, Fernsehen, Internet oder Büchern veröffentlicht wurden, können eingereicht werden, auch das Gesamtwerk eines Publizisten. Die Auszeichnung ist mit 2.500 € dotiert. Einsendeschluss: 15. Januar. Informationen: Stiftung Gesundheit, Fon: 040/80 90 87–0, E-Mail: preis@stiftung-gesundheit.de, www.stiftung-gesundheit.de.

Europäischer Medizinjournalistenpreis

STUTT GART. Der Preis soll der Bedeutung medizinjournalistischer Berichterstattung über die Grenzen Deutschlands hinaus Rechnung tragen. Der Europäische Journalistenpreis wird von der Bayer HealthCare AG, Leverkusen, gestiftet. Der Preis wird vergeben für Arbeiten, die in Europa in Print-Medien, im Hörfunk, Fernsehen oder Film veröffentlicht wurden.

Der Preis ist mit 7.500 € dotiert und kann geteilt werden. Einsendeschluss: 31. Dezember. Informationen: Verband Deutscher Medizinjournalisten, Fon: 07 11/720 712 – 10, E-Mail: www.journalistenvereinigung.de.

Alex-Spielepreis

BAD NENNDORF. Die Spieleautoren-zunft SAZ vergibt den mit insgesamt 1.000 Euro dotierten Medienpreis ALEX 2008. Prämiiert werden Journalisten, die 2007 mit Beiträgen in Zeitungen oder Zeitschriften, im Hörfunk, im Fernsehen oder im Internet das Erlebnis Spielen und die gesellschaftliche Bedeutung des Spiels einer breiten Öffentlichkeit nahe gebracht haben. Einsendeschluss: 31. Dezember. Informationen: Anja Wrede, Fon: 057 23/79 87 93, E-Mail: alex@spieleautorenzunft.de, www.spieleautorenzunft.de/deutsch/alex/index.html.

Fotografie

Canon ProfiFoto Förderpreis

JÜCHEN. Gefördert werden fünf Fotografie-Projekte, die erst noch realisiert bzw. erweitert oder beendet werden sollen, wie zum Beispiel Diplomarbeiten, Semesteraufgaben oder freie Arbeiten mit je 2.000 €. Teilnehmen können alle, die ihre Ausbildung in Fotografie oder Foto-Design gerade absolvieren oder abgeschlossen haben und professionell in der Fotografie oder artverwandten Berufsgruppen tätig sind. Das Höchstalter beträgt 30 Jahre. Arbeitsproben der Bewerber werden in einer Online-Galerie präsentiert. Bewerbung ausschließlich online bis 9. Januar. Informationen: Fon: 0 21 65/87 21 73, E-Mail: profifoto@buero-grg.de, www.canon-profifoto-foerderpreis.de.

Film

DOK.FEST

MÜNCHEN. Das 23. Internationale Dokumentarfilmfestival „DOK.FEST München“ findet vom 1. bis 7. Mai 2008 statt. Präsentiert werden herausragende künstlerische Dokumentarfilme aus aller Welt. Eingereichte Beiträge müssen nach dem 1. Januar 2007 produziert worden sein. DOK.FEST wird u.a. gefördert von der Bayerischen Staatskanzlei, vom Auswärtigen Amt und von der Bayerischen Rundfunk und Telepool GmbH. Es werden Preise in Höhe von rund 20.000 € vergeben. Anmeldeschluss für Filme: 10. Januar. Informationen:

Vom 12. bis 14. Dezember in Berlin Zeit- und Selbstmanagement für Selbstständige

Zeit ist für Selbstständige zu einem wesentlichen Faktor geworden, die Möglichkeit sich zu verzetteln ist hoch. Es stellt sich die Frage, wie Einfluss zu nehmen ist, um diesen Stressfaktor zu minimieren. Das Seminar möchte dazu anregen, souverän mit der Zeit umzugehen, mehr selbst bestimmte Zeit zu erleben und Zeitmanagementinstrumente als Hilfsmittel zu nutzen. Referentin: Gabriele Haben. Kosten (Seminar inkl. Verpflegung – bezahlbar bar vor Ort): 100 € für ver.di-Mitglieder (inkl. Übernachtung und Reisekostenzuschuss), 250 € für Nicht-Mitglieder. Anmeldung: <http://shorterlink.de/?0ae898>, erika.palm@verdi.de.

DOK.FEST, Fon: 089/51 39 97 88,
E-Mail: info@dokfest-muenchen.de,
www.dokfest-muenchen.de.

Internationales Trickfilmfestival STUTTGART. Zum Trickfilmfestival, das vom 1. bis 6. Mai 2008 in Stuttgart stattfindet, können noch abgeschlossene Trickfilme auf VHS (PAL, NTSC) oder DVD (Regionalcode 1 oder 2 bzw. ohne Regionalcode) eingereicht werden. Einsendeschluss: 1. Dezember. Informationen: Film- und Medienfestival GmbH, Andrea Bauer, Fon: 07 11/92546-117, www.itfs.de E-Mail: bauer@festival-gmbh.de

Jugendvideopreis Young Media REMSCHEID. Kreative Filmer unter 26 Jahren aus Deutschland können ihre besten Arbeiten für das Young Media Festival vom 13. bis 15. Juni 2008 in Ludwigsburg ins Rennen schicken. Thema, Genre und Stil unterliegen keinen Beschränkungen, entscheidend sind originelle Ideen, eigene Sichtweisen und eine frische Ästhetik. Das Bundesjugendministerium vergibt Prämien im Gesamtwert von 13.000 Euro, gewertet wird nach Altersgruppen. Neben dem freien Wettbewerb wird ein Preis zum Thema „Welche Zukunft!“ vergeben, Extra-Prämien gibt es für Animation und Teamwork. Einsendeschluss: 15. Januar. Informationen: KJF-Medienwettbewerbe, Deutscher Jugendvideopreis, Fon: 0 21 91/79 42 38, E-Mail: juvi@kjf.de, www.jugendvideopreis.de.

Video der Generationen REMSCHEID. Bei freier Themenwahl sind Dokumentationen, Zeitzeugen-Porträts, Spielfilme, Trickfilme, Experimentalvideos erlaubt. Gefragt sind Filme mit individueller Sichtweise, die berühren oder locker und humorvoll daherkommen. Besonders erwünscht ist der Blick älterer Generationen auf junge Menschen und umgekehrt. Das Sonderthema lautet Video-Briefe, in dem ein Brief filmisch umgesetzt sein soll. Zugelassen sind zwei max. 60 Minuten lange Beiträge (Video-Briefe: fünf Minuten) je Gruppe oder Teilnehmer. Sie dürfen nicht vor 2006 produziert worden sein. Ausgelobt sind Geldpreise im Gesamtwert von 6.000 Euro und Sachpreise im Wert von 3.000 Euro. Einsendeschluss: 15. Januar. Informationen: Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland (KJF), Video der Generationen, Fon: 021 91/79 42 57, E-Mail: vdg@kjf.de, www.kjf.de

Vom 17. bis 19. Dezember in Frankfurt
Akquisitionstraining für Freiberufler

Akquisition gehört für Freiberufler und Selbständige zum Berufsalltag: Das eigene Angebot präsentieren, Kontakt aufnehmen, geschickt verhandeln, eine Verkaufsbeziehung aufbauen, die für beide Seiten gewinnbringend ist. Das setzt voraus, dass Selbstständige ihre Zielgruppe und ihren Markt kennen. Das Seminar hilft, die eigene Akquisitionsstrategie und das Akquisitionsverhalten zu überprüfen, Planungs-, Verhandlungs- und Gesprächsführungsmethoden zu erlernen und auszuprobieren. Im Fokus stehen die richtige Akquisitionsstrategie für die eigene Person und das eigene Geschäftsvorhaben. Anmeldung: <http://shorterlink.de/?71b9d9>, erika.palm@verdi.de.

Varia

Journalismus crossmedial MÜNCHEN. Am 26. Januar beginnt der 9-monatige berufsbegleitende Lehrgang „Journalismus crossmedial“. Im Blended-Learning-Verfahren (Präsenzkurs an 9 Wochenenden plus E-Learning) erlernen die Teilnehmer das Handwerk des crossmedialen Journalismus, vertiefen es in einer Projektarbeit und erwerben ein Zertifikat. Schwerpunkte sind Online-Journalismus, Hypertext mit HTML, Digitale Bildbearbeitung, Ziele, Konzepte und Strategien des crossmedialen Journalismus sowie digitaler Audio- bzw. Videoschnitt. Der Kurs kostet 3.500 €, dju-Mitglieder, die sich privat weiterbilden, erhalten 50 Prozent Rabatt. Informationen: Journalistenakademie, Fon: 089/167 51 06, E-Mail: info@journalistenakademie.de, www.journalistenakademie.de.

Stipendien Medienkunst HALLE. Die Werkleitz Gesellschaft Halle beteiligt sich am Programm „European Media Artists in Residence Exchange“ (EMARE), das Stipendien für Medienkünstler in Deutschland, England, Bulgarien und den Niederlanden vergibt. 16 Stipendien werden vergeben. 2009 folgt die Präsentation aller Projekte in einer großen Ausstellung in Halle (Saale). In Europa lebende Medienkünstler aus den Bereichen Digitale Medien, Internet und Computerkunst, Film/Video und Sound können sich für ein zweimonatiges Stipendium bewerben. Geboten werden 2.000 Euro, freie Unterkunft, ein Reisekostenzuschuss, Zugang zur Technik sowie Teilnahme an der Ausstellung 2009. Bewerbungsschluss: 7. Januar. Informationen: Werkleitz Gesellschaft e.V. Halle, Peter Zorn, Fon: 03 45/682 46-0, E-Mail: emare@werkleitz.de, www.werkleitz.de/emare

Kompetente Beratung FREIBURG. Erwerbstätige Studierende und solche, die es werden wollen, lassen sich seit fünf Jahren in Freiburg beim DGB Hochschulinformationsbüro kompetent beraten. Veranstaltungen über arbeits- und sozialrechtliche Fragen, Exkursionen zu potenziellen Arbeitgebern, Vorträge zum Berufseinstieg und Betriebsexkursionen machen „Fit für den Traumjob“. Referenten aus den Gewerkschaften informieren über Arbeitsmärkte, einzelne Branchen, Einstiegsgehälter, Praktika oder prekäre Beschäftigung. Im Wintersemester wird das Berufsfeld Medien vorgestellt. Das Semesterprogramm ist online. Kontakt: DGB-Hochschulinformationsbüro (HIB), Joachim Ruth, DB-Regionssekretär Südbaden-Hochrhein, Fon: 0761/388 47 22, www.hib-freiburg.de.

leute

Gabriella Bandel, Leiterin des Kurzfilmwettbewerbs beim Saarbrücker Filmfestival Max Ophüls Preis, und der Programmleiter **Philipp Bräuer** übernehmen wegen Erkrankung der Festivalchefin **Birgit Johnson** kommissarisch die Leitung des Festivals für Nachwuchs-Filmemacher.

Manfred Braun, bisher Geschäftsleitungs-Mitglied bei der Bauer Verlagsgruppe, wurde Leiter der Zeitschriftensparte der WAZ Mediengruppe.

Peter Brors, derzeit NRW-Korrespondent des Manager Magazins, folgt zum 1. Februar 2008 als stellv. Chefredakteur des Handelsblatts auf **Michael Backfisch,** der das neue Korrespondentenbüro des Blatts in Dubai aufbauen soll.

Nico Fried, Mitglied des Berliner SZ-Büros, folgte als Leiter der Parlamentsredaktion auf **Christoph Schwenicke,** der zum Spiegel wechselte.

Der Jurist **Thomas Fuchs,** bisher in der Hamburger Senatsverwaltung Abteilungsleiter in der Kulturbehörde, wurde zum Direktor der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein gewählt.

Martin Hanusch, Chefredakteur der evangelischen Zeitung Die Kirche in Sachsen-Anhalt, übernahm zusätzlich die Chefredaktion der Thüringer Kirchenzeitung Glaube und Heimat von **Christine Lässig,** die in den Ruhestand trat.

Christoph Hardt, bisher Leiter des Münchner Handelsblatt-Büros, folgt zum 1. Januar 2008 als Leiter des Ressorts Unternehmen + Märkte auf **Marcello Berni,** der als Leiter Unternehmenskommunikation zu der Großbank Unicredit (Mailand) wechselte.

Andreas Hieke, bisher Moderator der regionalen Nachrichtensendung „hessen aktuell“ (HR), folgte als Moderator der „Hessenschau“ auf **Sascha Hingst,** der zum RBB wechselte.

Gerhard Hofmann, bisher politischer Chefkorrespondent bei RTL und n-tv, verließ die beiden Sender.

Personalien bei Hubert Burda Media: **Petra Pfaller** wurde bei Amica zur Stellv. der Chefredakteurin ernannt. **Annette Weber,** bisher stellv. Chefredakteurin von InStyle, wurde Chefredakteurin neben **Patricia Riekel,** die zugleich Redaktionsdirektorin der Burda People Group ist. **Marianne von Waldenfels** rückte bei InStyle zur stellv. Chefredakteurin auf; **Corinna von Bassewitz** übernahm die Position des Executive Editors. **Jennifer Dixon** wurde Ressortleiterin Mode.

Thomas Kausch, bis vor kurzem Nachrichtenmoderator bei SAT.1, wird bei der ARD die Sendung „Geheimnis Geschichte“ präsentieren.

Hans Werner Kilz' Vertrag als Chefredakteur der SZ wurde von der Mediengruppe Süddeutscher Verlag bis Ende 2010 verlängert. **Robert Roßmann,** zuletzt Parlamentskorrespondent der SZ in Berlin, folgte als Leiter des Newsdesks auf **Wolfgang Krach,** der stellv. Chefredakteur des Blatts wurde.

Eva Kohlrusch (Hamburg) wurde als Vorsitzende des Journalistinnenbunds wiedergewählt; stellv. Vorsitzende ist **Rosemarie Mieder** (Berlin).

DJV-Bundesvorsitzender **Michael Konken** wurde auf dem DJV-Verbandstag in Saarbrücken in seinem Amt bestätigt. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden die freie Medienjournalistin und frühere Journalist-Chefredakteurin **Ulrike Kaiser** und der freie Journalist **Michael Anger**, der seit 2003 als Beisitzer dem Bundesvorstand angehörte, gewählt. Die bisherigen Stellvertreter **Uli Remmel** und **Volker Hummel** hatten nicht mehr kandidiert. Neuer Schatzmeister ist der freie Online-Journalist **Andreas Bittner**.

Personalien beim NDR: **Juliane Eisenführ**, bisher Moderatorin („Weltbilder“) und stellv. Leiterin der Abteilung Ausland und Aktuelles, löst zum 1. Januar 2008 als Chefin von NDR 90,3, dem Stadtradio für Hamburg, **Claudia Spiewak** ab, die Hörfunk-Chefredakteurin und Leiterin des Radioprogramms NDR Info wird.

Ebenfalls Anfang 2008 folgt **Martin Ganslmeier**, derzeit Leiter der SR-Intendant, als Leiter der Intendantz des NDR auf **Volker Thormählen**, der am 1. Dezember sein Amt als Leiter der NDR 1 Welle Nord und stellv. Direktor des Landesfunkhauses Schleswig-Holstein antritt.

Annette Dittert, zuletzt Leiterin des ARD-Fernsehstudios New York, löst zum 1. August 2008 in gleicher Funktion in London **Uwe Schwering** ab, der in den Programmbereich Zeitgeschehen nach Hamburg zurückkehrt.

Der Rundfunkrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) hat am 1. November die Direktoren für die zweite Amtszeit von Intendantin Dagmar Reim gewählt. Dr. **Claudia Nothelle** wird neue Fernsehleiterin des Senders, **Christoph Singelstein** neuer Hörfunkdirektor. Das neu geschaffene Direktorat für Recht und Unternehmensentwicklung übernimmt Dr. **Reinhard Binder**. **Hagen Brandstätter** bleibt Verwaltungsdirektor, **Nawid Goudarzi** Produktions- und Betriebsdirektor. Die neue Amtszeit beginnt am 1. Mai

2008. Der derzeitige Fernsehdirektor **Gabriel Heim** wird den Sender nach Ablauf seiner Amtszeit auf eigenen Wunsch verlassen. Hörfunkdirektorin **Hannelore Steer** tritt nach Vollendung des 65. Lebensjahres am 1. Mai 2008 in den Ruhestand.

Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost – 1. Vorsitzender: **Jan Zappner**; 2. Vorsitzende: **Christina Hebel**; Schatzmeisterin: **Melanie Longerich**; Beisitzer: **Christian Mihr**, **Steffen Neumann**, **Bára Procházková** und **Silja Schultheis**.

Nik Niethammer, bisher Bereichsleiter Magazine bei SAT.1, wurde Chefredakteur des Senders und ist künftig auch für den Bereich Information zuständig.

Klaus Nilius, langjähriger Pressesprecher und Leiter der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fachhochschule Kiel sowie früher in diversen Ämtern für die dju aktiv, trat in den Ruhestand. Nachfolgerin wurde **Frauke Schäfer**, zuvor vor allem als Rundfunkjournalistin (NDR) tätig.

Ursula Ott, stellv. Chefredakteurin des evangelischen Monatsmagazins *chrismon*, moderiert die wieder aufgenommene und neu konzipierte evangelische TV-Talkshow „Tacheles“ (Phoenix).

Die Journalistin und Autorin Dr. **Sabine Pamperrien** folgte als Chefredakteurin des Medienmagazins *Berliner Journalisten* auf **Burkhard Schröder**, der weiter für das Blatt schreiben wird.

Helmut Poßmann, bisher Finanzvorstand der F.W. Murnau-Stiftung (Wiesbaden), löst als Vorstandsvorsitzender **Friedemann Beyer** ab, der wegen „unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Ausrichtung der Stiftung“ ausscheidet. Die F.W. Murnau-Stiftung widmet sich der Erhaltung und Rekonstruktion alter deutscher Filme und verfügt über einen umfangreichen Bestand von Filmrechten.

Michael Radtke, bislang Chefredakteur der Münchner Abendzeitung, verließ das Blatt wegen „unterschiedlicher konzeptioneller Vorstellungen“. Auch der bisherige Vize-Chefredakteur **Torsten Fricke** scheidet Ende November aus und wird Unternehmenssprecher bei Premiere. Zu stellv. Chefredakteuren wurden **Gunnar Jans**,

Leiter des Ressorts Sport, und Lokalchef **Georg Thanscheidt** berufen.

Christof Schmidbauer, bisher Redaktionsleiter bei den dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten, rückte zum stellv. Chefredakteur auf. Redaktionsleiter der Finanz-Nachrichtenagentur wurden **Stephan Keil** und **Bernd Zeberl**, beide bislang Chefs vom Dienst.

Klaus Schrotthofer, Chefredakteur der Westfälischen Rundschau (Dortmund, WAZ Medien-gruppe), wird zum 1. Januar 2008 neben **Wilfried Goosmann** Geschäftsführer der Zeitungsgruppe Thüringen (Erfurt). Bei der Westfälischen Rundschau folgt ihm **Kathrin Lenzer** nach, derzeit Leiterin des Ressorts Report bei der Rheinischen Post (Düsseldorf).

preise

Für den Film „Adamas“ im Full Dome Format wurden die deutsche Produktionsfirma Softmachine und ihr Production Designer **Eckhard Rocholl**, Professor für Mediendesign und Studiengangsleiter Digitale Medienproduktion an der Macromedia Fachhochschule der Medien, beim internationalen Filmfestival für 360° Full Dome Produktionen in Albuquerque / New Mexico mit dem Domefest Award in der Kategorie „Best use of Dome“ ausgezeichnet.

Fatih Akin erhielt für seinen Film „Auf der anderen Seite“ den Filmpreis Lux des Europaparlaments, der zum ersten Mal vergeben wurde.

Der ökumenische Verein „Andere Zeiten“ (Hamburg) vergab einen Journalistenpreis für Beiträge zum Thema „Fasten“. 1. Preis (3.000 €): **Matthias Morgenroth** für die Reportage „Heute schon gelebt? – Wenn der beschleunigten Gesellschaft die Luft ausgeht“ (Bayern 2 Radio); 2. Preis (2.000 €): **Paul-Josef Raue** für den Beitrag „Entdeckung des langsamen Lebens“ (Braunschweiger Zeitung); 3. Preis (1.000 €): **Ursula Ott** für den Artikel „Bin gleich wieder da“ (chrismon).

Ayelet Bargur (Israel) gewann mit dem Film „Das Haus in der Auguststraße“ (RBB / MDR / Israelisches Fernsehen) beim Haifa International Film Festival den zweiten Preis in der Kategorie Dokumentarfilm.

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien,
Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank
Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich),
Telefon 030/69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung/
Karin Wenk, Redaktion M,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Fax: 030/69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und
Bilder übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung. Gezeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Anzeigen:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstraße 30, 10969 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030/255 94 – 150
Fax: 030/255 94 – 190
E-Mail: blum@vorwaerts.de

Gültige Anzeigenpreisliste:

Nr. 12 gültig ab 1.1.2007

M im Internet

http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171/343 88 10

Druck und Vertrieb:

alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:

36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,
Telefon 0711/700 15 30. Für Mitglieder
der Medien-Fachgruppen ist die Bezugs-
gebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten.
ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgrup-
pen zahlen 18 € – eine gesonderte Be-
stellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:

„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:

M 11.2007: 1.11.2007

M 12.2007: 29.11.2007

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

► Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände ... oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M“: Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Der Filmemacher **Harald Bergmann** (Berlin/Köln) erhielt für sein Gesamtwerk, insbesondere für seine intensive Auseinandersetzung mit Leben und Werk Hölderlins den mit 10.000 € dotierten Tübinger Hölderlin-Preis.

19. BFF-Förderpreis & Reinhart-Wolf-Preis für Hochschulabsolventen im Bereich Fotografie (insgesamt 15.000 €) – Hauptpreis/Reinhart-Wolf-Preis: **Tobias Kresse** (FH Bielefeld); Förderpreis des Bunds Freischaffender Foto-Designer (BFF): **Victor de Castro** (ECAL – University of art and design Lausanne); **Tatjana Hallbaum** (FH Hannover); **Christian Köhler** (Bergische Universität, Wuppertal) und **Sabine Springer** (FH Dortmund).

Der Negativpreis BigBrotherAward Deutschland wird an Firmen, Institutionen, Behörden und Politiker vergeben, die Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung besonders missachten. Der „Oscar für Datenkraken“ 2007 ging u. a. an die Bundesministerin der Justiz, **Brigitte Zypries**, für den Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten, und an Generalbundesanwältin **Monika Harms** für repressive Maßnahmen gegen Gegner des G8-Gipfels. In der Jury vertreten sind u. a. die Internationale Liga für Menschenrechte, der Chaos Computer Club und die Humanistische Union. Weitere Infos und Preisträger: www.bigbrotherawards.de.

Wibke Bruhns, Journalistin und Autorin („Meines Vaters Land“), wurde für ihr journalistisches Lebenswerk mit der Hedwig-Dohm-Urkunde des Journalistinnenbunds geehrt. Die Nachwuchspreise gingen an **Nicole Rosenbach** für die Fernsehreportage „Drillinge! – Conni will es packen – auch ohne Mann“ („Menschen hautnah“, WDR) sowie an **Tina Murzik-Kaufmann** und **Julia Waldmann** für den Film „Anfänger im Talar – das erste Jahr als Pfarrer“ (MDR).

Am CNN Journalist Award, einer Nachwuchsförderung des Nachrichtensenders CNN International, konnten Journalisten aus europäischen Ländern teilnehmen, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ihrer Beiträge nicht älter als 34 Jahre waren. Gesamtsieger „CNN Journalist des Jahres 2007“: **Christoph Feurstein** (ORF) mit einer Fernseh-Sondersendung zum 20. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl; Radio: **Frank Kühn** für seine Reportage „11. September 2001“ („Zeitzeichen“, WDR); Print: **Henning Sußebach** für den Beitrag „Schulz zieht in den Krieg“ (Die Zeit); Foto: **Christian Langbehn** (actionpress); Online: **Daran Hassanzadeh** und **Philipp Müller** für „Weihnachten global – Wer macht unsere Geschenke?“ (zdf.de). Die Preise waren mit je 1.000 € dotiert.

Der Deutsche Comedy Preis wird von RTL ausgelobt. Die Preisträger 2007 – Comedy Serie: „Kinder, Kinder“ (RTL); Sketch Comedy: „Switch Reloaded“ (ProSieben); Comedy Show: „Frei Schnauze XXL“ (RTL); Schauspielerin: **Anke Engelke**; Schauspieler: **Christoph Maria Herbst** („Stromberg“, ProSieben); Komikerin: **Gaby Köster**; Komiker: **Hape Kerkeling**; Filmkomödie: „7 Zwerge – Der Wald ist nicht genug“; Newcomer: **Cindy** aus Marzahn; Live Comedy: **Mario Barth**; Ehrenpreis: **Vicco von Bülow/Loriot**.

Der Deutsche Journalistenpreis Börse – Finanzen – Wirtschaft (djp) wurde, initiiert von der PR-Agentur Northhoff.Com Public Relations (Frankfurt), von einem halben Dutzend Finanzfirmen zum ersten Mal ausgeschrieben, und zwar für die Bereiche Vermögensverwaltung, Private Equity und M&A sowie Immobilienwirtschaft. Vermögensverwaltung – 1. Preis: **Robert von Heusinger** (Die Zeit); 2. Preis: **Nadine Oberhuber** (Die Zeit); 3. Preis: **Frank Stocker** und **Jan Dams** (Welt am Sonntag); Sonderpreis Sprache: Prof. Dr. **Hanno Beck** (FAZ); Sonderpreis Recherche: **Stefan Jäger**

(Die Zeit). Private Equity und M&A – 1. Preis: **Walther Becker** (Börsen-Zeitung) und **Markus Dentz** (Finance); 3. Preis: **Andreas Uhde** (Venture Capital Magazin); Sonderpreis Sprache: **Martin Hesse** (SZ); Sonderpreis Recherche: **Michael Hedtstück** (Finance). Immobilienwirtschaft – 1. Preis: **Norbert Kuls** und **Birgit Ochs** (FAZ); 2. Preis: **Ingmar Höhmann** (FAS); 3. Preis: **Christina Rathmann** (Börsen-Zeitung); Sonderpreis Sprache: **Beatrix Boutonnet** (Fonds & Co); Sonderpreis Recherche: **Stefan Rullkötter**, **Joachim Althof**, **Jörg Lang** und **Ulrich Lohrer** (Euro). Die Preisgelder betragen insgesamt 42.000 €, von denen 9.000 € gemeinnützigen Zwecken zufließen, die von den Preisträgern bestimmt wurden.

Die wichtigsten Preisträger des 50. Internationalen Festivals für Dokumentar- und Animationsfilm Leipzig im Überblick: Goldene Taube (10.000 €) für den besten langen Dokumentarfilm: „Nu te supara, dar ...“ („Don't Get Me Wrong“) von **Adina Pintilie** (Rumänien). Silberne Taube für lange Dokumentarfilme (3.000 €): „Kinder. Wie die Zeit vergeht.“ von **Thomas Heise** (Deutschland). Goldene Taube für den besten kurzen Dokumentarfilm (5.000 €): „Merely a Smell“ von **Maher Abi Samra** (Libanon). Zweitausendeins Filmpreis für den besten Deutschen Dokumentarfilm (10.000 Euro): „Nach der Musik“ von **Igor Heitzmann** (Deutschland). Talent-Taube der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig in Verbindung mit 10.000 € als Anschubfinanzierung für das nächste Dokumentarfilmprojekt: „Someone Like You“ von **Nanna Frank Møller** (Dänemark). Goldene Taube (5.000 €) für den besten Animationsfilm: „Life Line“ von **Tomek Ducki** (Ungarn). Silberne Taube für internationalen Animationsfilm (2.000 €): „Franz Kafka's A Country Doctor“ von **Koji Yamamura** (Japan). Discovery Channel Audience Award (5.000 €) mit Publikumsstimmen: „Sportsfreund Lötzsch“ von **Sandra Prectel** und **Sascha Hilpert** (Deutschland). MDR-Film-Preis für einen herausragenden osteuropäischen Dokumentarfilm (3.000 €): „The Mother“ (La Mère) von **Antoine Cattin** und **Pawel Kostomarov** (Schweiz, Frankreich, Russische Föderation). DEFA-Förderpreis als Stipendium in Höhe von 4.000 €: „Heinz und Fred“ von **Mario Schneider** (Deutschland). verdi (1.500 €): „Rain in My Heart“ von **Paul Watson** (Vereinigtes König-

reich) (siehe auch S. 11). Preis der Ökumenischen Jury: „Stone Silence“ von **Krzysztof Kopiczynski** (Polen). Preis der FIPRESCI-JURY (Fédération Internationale de la Presse Cinématographique): „Behave“ („Juizo“) von **Maria Augusta Ramos** (Brasilien). Jugendpreis der Filmschule Leipzig e. V.: „Draußen bleiben“ von **Alexander Riedel** (Deutschland). MEPHISTO 97,6-Publikumspreis: „Latory – Lovestory“ von **Konstantin Bronzit** (Russische Föderation).

EU-Journalistenpreis „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ – Sieger aus dem deutschen Vorentscheid: „Wo die wilden Kerle wohnen“ von **Edith Kresta** (taz); Sonderpreis zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle: „Lesbisch, schwul. Alles ganz normal? Von wegen!“ von **Ariane Heimbach** (Brigitte).

12. Filmfestival Münster – Spielfilmwettbewerb / Regiepreis (10.000 €): „Man's Job“ von **Aleksi Salmenperä** (Finnland); lobende Erwähnung: „Gegenüber“ von **Jan Bonny** (Deutschland). Deutschsprachige Kurzfilme – Hauptpreis (5.000 €): „Hochhaus“ von **Nikias Chryssos**; Förderpreis des WDR (2.500 €): „Hilda & Karl“ von **Toke Constantin Hebbeln**; lobende Erwähnungen: „Mr. Schwartz, Mr. Hazen & Mr. Horlocker“ von **Stefan Müller** und „Kobe“ von **Rainer Komers**. Publikumspreis (1.000 €): „15 Minuten Wahrheit“ von **Nico Zingelmann**. Drehbuchförderpreis: **Ruth Olshan** und **Heike Fink** für „Himbeeren mit Senf“. Preis der Schülerjury: „Frl. Pabst & Frl. Wüst“ von **Christa Pffaffert**; lobende Erwähnung: „Jede Sekunde“ von **Enno Reese**.

Der Dokumentarfilmer **Franz Xaver Gernstl** wurde mit dem Kultur-Sonderpreis von Eon Bayern ausgezeichnet.

Dem Autor, Regisseur und Musiker **Stefano Giannotti** (Italien) wurde für seine Autorenproduktion „Geologica – All the truth about the origin of the universe“ der mit 12.500 € dotierte Karl-Sczuka-Preis für Hörspiel als Radiokunst 2007 des SWR verliehen. Der Förderpreis in Höhe von 5.000 € ging an die Klangkünstlerin **Bernadette Johnson** (Schweiz) für ihre Autorenproduktion „3 akustische Gedichte“.

Regisseur **Jean-Luc Godard** (Frankreich) und Kameramann **Michael**

Ballhaus (Deutschland) erhalten die Ehrenpreise des 20. Europäischen Filmfestivals.

Annika Graf, Redakteurin bei dpa-AFX (Frankfurt), wurde für ein Gesundheits-Feature im dpa-Themendienst mit dem erstmals vergebenen Journalistenpreis des Deutschen Psoriasis-Bundes ausgezeichnet.

Der Herwig-Weber-Preis, dotiert mit je 3.000 €, wird vom internationalen PresseClub München „für hervorragende journalistische Arbeiten über München“ verliehen. Die diesjährigen Preisträger: **Gerhard Brack** und **Anton Rauch** für die Rundfunksendung „Nur Not gab es im Überfluss“ (BR); **Simone Herzner** für eine Serie über den Münchner Viktualienmarkt (tz) und **Bernd Kastner** für eine Reihe von Artikeln zum Thema Polizei und Justiz (SZ). Ein mit 1.500 € dotierter Nachwuchspreis ging an **Johannes Patzig** für die regelmäßige Lokalkolumne „Gestatten Patzig“ (Münchner Merkur).

Der Hessische Filmpreis wird vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Zusammenarbeit mit der Hessischen Filmförderung verliehen. Spielfilm (30.000 €): **Maria Speth** für „Madonnen“ (Deutschland, Schweiz, Belgien); Dokumentarfilm (30.000 €): **Henning Drechsler** und **Georg Nonnenmacher** für „Spielverderber“ (Deutschland); Kurzfilm (15.000 €): **Lydia Dykier** für „Leggingsjeans“ (Deutschland); Förderpreis (5.000 €): **Rudolf Thome** für den Spielfilm „Das Sichtbare und das Unsichtbare“; beste Darstellerin: **Fritzi Haberlandt** („Ein spätes Mädchen“); bester Darsteller: **Joachim Król** („Windland“); Sonderpreis Cinema for Peace Special Award: **Roland Emmerich** (Produzent) und **Marco Kreuzpaintner** (Regie) für „Trade – Willkommen in Amerika“; Ehrung für sein Lebenswerk: **Günter Lamprecht**.

Bei den Ifra XMA Cross Media Awards 2007 erreichten das Bocholter-Borkeener Volksblatt und die „Saarland Community“ des Saarbrücker Verlags-Service Platz eins und zwei in der Kategorie „Kleine Zeitungen von unter 100.000 Exemplaren tägliche Auflage“. Das Südkurier Medienhaus in Konstanz kam in der Kategorie „Mittlere Zeitungen mit einer täglichen Auflage zwischen 100.000 und 250.000 Exemplaren“ auf den dritten Platz. Ausschlaggebend waren Pro-



Die Fachzeitschrift «M» hat eine Auflage von 57.000 Exemplaren und ist exklusiv, denn: «M» gibt es nicht am Kiosk! Das Jahresabonnement kostet 36,- Euro, ermäßigt 18,- Euro.

Probeheft und Abonnement: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann, Tel. 0711 / 700 15 30 oder per Formular bei: <http://mmm.verdi.de>

jekte zur Bildung von Communitys und der Einbeziehung von Lesern in die Erstellung redaktioneller Inhalte.

56. Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg – eine Auswahl der Preisträger. Großer Preis: „Mirush und sein Vater“ von **Marius Holst** (Norwegen); Rainer Werner Fassbinder-Preis: „Mit kaltem Herzen“ von **Aleksej Mizgirev** (Russland); Spezialpreis der Jury: „Gebauberte Wirklichkeit“ von **Andrzej Jakimowski** (Polen); Preis der internationalen Filmkritik: „Das Glück im Park“ von **Yin Lichuan** (China); Publikumspreis: „Das Glück meiner Mutter“ von **Shawn Garry** (Chile) und „Die Muslimin und der Jude“ von **Daniel Espinosa** (Dänemark), dem auch der Preis der Ökumenischen Jury zuerkannt wurde.

41. Internationale Hofer Filmtage – Filmpreis der Stadt Hof (undotiert): Schauspieler **Peter Lohmeyer** („Das Wunder von Bern“); Förderpreis Deutscher Film Hof (10.000 €): Kameramann **Gregor Schönfelder** für „Zeit der Fische“ von Heiko Aufdermauer (HFF Potsdam-Babelsberg / SWR / MDR).

Japanische Filmpreise: „Die Hölle von Verdun“ (ZDF / ARTE) von **Stefan Brauburger** und **Oliver Halmburger** wurde in der Kategorie „Bestes Bildungsprogramm für Erwachsene“ mit dem Japan Prize / Preis des Außenministers ausgezeichnet. Die siebenteilige Dokumentation „S.O.S. Schule: Hilferuf aus dem Klassenzimmer“ (ZDF) von **Amai Haukamp** und **Kathrin Sängler** gewann den Maeda-Preis des japanischen Fernsehens NHK.

Der Journalist **Otto Köhler**, der u. a. für Pardon, Konkret, Die Zeit und

den Spiegel schrieb, und der Satiriker **Lothar Kusche**, der für den Eulenspiegel und das Berliner Kabarett Distel tätig war, wurden für ihr publizistisches Lebenswerk mit dem Kurt-Tucholsky-Preis 2007 ausgezeichnet.

Helmut Kopetzky (Fulda), Autor von Features und Dokumentationen für den Hörfunk, erhält den erstmals ausgeschriebenen, mit 10.000 € dotierten Axel-Eggebrecht-Preis der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig. Der Preis wird alle zwei Jahre für das Lebenswerk von Autoren vergeben, „die mit ihrer Arbeit das Genre Hörfunk-Feature reich und lebendig erhalten“.

Chris Kraus wurde für „Vier Minuten“ beim 15. Hamptons International Film Festival in New York der Publikumspreis für den besten Spielfilm zugesprochen; Hauptdarstellerin **Hannah Herzsprung** erhielt den „Rising Star“-Award.

Kathrin Latsch und **Thorsten Niemann** gewannen mit ihrem Film-Feature „Stürme, Fluten, Hitzewellen – Deutschland im Klimawandel“ (NDR) beim slowakischen Filmfestival Ekotop (Themenschwerpunkt: nachhaltige Entwicklung) den Hauptpreis in der Kategorie Dokumentation.

Der Leipziger Medienpreis 2007 / „Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien“ wird von der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig vergeben und ist mit insgesamt 30.000 € dotiert. Er ging zu gleichen Teilen an **Wolfram Weimer**, Chefredakteur des Magazins Cicero, für seinen juristischen Erfolg bei der Verteidigung des journalistischen Informantenschutzes; an den iranischen Journalisten **Akbar**

Ganji für seine mit Verhaftung und Verurteilung geahndeten Artikel gegen Menschenrechtsverletzungen und an den bulgarischen Fernsehreporter **Vasil Ivanov** für seine investigativen Reportagen über Korruption in seinem Heimatland.

Der DEFA-Filmregisseur **Rolf Losansky** wird mit dem Ehrenpreis „Schlingel“ des Chemnitzer Filmfestivals für Kinder und junges Publikum ausgezeichnet.

Jörg Lühdorff gewann mit dem Dreiteiler „2030 – Aufstand der Alten“ (ZDF) einen Fernsehpreis in der Kategorie Doku-Fiktion beim erstmals veranstalteten europäischen Festival 4 Screens in Paris.

Der Walter-Serner-Preis 2007, vergeben von Kulturradio vom rbb und dem Literaturhaus Berlin, geht in diesem Jahr an **Susanne Neuffer** für ihre Geschichte „Sie hören im Anschluss die Nationalhymne“. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Der Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus wird von der gleichnamigen Stiftung verliehen. Der Wettbewerb stand 2007 unter dem Motto „Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten“. 1. Preis (10.000 €): **Michaela Schießl** für den Beitrag „Not für die Welt“ (Spiegel); 2. Preis (5.000 €): **Ingolf Gritschneder** für die TV-Reportage „Profit um jeden Preis – Markt ohne Moral“ (WDR / ARD); 3. Preis (3.000 €): **Markus Grill**, Reporter beim Stern, für seine umfangreiche pharmakritische Berichterstattung; Spezialpreis für die beste Analyse (10.000 €): der freie Journalist **Tom Schimmeck**. Drei mit jeweils 5.000 € ausgestattete Recherche-Stipendien wurden in Kooperation mit der Journalisteneinigung „Netzwerk Recherche“ an **Thomas Schuler**, **Martin Sehmisch** und **Katrin Blum** vergeben.

Philipp Osthus wurde für sein Regiedebüt bei der Serie „Großstadtrevier“ (NDR / ARD) mit dem „Weißen Hirsch“ ausgezeichnet, den die Produktion der Serie unregelmäßig an Jungregisseure vergibt.

Rithy Panh (Frankreich) wurde für seinen Film „Mit Papier kann man keine Glut einpacken“ der undotierte Europäische Dokumentarfilmpreis zugesprochen.

Anna Politkowskaja, im Oktober 2006 in Moskau ermordete Journalistin, wurde posthum zum Ehrenmitglied der Erich-Maria-Remarque-Gesellschaft (Osnabrück) ernannt.

Preis von Bayeux für die beste Kriegs- und Konfliktberichterstattung 2007 – Print: **Adrien Jaulmes** für die Irak-Reportage „Eine kleine Tour in Amarak“ (Revue des deux Mondes); Foto: **Mahmud Hams** (AFP) für seine Bilder zur desolaten Lage im Gaza-Streifen; Rundfunk: **Angus Crawford** für „Die Mandäer – eine alte bedrohte Religion“ (BBC News); TV: **Alastair Leithhead** für die Reportage „Die afghanische Patrouille“ (BBC News); Nachwuchsreporter: **Anne Guion** für den Beitrag „Darfur, das Rennen gegen den Tod“ (Zeitschrift La Vie). Die Preise sind mit je 7.600 € dotiert.

Der Prix Europa ist der größte europäische Wettbewerb für Fernseh-, Radio- und Internetproduktionen. Die Preisträger 2007 – TV Fiction: „Die Mauer – Berlin '61“ (WDR/RBB/ARTE) von **Hartmut Schoen** (Buch, Regie); Spezialpreis: „Prime Suspect VII: The Final Act“ (ITV Productions, Großbritannien) von **Frank Deasy** (Buch) und **Philip Martin** (Regie). TV Documentary: „Rain in my Heart“ (BBC, Großbritannien) von **Paul Watson**; Spezialpreis: „A Lesson of Belarusian“ (Film Studio Everest, Polen) von **Mirosław Dembinski** (Buch, Regie). TV Current Affairs: „Der Tag, als Theo van Gogh ermordet wurde“ (HR) von **Esther Schapira** und **Kamil Taylan** (Buch, Regie); lobende Erwähnung u. a.: „Gefährliches Recycling von Einmal-Instrumenten: Ein verschwiegenes Risiko für Patienten“ (RBB) von **Alexander Kobylinski**, **Caroline Walter** (Buch) und **Reinhard Borgmann** (Regie). TV Iris: „0032 ‚Gorcha‘“ (VRT, Belgien) von **Steven Crombez** (Regie). Radio Documentary: „The Love Police“ (DR, Dänemark) von **Krister Moltzen** (Buch, Regie); ORF-Preis: „Don't hang up 2. Nightlines“ (BBC, Großbritannien) von **Mark Burman** (Regie, Produktion) und **Martin Appleby** (Ton). Radio Drama: „Santo Subito – Gedächtnisprotokoll eines Auftritts des Schauspielers Roberto Benigni vor der Seligsprechungskommission im Vatikan vom Oktober 2005“ (MDR/ORF) von **Eberhard Petschinka** (Buch, Regie); Radio France-Preis: „Mayday“ (RTÉ, Irland) von **Veronica Coburn** (Buch, Regie). Internet: „Climate Change Experiment“ (BBC,

Großbritannien). Prix Genève – Best Fiction Script: „Harkis“ (France 2) von **Dalila Kerchouche** und **Arnaud Malherbe** (Buch). Prix Europa Spot: „Equally different“ (Zorbafilmes, Portugal) von **Carlos Gomes** (Buch, Regie) und **Joana Rão** (Buch, Kamera). Die Preise waren mit je 6.000 € dotiert; insgesamt wurden Preisgelder in Höhe von 78.000 € vergeben.

Der Ravensburger Medienpreis wird von der Stiftung Ravensburger Verlag für „Medienberichte über positive Beispiele familiären und familienähnlichen Zusammenlebens“ ausgeschrieben. Die Preisträger 2007 – 1. Preis/Hörfunk (5.000 €): **Katja Huber**, **Alexandra Distler** und **Franziska Storz** für ihre Reportage „Ihre Verbindung wird gehalten – Drei Enkelinnen und ihre Beziehung zur Großmutter“ („Zündfunk“, Bayern 2 Radio); 2. Preis/TV (4.000 €): **Daniel Targownik** und **Paula Zimerman Targownik** für den Film „Sekunden, die mein Leben verändern – Das Unglück“ („Menschen hautnah“, WDR-Fernsehen); 3. Preis/Print (3.000 €): **Nina Poelchau** für den Artikel „Familie mal andersrum“ (SZ-Magazin); 4. Preis/Serie (2.000 €): **Otto Steiner** für die Doku-Soap „Liebling, wir bringen die Kinder um“ (RTL 2); 5. Preis/Redaktion (1.000 €): **Stefan Bergmann** für das Special „Zeit für Familie“ in allen Ressorts der Schwäbischen Zeitung; Sonderpreis: **Kristina Debelius** und **Sönke Vaihinger** für das Internetangebot „Kinder sind Zukunft“ (Redaktion ARD.de).

Dem Filmregisseur **Edgar Reitz** wurde der mit 5.000 € dotierte Konrad-Wolf-Preis 2007 der Berliner Akademie der Künste verliehen.

Daniel Schäfer, Wirtschaftsredakteur bei der FAZ, erhielt für sein Buch „Die Wahrheit über die Heuschrecken“ den erstmals verliehenen, mit 10.000 € dotierten Deutschen Wirtschaftsbuchpreis 2007, den die Frankfurter Buchmesse, das Handelsblatt und Booz Allen Hamilton zur Förderung der deutschsprachigen Wirtschaftsliteratur vergeben.

Die ARD-exklusiv-Reportage „Mission: Sauberer Sport – Doping-Fahnder im Einsatz“ des ARD-Dopingexperten **Hajo Seppelt** und seines Kollegen **Jo Goll** vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) wurde in Mailand mit dem internationalen

„Sports Movie & TV Award 2007“ ausgezeichnet. Der Film über Dopingkontrollen in Deutschland setzte sich beim weltweit größten Sportfilmfestival in der Kategorie Reportage durch. Im Wettbewerb waren knapp 1.000 Fernseh- und Kinoproduktionen aus 45 Ländern.

Dr. **Norbert Siegmund** wurde für seine Reportage „Schwester Tod – Mord auf der Intensivstation“ (RBB/ARD) mit dem Film- und Fernsehpreis 2007 des Hartmannbundes ausgezeichnet.

Die TV-Serie „Little Amadeus – Die Abenteuer des jungen Mozart“

(KI.KA) gewann in der Kategorie „Klassik für Kinder“ den ECHO Klassik der Deutschen Phono-Akademie.

22. Unabhängiges FilmFest Osnabrück – Friedensfilmpreis der Stadt Osnabrück (5.000 €): **Anja Salomonowitz** für „Kurz davor ist es passiert“; Filmpreis für Kinderrechte (2.000 €): **Alexandra Westmeier** für „Mama, mir geht es gut“; Publikumspreis für den besten Kurzfilm: **Frank Wegerhoff** für „Achterbahn“. **Anne Will** erhielt für ihre Moderation der ARD-„Tagesthemen“ den mit 5.000 € dotierten Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalisten 2007.

„Auf der Landkart'n ham's uns
schon amal vergessen.
Aber die Post vergisst uns niemals.“



Gustl Schenk, Bürgermeister
84478 Waldkraiburg

Die Deutsche Post – immer, überall, kundennah.

Von Aachen bis Zwickau, von der Hallig bis zur Alm. Menschen wie Gustl Schenk vertrauen uns und unseren 80.000 Postboten. Wir passen auf, dass sein Städtchen nicht übersehen wird – nicht nur wegen der vielen Post, die der Bürgermeister bekommt. Wir machen uns auf den Weg für Sie, sechs Mal in der Woche, mit täglich 70 Millionen Briefen. **Die Post kommt an.**

Deutsche Post 

Die Post für Deutschland.